

*für eine andere*  
**Zeitenwende!**



# Sonderheft für eine andere Zeitenwende Juli 2022

GEMEINSAME DISKURSORINTERVENTION DER ZEITSCHRIFT KULTURREVOLUTION UND DES DISS-JOURNALS

## IMPRESSUM

kultuRRevolution ISSN 0723-8088  
zeitschrift für angewandte diskurstheorie  
c/o Jürgen Link  
Kampstr. 11, 45529 Hattingen  
[zeitschrift-kulturrevolution.de](http://zeitschrift-kulturrevolution.de)

DISS-Journal ISSN 2701-3081  
Duisburger Institut für Sprach-  
und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15, 47051 Duisburg  
Tel.: 0203/20249  
[info@diss-duisburg.de](mailto:info@diss-duisburg.de)  
[diss-duisburg.de](http://diss-duisburg.de)

## REDAKTION

Guido Arnold  
Tino Heim  
Margarete Jäger  
Wolfgang Kastrup  
Clemens Knobloch  
Jürgen Link  
Thomas Lischeid  
Anna-Maria Mayer  
Benno Nothardt  
Iris Tonks

## LAYOUT

Guido Arnold

## HEFT-BESTELLUNG

[info@diss-duisburg.de](mailto:info@diss-duisburg.de)  
Tel.: 0203/20249

Schutzgebühr: 4 EUR  
kostenfrei für Abonnent\*innen der kRR  
und Mitglieder des DISS-Förderkreises

# Inhalt

- 4 VORWORT**
- 6 DIE UKRAINE ALS SCHLACHTFELD IN EINEM WELTORDNUNGSKRIEG**  
*von Wolfgang Kastrup*
- 12 ZEITENWENDE ZWISCHEN APOKALYPTISCHER ESKALATION, SACKGASSEN UND FLUCHTLINIEN**  
**INTERDISKURS- UND NORMALISMUSTHEORETISCHE ANALYSE**  
*von Jürgen Link*
- 19 EINIGE RHETORISCHE RESSOURCEN DES NATO-KRIEGSDISKURSES**  
**NOTIZEN ZUR BERICHTERSTATTUNG ÜBER DEN RUSSISCHEN KRIEG IN DER UKRAINE IN DEN DEUTSCHEN MEDIEN**  
*von Clemens Knobloch*
- 26 DEUTSCHLAND IN ZEITEN BINÄRER OPPOSITIONEN**  
**EIN BLICK AUF DEN MEDIENDISKURS ZUR AUFRÜSTUNG IM KONTEXT DES UKRAINE-KRIEGS**  
*von Margarete Jäger & Iris Tonks*
- 30 »OFFENKUNDIG HILFT ES SICH LEICHTER, WENN ES UM NACHBARN GEHT.«**  
**DER FLUCHTDISKURS ZUR UKRAINE**  
*von Louis Kalchschmidt, Anna-Maria Mayer, Benno Nothardt, Carmen Perna, Milan Slat, Christian Sydow, Zeynep Topsir und Ebru Tugra*
- 34 DER ›EVIDENTE‹ ANTAGONISMUS**  
**SZENARIO-BEGRIFF & AKTUELLER UKRAINEKRIEG: GEO-, MILITÄR- UND MACHTSTRATEGISCH**  
*von Thomas Lischeid*
- 38 DER KRIEG – ›VATER‹ DER KLIMAWENDE ODER BRANDBESCHLEUNIGER DER KLIMAKATASTROPHE?**  
**ANMERKUNGEN ZU DISKURSIVEN VERKNOTUNGEN VON SICHERHEITS-,NOTSTANDS- UND KLIMAPOLITIK.**  
*von Tino Heim*
- 46 MEHR KRIEG, UM DEN KRIEG ZU BEENDEN?**  
**EUROPAS GRÜNE PARTEIEN AUF BELLIZISTISCHEN IRRWEGEN**  
*von Rositsa Kratunkova*
- 51 FEMINISTISCHER FRIEDEN?**  
*von Melanie Stitz*
- 54 WIDERSTAND GEGEN DEN KRIEG**  
**NICHT-MILITÄRISCHE RESISTENZEN**  
*von Guido Arnold*
- 59 IN DER HITZE DER SCHLACHT**  
**WENN IMPERIALISTEN IMPERIALISTEN IMPERIALISTEN NENNEN**  
*von Lina Ganowski*
- 61 SCHLAGLICHTER DES KRIEGSDISKURSES**  
**EINE KLEINE INVENTARAUSWAHL ZUM ÖFFENTLICHEN SPRACHGEBRAUCH IM FRÜHJAHR 2022**  
*von Felix Tripps, Friedemann Vogel und der Forschungsgruppe »Diskursmonitor«*
- 66 LITERATUREMPFEHLUNG**

# Vorwort

Dass dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine am 24. Februar 2022 bereits seit spätestens 2014 ein beidseitiger ›schleichender‹ Eskalationsprozess vorausgegangen war, ist unbestreitbar. Genauso unbestreitbar ist, dass dieser Überfall nicht bloß klar völkerrechtswidrig war, sondern eine schlagartige Steigerung der Eskalation auf die Stufe eines großen ›konventionellen‹ Ostwestkrieges bedeutete. Der deutsche Kanzler Scholz prägte dafür den Begriff einer »ZeitenWende«, womit der Eintritt in einen globalen multiplen Eskalationsprozess gemeint war, der außer der direkt militärischen Ebene auch die wirtschaftliche und kulturelle (diskursive) Ebene betrifft. Dieser Eskalationsprozess bedeutet eine schwindelerregende ›Zeitkontraktion‹, in der sich fast täglich Dinge ereignen, die niemand zuvor für möglich gehalten hätte. Dementsprechend schwierig ist es, dennoch einige orientierende Aspekte aus friedensverpflichteter Perspektive zu formulieren, was in den Beiträgen zu diesem Heft versucht wird. Der Informationsstand der Beiträge ist der Juni 2022, nach vier Monaten Krieg. Die Beiträge zeigen, dass es dennoch darum geht, einen Prozess der Deeskalation mit dem Ziel eines Waffenstillstands zu ermöglichen, und zeigen einige Mittel dazu auf, vor allem Mittel auf kultureller, diskursiver und subjekttypologischer Ebene.

Eine Analyse der Kriegsrhetorik offenbart auf Seiten Russlands ein fatales, essentialistisches Muster, das besagt, dass das ukrainische Wesen, welches angeblich von Natur aus russisch ist, durch ein nationalsozialistisches Element kontaminiert worden sei. Die Aufgabe der russischen Armee sei es, die Ukraine in einer ›Spezialoperation‹ von diesem Nazi-Element zu befreien.

Der Westen beruft sich hingegen auf freiheitlich-demokratischen Werte, die die Ukraine nicht nur für sich selbst, sondern auch stellvertretend für die westlichen Länder verteidige, was unsere Unterstützung verdiene. Der Bezug auf diese Werte bleibt jedoch abstrakt und instrumentell. So spielen Bedenken bezüglich dieser Werte keine Rolle, wenn Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken oder aus den ›falschen Ländern‹ kommen und an den Grenzen zurückgetrieben werden (erinnert sei u.a. an die polnische Politik gegenüber nicht erwünschten Geflüchteten aus afrikanischen Ländern) nach dem Motto: Stand with Ukraine, push back the others. Auch das Einleiten eines schnellen Nato-Beitritts Schwedens und Finnlands kostete freiheitlich-demokratische Frauenrechte: Der türkische Ministerpräsident Erdoğan knüpfte seine Zustimmung an eine erweiterte Terrorismusdefinition, gemäß der zukünftig genau jene Gruppen zu kriminalisieren und gerade jene kurdischen YPG-Kämpfer\*innen an die Türkei auszuliefern sind, die jahrelang an vorderster Front gegen den IS gekämpft und dadurch auch Frauenrechte verteidigt haben.

Die freiheitlich-demokratischen Werte haben dabei eben jene kapitalistische Gesellschaft als materielle Grundlage, deren technologische Innovationsoffensiven sich erneut militärisch ausprägen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine aber auch die westliche Reaktionen darauf haben eine militaristische Dynamik entfaltet und verschärfen die ökonomischen, ökologischen wie politischen Krisen weltweit. China schloss sich im Februar zum ersten Mal der russischen Forderung an, die Nato-Osterweiterung zu stoppen. Damit droht der Ukraine-Krieg zum Auftakt einer Reihe von (heißen und kalten) Kriegen um die Machtverhältnisse in einer neuen, multipolaren Weltordnung zu werden.

Der Diskurs um Russlands Krieg gegen die Ukraine ist stark binär strukturiert. Auf der einen Seite steht Russland als Aggressor; auf der anderen Seite steht die Ukraine und mittlerweile auch ihre westlichen Verbündeten als Opfer. Die neue Lage erlaubt es dem Westen, zugleich auf der moralisch unbedingt guten Seite des angegriffenen Opfers zu stehen und damit selbst Aufrüstung, Eskalation und Kriegshetze aus einer unhinterfragt als legitim geltenden Verteidigungsposition zu betreiben. Wer sich in dieser unterkomplexen Bipolarität nicht als unbedingter ›militärischer Aufrüster‹ sondern vielmehr zweifelnd positioniert und nach nicht-militärischen Lösungen oder wenigstens Verhandlungsoptionen sucht, gilt als sogenannter ›Putin-Versteher‹. Der binäre Reduktionismus im Diskurs beruht auf einem altbekannten Netz aus binär gewerteten Kollektivsymbolen, aus denen sich Feind- und Freundbilder generieren, die zur negativen oder positiven Identifikation aufrufen. Wer den eng abgesteckten Meinungskorridor der zum Krieg möglichen Äußerungen verlässt, erntet Spott und Hass. Differenzierte Positionen, auf die jeder Prozess der Deeskalation angewiesen wäre, werden dadurch verunmöglicht. Solange der binäre Reduktionismus den Diskurs beherrscht, spricht der kriegerische Anti-Diskurs der Waffen.

Das anfängliche Ziel deutscher (und europäischer) Außenpolitik, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, ist in dieser verheerenden Binarität einem auf Eskalation angelegten neuen Kriegsziel, dem ›SiegFrieden‹ gewichen – in Analogie zum Kriegsziel der deutschen Imperialisten von 1914: ›Die Ukraine muss siegen‹ und ›Russland muss offensivunfähig werden‹. Dadurch hat sich der Krieg tiefgreifend zu einem Gegen-Eskalationskrieg verändert, was insbesondere im Primat einer militärischen Unterstützung durch Lieferung ›schwerer Waffen‹ deutlich wird. Es geht darum, die Armee der Ukraine so auszustatten, dass sie in der Lage ist, von Russland besetztes Gebiet zurückzuerobern und so Putin gezwungen wird, Verhandlungen anzubieten.



Mit dieser Kriegspolitik verbindet sich dabei auch eine tiefgreifende Neubestimmung gesellschaftlicher Normalitätsvorstellungen – nicht nur im Feld der Geo-Strategien. So erklärte NATO-Generalsekretär Stoltenberg : »Die jetzige Situation ist das New Normal«. Zuvor hatten die vielschichtigen Krisen seit der Finanzkrise und dann vor allem die Coronakrise zunehmende Zweifel daran geweckt, inwiefern eine Rückkehr zur vorgängigen, ›alten‹ Normalität noch möglich sein könnte. Gleichwohl aber blieb ein um sozialen, ökonomischen und politischen Ausgleich, um die Entschärfung von Antagonismen und Konfliktspannungen sowie den Erhalt bzw. die Restitution breiter gesellschaftlicher Freiräume zentriertes Verständnis der ›alten‹ Normalität ein Fluchtpunkt und ein anzustrebendes Ziel in vielen Diskurssträngen. Demgegenüber markiert der Kriegszustand die höchste Stufe des Notstands, in dem sich politisches Handeln weniger als langfristiges Projekt diskursiv legitimieren muss, sondern in einer ›Fahrt auf Sicht‹ kurz- und allenfalls mittelfristige Linderung der Not in Aussicht stellt – notfalls auch zu Lasten breiter gesellschaftlicher Gruppen, individueller Freiheiten oder kollektiver Partizipationsrechte. Diese Art der politischen Transformation ist dabei nicht weniger strategisch; lassen sich darüber doch verkrustete Gewissheiten und hinderliche (friedens- oder sozialpolitische) Errungenschaften über Bord werfen und eine militaristische Freund-Feind Dichotomie verankern, in der alles was dem Feind mehr schadet als dem Freund oder der Eigengruppe per se als politisch legitim gilt. Die Zeitenwende einer langfristigen Militarisierung ist eingeläutet.

Insbesondere den GRÜNEN gelingt es, den (technologischen) Solutionismus eines grünen Kapitalismus auf die Kriegssituation auszuweiten und mit fortschreitenden Lieferungen schwerer Waffen ›pragmatische‹ Lösungen in einer neu ausgerichteten »wertebasierte Außenpolitik« zu präsentieren. Dass ›Pragmatismus‹ und ›Realismus‹ den einstigen ›grünen Pazifismus‹ ablösen, kennen wir schon von der rot-grünen Kriegstreiberei für den Nato-Krieg gegen Serbien 1999. Der grüne Bellizismus ist dabei allenfalls noch für Teile der Partei-Basis ein Wertekonflikt. Problematischer erscheint hier die Debatte, um die Verschränkung des Klimadiskurs mit dem Kriegs- und Notstandsdiskurs in dem auch die Suche nach neuen fossilen »Freiheitsenergien« zum Ausweis eines grünen Realismus wird. Eine grüne Kriegswirtschaft brauche Alternativen zu regenerativen Energien. Die Energiewende bleibt erneut eher langfristiges Ideal. Vielmehr wird der Aufbau neuer fossiler Infrastrukturen beschleunigt, die dann langfristig nutzbar sein werden. Bemerkenswert ist, dass Wirtschaftsminister Habeck bereits einen Monat vor dem russischen Angriff auf die Ukraine die deutsche »Flüssiggas-Offensive« zum Ausbau von LNG-Terminals ausrief, bei der Umweltschutz »ausnahmsweise hintenan« stehe.

Um Ausbrüche aus einer sich verfestigenden Kriegslogik denk- und verhandelbar zu machen, bedarf es intelligenter Deeskalationsstrategien und wachsender zivilgesellschaftlicher Resistenz gegenüber dem Krieg. In Russland ist die Dominanz der Kriegsstimmen überdeutlich. Kriegskritik wird an den Rand gedrängt, verhöhnt, tabuisiert und kriminalisiert. Und dennoch existiert eine (minoritäre) antimilitaristische Bewegung. Ein kleiner Teil der Bevölkerung organisiert Informationskampagnen und (studentisch geprägte) Protestaktionen. Sie verstehen sich als »Medien-Partisanen« im Widerstand gegen die ideologische Desinformation der russischen Bevölkerung. Auch in der Ukraine gibt es Stimmen, die den Krieg verweigern. Sie artikulieren sich praktisch u.a. in einer Kampagne zur Unterstützung für sogenannte »Mobilisierungsverweigerer«, Männer zwischen 18 und 60, die nicht in der Armee kämpfen wollen. Die prägnanteste und international sichtbarste Form der Antikriegsbewegung findet sich in Weißrussland. Massive Widerstandsaktionen gegen das Eisenbahnnetz des Landes haben den russischen Truppennachschub empfindlich gestört und dem belarussischen Regime eindrücklich vermittelt: Eine aktive Kriegsbeteiligung der Armee Weißrusslands ist politisch (derzeit) nicht durchsetzbar.

Eine wiedererstarkende antimilitaristische Bewegung in Deutschland (und Europa) ist notwendiger denn je. Angesichts einer mit 100 Milliarden Euro geförderten Rüstungsindustrie können wir uns ein Überwintern in Schockstarre (vergleichbar mit dem Bewegungstief während des ersten Jahres der Covid-Pandemie) nicht erlauben. Eine für den 28. August geplante Blockade der beiden deutschen Rüstungskonzerne Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann in Kassel könnte ein Auftakt sein.

Die Zeitschriften kultuRRevolution und DISS-Journal wollen mit diesem gemeinsamen Sonderheft auf die (Kriegs-) Gefahren binaristischer Sichtweisen und ihre verheerenden gesellschaftspolitischen und ökologischen Konsequenzen aufmerksam machen. Das Heft wendet sich an die politische und zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit und damit explizit auch an soziale Bewegungen. Es will als Denkanstoß für eine ›andere Zeitenwende‹ gelesen werden.

# Die Ukraine als Schlachtfeld in einem Weltordnungskrieg

Von Wolfgang Kastrup

Der völkerrechtswidrige Überfall russischer Truppen am 24. Februar 2022 auf die Ukraine zeigt für Russland nicht den erwarteten schnellen Sieg. Die Gegenwehr der ukrainischen Truppen ist stärker als ursprünglich erwartet, sicherlich bedingt auch durch die Lieferung größerer Waffenmengen durch Mitgliedsländer der NATO. Die Verluste an Soldaten und Material sind auf beiden Seiten hoch. In besonderem Maße leidet die ukrainische Zivilbevölkerung durch diesen Krieg: Tausende Tote, Verwundete, zerstörte Wohnungen, unbrauchbare staatliche und kommunale Infrastrukturen und Millionen Ukrainer auf der Flucht in den westlichen Teil des Landes oder in angrenzende osteuropäische Länder bzw. nach Westeuropa. Es ist davon auszugehen, dass der Krieg noch länger anhalten wird und wahrscheinlich für Russland verlustreicher wird, da die NATO die Ukraine weiter militärisch aufrüsten wird und die EU und die USA zusätzlich finanzielle Milliardenhilfen schon zur Verfügung gestellt haben bzw. stellen werden. Dies bekräftigte der G7-Gipfel (26.06.-28.06.2022) in Schloss Elmau ausdrücklich. Dort erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz: »Wir werden den Druck auf Putin weiter erhöhen.« Die G7-Gruppe stehe »geschlossen an der Seite der Ukraine« und werde sie »weiter unterstützen«. Diese Unterstützung sehe »so lange wie nötig« finanzielle, humanitäre, militärische und diplomatische Hilfen vor. (Zitiert nach *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 28.06.2022) Die weitreichenden Wirtschaftssanktionen des Westens gegenüber Russland, mit dem Ziel die russische Ökonomie vom Weltmarkt auszuschließen (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28.06.2022), sind Teil des Weltordnungskrieges, der von *beiden* Seiten geführt wird, sowohl von Russland mit seinem imperialen Anspruch gegenüber der Ukraine als auch von der NATO und der EU mit dem Ziel, Russland als strategische Macht auszuschalten. Die geopolitische Lage Russlands ist durch den kommenden Beitritt von Schweden und Finnland in die NATO schon jetzt schlechter als vor dem Einmarsch in die Ukraine. Die massive Aufrüstung der NATO-Staaten (u.a. in Deutschland mit 100 Milliarden) und die Stationierung von immer mehr NATO-Verbänden in den osteuropäischen Ländern sind Konsequenzen des Überfalls Russlands auf die Ukraine.

## VÖLKERRECHT ALS MITTEL ZUM ZWECK

Völkerrechtswidrig ist dieser Krieg, keine Frage. Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ist ein Akt der Aggression und die Ukraine hat nach Artikel 51 der UN-Charta (»Die-

se Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung ...«) selbstverständlich das Recht auf Selbstverteidigung. Allerdings klingt der Vorwurf des Bruchs des Völkerrechts aus dem Mund westlicher Politiker\*innen und westlicher Medien doppelzünftig, vergisst man doch bewusst den Krieg der NATO gegen Jugoslawien 1999 unter tätiger Hilfe der deutschen rot-grünen Regierung. Der Historiker Bernd Greiner schreibt dazu: »Damit wurde das Völkerrecht gebrochen und die UNO-Charta ausgehebelt – die von der Weltgemeinschaft akzeptierte Norm also, dass Militäreinsätze nur erlaubt sind, wenn sie der Selbstverteidigung dienen oder wenn die Vereinten Nationen sie gutheißen. Nichts dergleichen lag vor.« (Bernd Greiner 2021: *Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben*, München, 174) Das Narrativ, das so gerne verbreitet wird, dieser Krieg gegen die Ukraine sei der erste Krieg in Europa seit 1945, stimmt also nicht und ist Teil einer westlichen Ideologiestrategie. Ebenso verhält es sich mit den Kriegen gegen den Irak 2003 (hier hat die USA die gesamte Weltöffentlichkeit über die Ursache des Kriegseintritts wegen des angeblichen umfangreichen Arsenal irakischer Massenvernichtungswaffen belogen) und gegen Libyen 2011 durch Frankreich und Großbritannien, die mit dem Völkerrecht ebenfalls nicht vereinbar waren. Ganz zu schweigen von der Duldung, dass die Türkei einen Teil von Zypern unter dem Bruch des Völkerrechts seit 1974 okkupiert hat und ebenfalls völkerrechtswidrig Krieg gegen die Kurden im Irak führt. Dies sind nur einige Beispiele.

*Das Völkerrecht wird so Mittel zum Zweck der eigenen geopolitischen, militärischen und imperialen Interessen.*

## RUSSISCHE EINMARSCHBEGRÜNDUNGEN

Ein Faktor, den die russische Regierung als Begründung für die »militärische Spezialoperation« anführt, ist die Bedrohung durch die NATO-Osterweiterung durch die Aufnahmen von Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowenien und der Slowakei, die russische Sicherheitsinteressen missachtet hätten. Eine mögliche NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, die schon die Regierung George W. Bush 2008 befürwortete (vgl. Bernd Greiner 2022: »Attentäter Russland«: Wie man Feuer mit Benzin löscht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3'22, 50), was

damals auf den Widerstand von Frankreich und Deutschland stieß, würde für die russische Staatsmacht eine weitere Eskalation der Bedrohung beinhalten. Auf eine Option eines NATO-Beitritts hat die Ukraine unter Präsident Selenskyj in der Tat nicht verzichtet. Russland sieht sich durch die Osterweiterung des westlichen Militärbündnisses ohnehin getäuscht, da es Zusagen der USA gegenüber der damaligen sowjetischen Staatsführung nach 1990 gegeben habe, keine Ausdehnung der NATO nach Osten zu vollziehen. Ob es solche Zusagen in schriftlicher oder in mündlicher Form gegeben hat, ist schon Gegenstand häufiger Kontroversen gewesen. Allerdings belegt ein erst jetzt gefundenes als geheim eingestuftes Dokument aus dem britischen Nationalarchiv die Sichtweise Russlands. Es geht in diesem Schriftstück um ein Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands am 6. März 1991 in Bonn. Thema war die Sicherheit Polens und anderer osteuropäischer Staaten. Bonns Vertreter Jürgen Chrobog erklärte laut Vermerk:

»Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.« Der US-Vertreter Raymond Seitz führte aus: »Wir haben gegenüber der Sowjetunion klargemacht – bei Zwei-plus-Vier- wie auch anderen Gesprächen – dass wir keinen Vorteil aus dem Rückzug sowjetischer Truppen aus Osteuropa ziehen werden.« (<https://www.welt.de/politik/ausland/article236986765/Nato-Osterweiterung-Archivfund-bestaetigt-Sicht-der-Russen.html>) Berichtet haben darüber sowohl *Die Welt* v. 18.02.2022 als auch *Der Spiegel*, ebenfalls v. 18.02.2022.

Jahre später zeigte sich, dass sich die NATO nicht an diese Abmachung gehalten hat. »1995 waren faktisch die Weichen für die Osterweiterung gestellt; 1997 gingen die ersten offiziellen Einladungen zu Beitrittsgesprächen an Polen, die Tschechische Republik und Ungarn; am 12. März 1999 wurden die drei Staaten förmlich in die NATO aufgenommen.« (Jörg Kronauer 2022: *Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg*, Köln, 13)

Diese Osterweiterung war ein imperialer Akt und sollte zur Schwächung Russlands beitragen. Andreas Zumach bezieht sich diesbezüglich auf George F. Kennan (1904-2005), einen bedeutenden Diplomaten in der amerikanischen Politik und Historiker, der sich in der *New York Times* (»A fateful error«, 05.02. 1997) in einer vorausschauenden Analyse folgendermaßen äußerte:

»Eine Osterweiterung des westlichen Bündnisses werde nicht nur ›die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Meinung anheizen‹ und damit ›negative Auswirkungen auf die Entwicklung der russischen Demokratie haben‹. Sie werde auch, so Kennan weiter, ›die Atmosphäre des Kalten Kriegs in die Ost-West-Beziehungen zurückbringen und die russische Außenpolitik in Richtungen treiben, die uns entschieden missfallen werden.« (Zitiert nach Andreas Zumach: *Putins Krieg, Russlands Krise*, in: *Le Monde diplomatique*, März 2022)

Mit dieser politischen Einschätzung sollte Kennan, der kein Linker und kein Freund der Sowjetunion war, Recht behalten. Hinzu kommt, dass im postsowjetischen Einflussbereich wie





im Kaukasus, in Belarus und zuletzt in Kasachstan immer größere oppositionelle Teile der Zivilgesellschaften gegen autoritäre staatliche Strukturen aufbegehren, die nur durch starken repressiven politischen Druck, auch unter russischer Zuhilfenahme, unterdrückt werden konnten und können. Mit dem Rücken zur Wand sieht die rechts-nationale Regierung unter Putin, die ebenfalls oppositionelle Kräfte und Medien im eigenen Land brutal unterdrückt, ihre Stellung als Weltordnungsmacht gefährdet. Mit dem Überfall auf die Ukraine und deren Besetzung will sie sich als strategische Macht großrussischer Interessen gegenüber der westlichen Welt behaupten. Auch wenn durch die westliche Politik die Sicherheitsinteressen Russlands missachtet wurden und das Land dadurch in eine geopolitische Defensive geraten ist, kann dies nicht als Rechtfertigung dienen, einen souveränen Staat zu überfallen und damit selbst imperiale Ansprüche zu erheben.

Ein weiterer Faktor der russischen Staatsführung für diese »Spezialoperation« ist der Vorwurf, in der Ukraine wären Nazis an der Macht, die Russland bedrohen, und es würde ein Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung erfolgen. Die Ukraine müsste »entnazifiziert« werden, so der russische Außenminister Lawrow. Es handelt sich dabei, wie Ernst Piper hervorhebt, um

»eine Anspielung auf den historischen Sieg über Nazi-Deutschland. [...] Die russische Bevölkerung soll glauben, dass die Ukraine von ›Faschisten‹ beherrscht wird. Zwar gibt es in der Westukraine bis heute einen gewissen Kult um den ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera, der während des Zweiten Weltkriegs mit der deutschen Wehrmacht zusammenarbeitete, 1946 nach München ging und 1959 vom KGB ermordet wurde. Die Rechts-extremisten haben aber bei den letzten Parlamentswahlen gerade mal zwei Prozent der Stimmen bekommen, das ist einer der niedrigsten Werte in ganz Europa. Angesichts der Tatsache, dass der ukrainische Präsident Selenskyj Jude ist und ein großer Teil seiner Familie im Holocaust ermordet wurde, ist die Forderung nach ›Entnazifizierung‹ von nicht zu überbietender Widerwärtigkeit.« (Ernst Piper: Putins dunkler Traum, in: *Der Freitag*, Nr. 9, 3. März 2022)

Winfried Wolf wird bezüglich des genannten ukrainischen Nationalisten Bandera allerdings deutlicher. Er kritisiert, dass in der Ukraine »in den vergangenen zwei Jahrzehnten an vielen Orten Hunderte Stepan-Bandera-Statuen aufgestellt« wurden.

»Stepan Bandera war ein ukrainischer Nationalist, Faschist, Kriegsverbrecher und glühender Antisemit, der mit dem NS-Regime zusammenarbeitete und dessen ukrainischer Kampfverband OUN [Organisation Ukrainischer Nationalisten, W.K.] an der Ermordung von Tausenden Jüdinnen und Juden und Polinnen und Polen beteiligt war. Gegen die Ehrungen protestierten die Regierungen in Warschau, Moskau und Tel Aviv.« (Winfried Wolf: 15 Thesen zum Krieg des Kreml gegen die Ukraine, in: <https://zeitung-gegen-den-krieg.de>, Nr. 50, Frühjahr 2022)

Für den Moskauer Soziologen Greg Yudin ist der Vorwurf, die ukrainische Politik würde die extreme Rechte unterstützen, »nicht völlig unbegründet«. Weiter heißt es aber:

»Im Februar wurde daraus jedoch eine essentialistische Rhetorik, die besagt, dass das ukrainische Wesen, das angeblich von Natur aus russisch ist, durch ein nationalsozialistisches Element kontaminiert wurde. Die Aufgabe der russischen Armee sei es, die Ukraine von diesem Nazi-Element zu befreien. Dasselbe ›Reinheits‹-Narrativ hat Putin verwendet, als er vom ›inneren Feind‹ sprach, den sogenannten ›Volksverrättern‹, die von der russischen Gesellschaft ›ausgespuckt werden sollten wie eine Motte‹, um die Gesundheit der Gesellschaft zu erhalten.« (Greg Yudin: In Russland droht ein faschistisches Regime, in: *ak*, Nr. 681, 12. April 2022)

Die nationalistische und völkische Identitätspolitik der russischen Staatsmacht mit dem Ziel, Russland wieder zur Großmacht zu machen, soll die tief empfundene Schmach über den Verlust der Gebiete der ehemaligen Sowjetunion tilgen. Über die geplante »Entnazifizierung« der Ukraine durch Russland gibt es eine Veröffentlichung des russischen Politologen, Autoren und Filmproduzenten Timofej Sergejzew durch die staatliche Russische Agentur für internationale Informationen, RIA Nowosti, vom 3. April 2022. Die Redaktion der *Blätter für deutsche und internationale Politik*, die dieses Dokument ihren Leser\*innen zugänglich macht, geht davon aus, dass dieser Text in seiner Grundausrichtung der staatlichen Linie entspricht. In dieser Veröffentlichung heißt es:

»Im Gegensatz etwa zu Georgien und den baltischen Staaten ist die Ukraine, wie die Geschichte gezeigt hat, als Nationalstaat unmöglich, und Versuche, einen solchen ›aufzubauen‹, führen unweigerlich zum Nazismus. Das Ukrainertum ist eine künstliche antirussische Konstruktion ohne eigenen zivilisatorischen Inhalt, ein untergeordnetes Element einer fremden und entfremdeten Zivilisation.«

Das Existenzrecht der Ukraine wird also nicht nur in Zweifel gezogen, es wird verneint. Daraus folgert der Autor, »dass die Entnazifizierung der Ukraine auch ihre unvermeidliche Ent-Europäisierung ist.« Er steigert sich zu einem absurden historischen Vergleich:

»Der Ukronazismus stellt keine geringere, sondern eine größere Bedrohung für den Frieden und für Russland dar als Hitlers Version des deutschen Nationalsozialismus.« (Timofej Sergejzew: Dokumentiert: »Was Russland mit der Ukraine tun sollte«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5'22, 65f.)

## RHETORIK IN ZEITEN DES KRIEGES

Die kriegerische Rhetorik ist in der hiesigen öffentlichen Meinung fast universal geworden, systematisch vereinheitlicht, und ähnelt einem Überbietungswettbewerb bezüglich der Notwendigkeit von Waffenlieferungen. Vor allem die Bellizisten bei

den Grünen und der FDP, unterstützt durch die Opposition von der CDU/CSU und einer anfangs etwas zögerlichen SPD, zeigen mit ihrer polarisierenden Gegenüberstellung von ›Gut‹ und ›Böse‹, des ›Wir-gegen-die-Anderen‹, wie total verengt der aktuelle politische Diskurs ist. Es gelingt ihnen, die Mehrheit der Bevölkerung auf ihren Kurs einzuschwören, sich als kollektives WIR ansprechen zu lassen, um so eine korrekte Stellungnahme zum Krieg gegen die Ukraine zu erreichen. Das aktuell verwendete Narrativ lautet: »Die Ukraine wurde angegriffen, weil sie westliche Werte für sich reklamierte. Der Krieg, so der zwangsläufige Schluss, richtet sich eigentlich gegen UNS.« (Katharina Döbler: Sprache in Zeiten des Krieges, in: *Le Monde diplomatique*, Mai 2022) Dies macht Annalena Baerbock unmissverständlich deutlich: »Dieser Krieg ist ein Angriff auf unseren Frieden in Europa. Dieser Krieg ist ein Angriff auf unsere Freiheit.« (Außenministerin Annalena Baerbock bei einer Sondersitzung des Bundestags zum Russlandkrieg am 27.02.2022. [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)) Auch die alte Feindschaft gegenüber der Sowjetunion kann ebenfalls eine Rolle spielen. Mit einer Einordnung der Strategien von Russland, der Ukraine und der NATO plus EU, die sich nicht der emotional aufgeladenen Feindbildrhetorik unterwirft, wird man schnell zum Putin-Versteher oder zum naiven Weltbetrachter abgestempelt. Aber immerhin kann die *Bild*-Zeitung, in der Feindbildpropaganda und der deutschen Kriegsmoral mit an vorderster Front, gelegentlich auch ›Erfreuliches‹ verkünden: »Deutsche Panzerfaust zerstört Putin-Panzer.« (31.05.2022) Wenn die Mehrzahl der deutschen Journalisten\*innen die repressiven Maßnahmen gegen russische Medien kritisieren, gleichzeitig aber nicht Wikileaks-Gründer Julian Assange, der US-Kriegsverbrechen aufgedeckt und öffentlich bekannt gemacht hat, verteidigen und seine Freilassung fordern, dann ist diese ideologische Vorgehensweise schon sehr bemerkenswert. Assange, an dem ein abschreckendes Beispiel für andere Journalisten\*innen demonstriert werden soll, sitzt seit Jahren im britischen Gefängnis und soll an die USA ausgeliefert werden, wo ihn lebenslange Haft wegen Hochverrats erwartet.

»Die Sprache des Rechts verschleiert den Zusammenhang der Macht. Der Fall Assange ist schon lange kein juristischer mehr. Assange ist ein politischer Gefangener, und nach aller Wahrscheinlichkeit wird er es bleiben.« (Jakob Augstein: Der Fall Julian Assange zeigt: Auch bei uns bricht die Macht das Recht, wenn sie es will, in: *Der Freitag* v. 23.06.202)

Eine vergleichbare Haltung gegenüber Assange zeigt auch die Bundesregierung. So titelt Paul-Anton Krüger: »Im Fall des Whistleblowers verhält sich die Ampel auffällig ruhig.« (*Süddeutsche Zeitung* v. 22.06.2022) Obwohl doch im Koalitionsvertrag so viel von Menschenrechten die Rede ist. »Sie sollen den Kompass bilden für die deutsche Außenpolitik und verteidigt werden in einer Welt, in der zentrale Akteure deren universelle Gültigkeit infrage stellen. Die Bundesrepublik ist deutlich in ihrer Kritik an Russland und neuerdings auch an China.« (Ebd.) *Menschenrechte werden so Mittel zum Zweck, den politischen Gegner zu delegitimieren; es kommt halt auf das Feindbild an, das zur amtlichen Politik passt.*

Der Bezug auf die immer wieder zu hörenden freiheitlich-demokratischen Werte, die die Ukraine für sich und für die west-

lichen Länder verteidigt, wird zu einem Instrument in der Auseinandersetzung. Bei den Verwerfungen und Zumutungen weltweit kapitalistischer Verhältnisse, die Arbeitslosigkeit, Verelendung, Armut und Hunger in vielen Ländern, vor allem des globalen Südens, erzeugen, werden Werte wie Humanität und Menschenrechte ignoriert. Der Bezug auf die freiheitlich-demokratischen Werte bleibt abstrakt. Bedenken sind nicht vorhanden, wenn Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken oder aus den »falschen Ländern« kommen und an den Grenzen zurückgetrieben werden (siehe u.a. die polnische Politik gegenüber nicht erwünschten Flüchtlingen aus afrikanischen Ländern) nach dem Motto: Stand with Ukraine, push back the others. Die freiheitlich-demokratischen Werte haben als materielle Grundlage die Marktwirtschaft, die warenproduzierende kapitalistische Gesellschaft, die sich fast überall auf der Welt durchgesetzt hat. Sie beruht auf einer Akkumulationslogik, auf Wachstum und Naturzerstörung, auf Spaltungen in Gewinner und Verlierer, auf weltweiter Ausbeutung von Menschen und Natur. Die Krisenhaftigkeit dieser Gesellschaftsform ist offensichtlich.

*Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine militaristische Dynamik entfaltet und verschärft die ökonomischen, ökologischen wie politischen Krisen weltweit.*

## DER MACHTKAMPF ESKALIERT ZU EINEM WELTORDNUNGSKRIEG

Die russische Führung sieht sich vor die Alternative gestellt,

»sich entweder mit der installierten existentiellen Bedrohung abzufinden und sich der Weltmacht [gemeint ist die USA, W.K.] unterzuordnen oder sich gewaltsam den verweigerten Respekt zu verschaffen; so, wie es ihr die Verantwortung für ihre große Nation gebietet: Sie geht von der Drohung zum offenen Krieg über, marschiert in die Ukraine ein, um ihre ›roten Linien‹ gewaltsam durchzusetzen und die andere Seite zur Anerkennung ihrer strategischen Interessen zu zwingen.« (Peter Decker 2022: *Gegenstandspunkt. Politische Vierteljahrszeitschrift*, München, 1-22, 37)

Insofern der Angriffskrieg der weiteren Aufrüstung der Ukraine durch die NATO sowie auch der NATO selbst und den weiteren Konsequenzen der Wirtschaftssanktionen des Westens zuvorzukommen sucht, geht es für Russland dabei »um eine *Existenzfrage* als respektierte Großmacht, in der es für Russland *keine Alternative* gibt.« (Ebd.) Genau das aber ist das Ziel der USA, der anderen NATO-Staaten und der EU: Russland den Respekt als Großmacht abzuspochen und ökonomisch wie militärisch eine Niederlage zuzuführen.

»Aber was unsere Sanktionen leisten – und das ist zentral – ist, Putin zu zeigen: Mittel- und langfristig wird dieser Krieg Ihr Land ruinieren. Putins perfides Spiel ist auf Strecke angelegt; deswegen müssen das auch unsere Sanktionen sein, und deswegen müssen wir sicherstellen, dass uns nicht nach drei Monaten die Puste ausgeht, sondern diese Sanktionen müssen das System Putin im Kern treffen.« So Außenministerin Baerbock in der Sondersitzung



des Bundestags zum Russlandkrieg am 27.02.2022. (www.auswaertiges-amt.de)

Frankreichs- und Finanzminister Bruno Le Maire kündigte am 1. März auf France Info an: »Wir werden den totalen Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen Russland führen. Wir werden die russische Wirtschaft zum Zusammenbruch bringen.« (Zitiert nach: Jörg Kronauer: Nachts sind alle Kriege grau, in: *Konkret* 4/2022, 16) Damit führen die verhängten Wirtschaftssanktionen zu einem »Wirtschaftskrieg«, in dem es darum geht, die ökonomischen Grundlagen der russischen Macht zu vernichten. (Vgl. Peter Decker 2022: *Gegenstandspunkt*, München, 2-22, 71) Dazu gehört es auch, Russland von den internationalen Finanzmärkten abzuschneiden, womit klar wird, wer darüber das Sagen hat bzw. in wessen Besitzstand die Finanzmärkte gehören. (Ebd., 73) Die Kehrseite dieser Medaille ist, dass auch eigene wirtschaftliche Schäden auftreten und in Kauf genommen werden, die sich in ausbleibenden Im- und Exporten, in unterbrochenen Lieferketten, in geringeren zur Verfügung stehenden Gas- und Erdölkapazitäten, in enormen Preissteigerungen, nicht nur im Energiesektor, zeigen. Eine wirtschaftliche Rezession, nicht nur in Deutschland, ist nicht mehr ausgeschlossen. Hinzu kommt eine Ernährungskrise durch ausbleibende Weizenlieferungen aus der Ukraine und Russland, die sich zu einer Hungerkatastrophe vor allem in Ländern des globalen Südens ausweiten kann. »Mit allen Maßnahmen, die sie [gemeint sind die westlichen Sanktionsmächte, W.K.] gegen den Feind ergreifen, schaden sie unmittelbar sich selbst. Die Wirtschaft, die allemal die Basis ihrer Macht ist, wird zum Instrument der jetzt auf die Tagesordnung gesetzten Gewaltkonkurrenz.« (Ebd., 72) Die zuletzt viel beschworene Einigkeit in der EU scheint aber zunehmend zu wackeln, da die Konsequenzen der Sanktionsmaßnahmen die Mitgliedsstaaten der EU unterschiedlich treffen.

Die Westmächte, die die ukrainische Armee mit Waffen und Ausbildungspersonal versorgen, trotz z.T. anfangs zögerlicher Politik, werden dazu beitragen, den Krieg zu verlängern, um die Verluste und die Kosten für Russland hochzutreiben. Es geht darum, die Armee der Ukraine so auszustatten, dass sie in der Lage ist, von Russland besetztes Gebiet zurückzuerobern und so Putin gezwungen wird, Verhandlungen anzubieten. (Vgl. *ZDF Spezial*, u.a. zur Strategie der USA, v. 16.06.2022) An den Waffenlieferungen und an der Ausbildung ukrainischer Soldaten an schwerem militärischem Gerät in Deutschland beteiligt sich ebenfalls die deutsche Regierung.

»Für die amerikanische Weltmacht und ihre Verbündeten geht es hier nämlich – genauso grundsätzlich, wie es Russland um seine Selbstverteidigung geht – um einen *Angriff auf die Weltordnung*, um eine Infragestellung *ihrer Welt-herrschaft*, praktisch ins Werk gesetzt von einer Macht, die aufgrund ihres militärischen Potentials zu dieser Infragestellung *imstande* ist und *deswegen* für Amerika eine unerträgliche, unbedingt zu beseitigende Schranke darstellt.« (Peter Decker 2022: *Gegenstandspunkt*, München, 1-22, 39)

Mahnende Worte bezüglich der ungebremsten Aufrüstung der Ukraine kommen von Jürgen Habermas: »Nachdem sich der Westen entschlossen hat, in diesen Konflikt nicht als Kriegspar-

tei einzugreifen, gibt es eine Risikoschwelle, die ein ungebremstes Engagement für die Aufrüstung der Ukraine ausschließt.« (*Süddeutsche Zeitung* v. 28.04. 2022) Russland will seine Ambitionen als hegemoniale Großmacht im Gebiet der alten Sowjetunion erhalten, den USA geht es um ihre hegemoniale Welt-herrschaft, die allerdings durch den fluchtartigen Abzug aus Afghanistan einige Risse erhalten hat. Eine direkte Intervention der NATO scheint bislang ausgeschlossen. Die Eskalationsdominanz beanspruchen aber beide Seiten für sich: die NATO mit der immer stärkeren Aufrüstung von schweren Waffen für die Ukraine, um die russische Armee entscheidend zu besiegen, Russland mit der Drohung, notfalls auch atomare Waffen einzusetzen. Neben der wachsenden Intensität von Waffenlieferungen an die Ukraine geht es auch um geheimdienstliche Erkenntnisse über die russische Armee, um die Ausbildung ukrainischer Soldaten an NATO-Waffensystemen und um eine ökonomische wie diplomatische Isolation Russlands. »Die Lesart von Militäranalysten an der Akademie in Annapolis/Maryland (USA) lautet: ›Biden will Putin in die Knie zwingen.« (Zitiert nach *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 28.05.2022) Genau davor warnt aber Henry Kissinger, Urgestein US-imperialistischer Außenpolitik.

»Kissingers Botschaft, gesendet über das Weltwirtschaftsforum Davos, lautet zwischen den Zeilen: Amerika muss Kiew dazu bewegen, in Friedensverhandlungen gegenüber Moskau dauerhafte territoriale Zugeständnisse im Donbass wie auf der Krim zu machen. Und darauf verzichten, Russland, das seit 400 Jahren ein bestimmender Faktor in Europa sei, weiter auszugrenzen, zu demütigen und so in die Arme Chinas zu treiben. Unterlässt man das, so doziert Kissinger, wächst das Risiko, dass der Krieg ausartet und eine globale Katastrophe auslöst.« (Ebd., vgl. auch *Süddeutsche Zeitung* v. 27.05.2022)

Dieser Ratschlag von Kissinger stößt jedoch weder in Washington noch in anderen westlichen Ländern auf Zustimmung. Das Gegenteil ist der Fall: Die Ziele sind auf einen ukrainischen Sieg ausgerichtet. Allerdings warnt auch der französische Präsident Macron überraschenderweise vor einer Demütigung Putins. (*ZDF Heute Nachrichten* v. 04.06.2022, 19 Uhr)

Mit Russland und China auf der einen Seite und den USA mit den NATO-Partnern auf der anderen Seite scheinen sich zwei neue Machtblöcke herauszubilden, die in einem Konkurrenzkampf um strategische militärische und wirtschaftliche Einflusszonen, um Rohstoffe und um politische Macht stehen. Der amerikanische Präsident Biden hat gegenüber China als aufstrebende Weltmacht klar Stellung bezogen. Er sprach »was der neue Rivale nicht werden darf: ›Das führende Land der Welt, das wohlhabendste Land der Welt und das mächtigste Land der Welt. Das wird nicht passieren, nicht mit mir, denn die Vereinigten Staaten werden weiterhin wachsen und expandieren.« (Joe Biden, zitiert nach Bernd Greiner 2021: *Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben*, München, 217) Die USA haben begonnen, ozeanische Bündnisse zu festigen, die die NATO im Atlantik, Japan, Südkorea und Taiwan im Pazifik umfassen, die sich gegen den Aufstieg Chinas als neue Weltmacht, als neuer Hegemon, richten. Hinzu kommt der am 12. September 2021 neu gebildete Militärpakt AUKUS (Australia, United Kingdom, United States), der zum Ziel hat, Chinas



Aktivitäten im Südchinesischen Meer entgegenwirken. Es hat große militärische Bedeutung, wer dort die Kontrolle hat, da es um wichtige Inselgruppen geht, die von China, von Taiwan, von Vietnam, von den Philippinen, aber z.T. auch von Malaysia und Brunei beansprucht werden. (Vgl. Jörg Kronauer 2022: *Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg*, Köln, 141ff.) China ist auf seiner Seeseite eingeschnürt von einer Reihe von US-Militärstützpunkten und Stützpunkten von Verbündeten der USA. Der Konflikt im Südpazifik wird noch gefährlicher durch die Dauerrivalität zwischen China und Taiwan und Chinas Ansprüche gegenüber Taiwan. »In Singapur droht der chinesische Verteidigungsminister Taiwan offen mit Krieg, wenn es seine Unabhängigkeit erklären sollte.« (Friederike Böge/Till Fähnders: Warum die Bedrohung für Taiwan zunimmt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12.06.2022)

## AUCH RUSSLAND UND CHINA PLANEN EINE NEUORDNUNG DER WELT.

»Beide Staatsführer teilen nämlich die gleiche Vorstellung von der Neuordnung der Welt, erst im Februar unterzeichneten sie ein gemeinsames Manifest in Peking, das eine »neue Ära in der Weltordnung« einleiten sollte. China schloss sich darin auch zum ersten Mal der russischen Forderung an, die Nato-Osterweiterung zu stoppen. Für die chinesische Führung dient der Konflikt wiederum der eigenen Rivalität mit den USA. Die Staatspropaganda hat erreicht, dass ein großer Teil der Chinesen nicht Russland, sondern die Vereinigten Staaten für den Aggressor halten.« (Lea Sahay: Projekt Neuordnung der Welt, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 22.06.2022)

Mit der Initiative zu einer geopolitischen Neuordnung hat China schon seit einigen Jahren begonnen und seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluss ausgedehnt. So hat das »Reich der Mitte im Rahmen seiner Neuen-Seidenstraße-Offensive« in die Infrastruktur afrikanischer Länder und in Südosteuropa viel Geld investiert, um Häfen, Straßen und Bahnstrecken zu bauen. »Es hat Minen gekauft, in denen Lithium und Kobalt gefördert werden, zwei Rohstoffe, die Europa für seine Elektroauto-Ziele braucht. Es hat sich von einem Entwicklungsland zu einem »Systemwettbewerber« entwickelt, wie der Industrieverband BDI konstatiert.« (Zitiert nach Julia Löhr/ Manfred Schäfers: Das 600-Milliarden Luftschloss, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28.06.2022)

Kommt es nach dem Krieg in der Ukraine, der aller Wahrscheinlichkeit noch eine lange Zeit dauern wird, zu einer noch größeren Auseinandersetzung zwischen den USA und China? Viele Zeichen deuten darauf hin. Die Ukraine ist nur das erste Schlachtfeld der Ausrichtungskämpfe in einer neuen multipolaren Weltordnung, in deren Zentrum die gefährliche Rivalität zwischen den USA und China steht.

Stand: 29.06.2022

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals.

# ZeitenWende zwischen apokalyptischer Eskalation, Sackgassen und Fluchtlinien

## INTERDISKURS- UND NORMALISMUSTHEORETISCHE ANALYSE

Von Jürgen Link

*Der hegemoniale mediopolitische Diskurs spricht von »Zeitenwende« und »Paradigmawechsel«. Große historische Ereignisse bedeuten für alle dominanten und viele subdominante gesellschaftliche Zyklen einen Schock, der ihre vorgängigen Tendenzen entweder verstärkt oder sie schwächt bis hin zur »Abschaltung«. Vor allem erschüttert ein solches Ereignis die vorgängige Struktur der interzyklischen Kopplungen. Am deutlichsten ist das im aktuellen Fall sichtbar an der enormen Stärkung des militärischen Zyklus innerhalb des Zyklenkombinats.<sup>1</sup>*

Mit dieser Formulierung wurde zu Beginn des Ukrainekrieges versucht, das schwierige Problem zu umreißen, wie sich Ereignisgeschichte und Strukturgeschichte integriert zusammendenken lassen – und das auch noch mitten im aktuellen Prozess. Zum einen wird der Krieg (zunächst vom mediopolitischen Diskurs) als Folge von Ereignissen erzählt, zum Beispiel: Am 24. Februar ist die russische Armee auf breiter Front in die Ukraine eingerückt. Am 27. Februar verkündet der deutsche Kanzler Scholz die »ZeitenWende«. Am 2. April entdecken nach dem Rückzug der russischen Truppen von der Kiewfront die ukrainische Armee und sie begleitende westliche Medien in Butscha Leichen exekutierter Zivilisten und Massengräber von Zivilisten. Am 26. April wird auf der US-Basis Ramstein unter Vorsitz des Pentagonchefs Lloyd Austin eine permanente Koalition der Willigen aus 40 oder mehr Ländern gebildet, die unter Führung der USA die militärische Unterstützung (und vermutlich auch die Strategie) der Ukraine koordinieren soll; am 10. Juni nennt die Ukraine offiziös die Zahl von 10000 eigenen bisher Gefallenen; sie setzt die Zahl der Gegner mit circa 30000 an, die NATO schätzt etwa 20000; um die Dimensionen des Massakers zu begreifen, sind getötete Zivilisten hinzuzuzählen (13.6. Ukraine offiziös 12000), ebenso die Invaliden, die psychischen Traumatisierungen, darunter die der Kinder. Am 30. Juni versiebenfacht der madriider NATO-Gipfel die Einsatzspezialtruppen an der russischen Grenze auf 300000 (Versiebenfachung auf einen Schlag).

Zum anderen haben wir es mit mittel- und langdauernden strukturellen Tendenzen zu tun, die bereits vor dem Krieg virulent waren: *Great Decoupling* (wirtschaftliche Abkopplung) der USamerikanischen Hegemonialzone von China, *Project for a New American Century (PNAC)* zur militärischen Stärkung dieser Hegemonialzone, *Verhinderung einer Klimakatastrophe* durch Reduktion des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes nach den Zielen des Pariser Klimaabkommens von 2015 zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad bis 2050. Man kann diese strukturellen Tendenzen und dann auch ihre Integration mit den Ereignissen am besten analysieren, wenn man sie als Folge von Reproduktionszyklen begreift (deshalb der Begriff Zyklus). Am Beispiel des Projekts Klimarettung: Die Tendenz zur Klimakatastrophe ergibt sich aus der Reproduktion ökonomischer Strukturen mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß, paradigmatisch fossile Energie und fossiler Verkehr. Statt diese Strukturen weiter zu reproduzieren, sollen die Investitionen in »nachhaltig klimaneutral« und »grüne« Produktionsanlagen umgelenkt werden.

### DREI GROSSE STRUKTURELLE TENDENZEN UND DER IMPAKT DER KRIEGSEREIGNISSE

Der Krieg und die kriegerische ZeitenWende sind also in die drei Haupttendenzen »eingeschlagen« und haben sie enorm verstärkt und beschleunigt. Die Tendenz PNAC-NATO, die stets eine dominante militärische Komponente umfasste, rückte nun den militärischen Zyklus in eine kodominante Position in Gestalt des Aufrüstungsprogramms und der umfassenden Ausrichtung der NATO auf Eskalationsstrategie in der Ukraine. Auf die kulturellen Konsequenzen in Gestalt einer kriegerischen Subjektivität als diskursive Mentalität ist noch eigens einzugehen. Der Fall ZeitenWende ist demnach auch exemplarisch für die Integration von Struktur und Ereignis: Die Sanktionen gegen Russland im Ukrainekrieg (Ereignis) sollen zwei Tendenzen verstärken (Struktur): das Decoupling und das »Herunter-

<sup>1</sup> KRR 82, S. 8. Ich hebe im Folgenden auch andere Einschätzungen vom Beginn des Krieges durch Kursivierung hervor, um das prognostische Potential zu markieren.



fahren« von fossiler Energie und fossilem Verkehr. Dabei zeigte es sich dann aber, dass das Decoupling ›übergangsweise« ein ›Herauffahren« fossiler Energie zur Folge hatte (umweltschädliches und teures USamerikanisches Frackinggas, sogar Kohle). Diese Paradoxie, die Robert Habeck mit seinen Stirnfalten zu beherrschen suchte, erweist sich als Lehrstück für die ZeitenWende: Ein derartig chockartiger Eingriff in die eingespielte vorgängige Struktur des Zyklenkombinats wie das forcierte Decoupling durch die Sanktionen erschüttert die Kopplungen zwischen den Zyklen und schlägt bis auf den dominanten ökonomischen Zyklus durch. »Die Wirtschaft«, also die Wachstums-Wirtschaft, also der Kapitalismus, dessen Triebenergie im Wachstum monetärer Gewinne (Profite) besteht, wurde kalt erwischt. Während die bellizistischen Medien angebliche »Eiertänze« der »Zauderer« bei schweren Waffen skandalisierten, fanden und finden die eigentlich interessanten, objektiv eher komischen »Eiertänze« an der »Basis« statt: Die Wirtschaft braucht für das befohlene Decoupling Übergangsfristen und Ausnahmen, und das je nach Produkt und Branche gestaffelt – und sie braucht Subventionen für LNG-Terminals im Eiltempo usw., die zu den Subventionen für E-Mobilität hinzukommen. All das aber ist ja »Protektionismus« und »Staatseingriff in die Märkte«, ja geradezu »Autarkie« und »Planwirtschaft«! Wir haben es, sollte diese Tendenz wirklich mittel- und langdauernd dominant werden, tatsächlich mit einer Art präventiver Kriegswirtschaft zu tun, die stets mit staatsmonopolistischen Dispositiven einhergeht. Die Tendenz zur Block-Autarkie färbt dann sofort nach ›unten« ab und stärkt auch wirtschaftsnationalistische Konzepte, wie die Ampelkoalition sie zunehmend verfolgt (dazu ausführlich der Beitrag von Tino Heim).

Um also die Ereigniskette des Krieges ansatzweise zu begreifen, bedarf es der Einsicht in die strukturellen Prozesse, in die diese Kette integriert ist.

*Nach drei Monaten Krieg lässt sich feststellen, dass die zu Beginn als dominant angenommenen drei Großzyklen Great Decoupling, PNAC-Militarisierung und Klimaretterung sich als die Tiefenstruktur des Krieges bestätigt haben.*

## DER KRIEG IM STRUKTURELLEN DREIECK

### DECOUPLING – PNAC-NATO – KLIMAKRISE

*Great Decoupling:* Entscheidend war das Ereignis ›Ramstein« (26. April). Es bestätigte die USA als das eigentliche strategische Subjekt des Krieges auf ukrainischer und westlicher Seite und damit auch des Decoupling. Dabei zeigte schon die starke Beteiligung pazifischer Mächte wie Australien und Japan, dass das strategische Hauptziel des Decoupling China ist. Dem entspricht die Taktik, konkrete Schritte des Decoupling gegen Russland stets zu ergänzen durch den Zusatz, dass solche Schritte eigentlich auch gegen China notwendig seien. Medial wurde eine regelrechte symbolische Analogie verbreitet: Russland : Ukraine = China : Taiwan<sup>2</sup>. Das Beispiel zeigt, dass die

langfristigen Tendenzen nicht den beschränkt freien Spielraum der Entscheidungseliten aufheben, was auch interne Kontroversen einschließt. Man muss sich die Integration vielmehr nach dem Modell Chancen/Risiken vorstellen: Offensichtlich sah die radikalste PNAC-Richtung durch Putins Aggression die ›Chance«, die Ost-Expansion ›hochzufahren« und direkt in Richtung China zu erweitern. Eine innerwestliche Opposition, exemplarisch vertreten durch Henry Kissinger und den deutschen Admiral Schönbach, warnt umgekehrt davor, Russland durch rabiates Decoupling geradezu in die chinesische Einflussphäre zu treiben.

PNAC: Ich hatte die »PNAC-NATO« als einen dominanten Zyklus des Ukrainekrieges eingeschätzt, weil ich in diesem Projekt die Tiefenstruktur eines wesentlichen langdauernden strategischen Konzepts der USA und der NATO am deutlichsten ausformuliert fand. Es ging mir nicht um eine interpersonal-interaktionische Konstellation (alias ›Verschwörungstheorie«), sondern um einen strukturellen Zyklus mit auf Langdauer angelegtem Ziel: *das Supermachtmonopol der USA seit dem Kollaps der Sowjetunion zu bewahren und zu stärken, also die Emergenz einer erneuten zweiten Supermacht zu verhindern.* Die Mittel zu diesem Ziel sind konsequenterweise globaler ökonomischer und militärischer Interventionismus (also Absage an sogenannten »Isolationismus«), Stärkung und Ausweitung der NATO unter klarer USamerikanischer Führung, möglichst Monopol auf die jeweils effektivsten Waffen und Waffensysteme und vor allem die Wiedererlangung der nuklearen Erstschlagskapazität mittels eines effektiven Raketenschirms um mögliche Herausforderer des Supermachtmonopols herum. Das Wesen der von Putin provozierten westlichen ZeitenWende besteht darin, dass der aufgewertete militärische Zyklus (›Sicherheit«) konzeptuell vom PNAC ausgefüllt wurde. Für Deutschland bzw. Europa bedeutet das eine seit langem nicht mehr gesehene derartig weitgehende Unterordnung unter die USA.

Dieses Konzept wurde tatsächlich von dem PNAC und seit 2009 von dem Nachfolger-Thinktank Foreign Policy Initiative (FPI) am deutlichsten formuliert. Wie eng die amerikanische Strategie des Ukrainekrieges diesem Konzept verpflichtet ist, erweist sich nun allerdings auch interpersonal-interaktionistisch: Victoria Nuland (›Fuck the EU!«) leitet für die Regierung der USA seit langem (und als ›Bipartisan« über mehrere Regierungen beider Parteien hinweg) die Ukraine- und Russlandpolitik. Sie ist die Ehefrau von Robert Kagan, Mitgründer des PNAC und Mitleiter des FPI sowie Master Mind vieler einschlägiger Institutionen, Medien und Kommentarplätze über die gesamte amerikanische Medienbreite hinweg. *Die PNAC-Strategie im Ukrainekrieg erweist sich am deutlichsten im Kriegsziel ›Die Ukraine muss siegen« sowie ›Russland muss offensivunfähig werden«.* Dieses seit Ramstein durchgesetzte Ziel kann als ›SiegFrieden« bezeichnet werden – in Analogie zum Kriegsziel der deutschen Imperialisten von 1914. Dadurch wurde, wie im folgenden weiter ausgeführt wird, der Typ des Krieges tiefgreifend zu einem Gegen-Eskalationskrieg verändert.

2 Sogar zum Ereignis Butscha wurde am 24. Mai eine Art Parallelereignis – man muss schon sagen: fabriziert, als der Spiegel gemeinsam mit anderen Medien die »Xinjiang Police Files« veröffentlichte, die großenteils jahrealte und längst bekannte Videos zusammenstellten. Dabei sind die Methoden der Zwangsarbeit Tausender Uiguren und umso mehr die Folter gegen angebliche oder wirkliche Islamisten schärfstens zu verurteilen. Die Foltermethoden schauten die chinesischen Dienste allerdings bei Guantanamo, Abu Graib, Bagram sowie den geheimen Folterzentren der USA in NATO-Ländern ab.

*Drittens Dominanz Klimarettung:* Hier ergab sich scheinbar eine ideale Kopplung mit den Zyklen Decoupling und PNAC-NATO. Wie es nicht nur die westlichen Regierungen, sondern exemplarisch auch Greenpeace und Fridays for Future proklamierten, soll das Decoupling gegenüber Russland, bei dem die fossilen Energieimporte besonders ins Gewicht fallen, positiv dazu genutzt werden, schneller auf erneuerbare Energien umzuschalten (zu diesem Komplex ausführlich der Beitrag von Tino Heim).

## ZWEI SEITEN DER ZEITENWENDE:

### OBJEKTIV-STRUKTURELLE UMKOPPLUNG UND DISKURSIV-SUBJEKTIVE MASSENSTIMMUNG

Die objektive Um- und Neukopplung dominanter Zyklen ist auf die subjektive Akzeptanz nicht nur einer Mehrheit der Entscheidungseliten, sondern vor allem auch der westlichen Wählerinnenmassen, eine kriegerische »Stimmung«, angewiesen. Der Kombination großer struktureller Tendenzen entsprechen auf der semiotisch-sprachlichen (massensubjektiven) Ebene interdiskursive und vor allem kollektivsymbolische Dispositive. Zwischen beiden Ebenen besteht ein funktionaler Kreislauf, funktionale Reziprozität. Das lässt sich am besten mit konkreten Beispielen erläutern. Die Proklamation einer »ZeitenWende« durch Kanzler Scholz am 27. Februar verstand sich vor allem als Reaktion auf den russischen Großangriff auf die Ukraine und war also dominant militärisch (»Sicherheit«) akzentuiert. Tatsächlich handelte es sich jedoch um einen typisch interdiskursiven Komplex, der Militär mit Wirtschaft, Politik, Sozialem, Lebensweise und Subjektivität koppelt. Die anderen Zyklen erhalten durch den Begriff eine militärische ›Färbung‹, wenn etwa das ökonomische und soziale ›Opferbringen‹ (das ›Gürtel-enger-Schnallen‹) nun mit dem Krieg für die »Freiheit« konnotiert ist. Wie das ›Gürtel-enger-Schnallen‹ zeigt, schließen altbekannte Kollektivsymbole sofort an den Komplex an. Entsprechend der interdiskursiven Struktur erfüllte der mediopolitische Diskurs nun seine (strukturelle) ›Aufgabe‹, für alle Teilsysteme die ZeitenWende zu explizieren. Negativ erfolgte das durch die Formel »aus der Zeit gefallen«: Nicht bloß der Pazifismus war von gestern auf heute »aus der Zeit gefallen« (Robert Habeck), sondern auch die fossile Energie usw.

*Ein weiteres interdiskursives Dispositiv von entscheidender Bedeutung ist die historische Analogie.<sup>3</sup> Die militärische Siegfrieden-Strategie stützt sich interdiskursiv auf die Analogie Ukraine 2022 = Polen 1939, mit den Komponenten Putin = Hitler, ›deutsches Zaudern‹ = Appeasement 1930er Jahre, Chamberlain/Daladier = Schröder/Steinmeier/Merkel. Wenn es auch auf der Ebene des »Charakters« zwischen Putin und Hitler eine gewisse Analogie im typischen Ressentiment des frustrierten Kleinbürgers geben mag – aber für wie viele Millionen trifft das zu? – so unterscheiden sich wesentliche strukturelle Faktoren fundamental, und vor allem die atomare Bewaffnung Putins. Ich habe das in dem folgenden satirischen Aphorismus aufgespießt:*

## ZEITENGEWENDETE LOGIK

**propositio maior:** PUTIN = HITLER

**definitio ad propositionem maiorem:**

HITLER = der, wenn mit atomwaffen, sie vor niederlage in jedem fall einsetzt.

**propositio minor:** PUTIN mit atomwaffen

**conclusio:** ergo wird PUTIN vor niederlage seine atomwaffen in keinem fall einsetzen.

Bekanntlich kann eine *reductio ad absurdum* in der klassischen Logik auch dazu führen, die *propositio maior* in Frage zu stellen. Aber wie es scheint, ist auch die klassische Logik aus der Zeit gefallen. Statt dessen muss aufgrund der Prämisse nun auch die Frage gestellt und positiv beantwortet werden, ob Putin »Faschist« ist (er selbst sieht sich in historischer Analogie zum wehrhaften und ›prowestlichen‹ Reformzaren Peter dem Großen).

## ZEITENWENDE ALS NEW NORMAL

Direkt nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine erklärte NATO-Generalsekretär Stoltenberg (nach *Spiegel* vom 26. Februar): »Die jetzige Situation ist das New Normal«. Zuvor hatten die Krisen seit der Finanzkrise von 2008ff. und dann vor allem die Coronakrise Zweifel daran geweckt, dass ein »Back to Normal« im Sinne einer Rückkehr zur vorgängigen, ›alten‹ Normalität noch möglich sein könnte. Stattdessen wurde eine rätselhafte »neue Normalität« mit digital-ökologischem Superwachstum (Paradigma Tesla), aber gleichzeitig auch mit notständischen Komponenten nach dem Muster der Corona-Dispositive in Aussicht gestellt. Stoltenbergs Schwertstich durch den gordischen Knoten erklärte eine epochale zusätzliche Aufwertung der »Sicherheit«, also des militärischen Zyklus mit seinen notständischen Tendenzen, zum Wesen des New Normal.

Unter den meistens vagen Vorstellungen dessen, was »normal« ist, ist die Gleichsetzung mit »gewohntem Alltag« (*everyday life*) weit verbreitet. Das erweist sich exemplarisch aktuell zu Pfingsten 2022: Große Teile der Bevölkerung und insbesondere ihrer jüngeren Generationen feiern das (vielleicht nur vorläufige) Ende der Corona-Einschränkungen mit lauter lauter ›Rückkehren‹: zum Shoppen, in die Gastronomie, zu Tanzfeiern und Urlaubsreisen, und bezeichnen das als »Rückkehr zur Normalität«. Das wäre dann aber doch die (angeblich unmögliche) Rückkehr zur »alten Normalität« (*Old Normal*). Ein näherer analytischer Blick auf die Kategorie scheint demnach notwendig zu sein. Das ist im Rahmen der Normalismustheorie geschehen, die hier nicht resümiert werden kann. Nur einige den Alltag betreffende Komponenten seien in Erinnerung gerufen. Dazu zählt vor allem der interdiskursive Charakter der modernen Normalität im Sinne von modernem Alltag. Man muss hier das »(westlich) *modern*« betonen, weil der Alltag in einer szientistischen, industrialistischen und kapitalistischen

<sup>3</sup> Es fehlt hier der Raum, um die kollektivsymbolische Struktur der historischen Analogie genauer zu analysieren. Siehe dazu (wie zu anderen hier relevanten Konzepten): J.L., *Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne. Krise, New Normal, Populismus*, Göttingen 2018 sowie viele Beiträge in der kRR seit den 80er Jahren.





Abb. 1 : Corona-Inzidenzen: Symbolische Denormalisierung durch exponentielles Wachstum und Hoffnung auf Renormalisierung (BILD, 2.4.2020)

Wachstumsgesellschaft sich fundamental von früheren und kulturell anderen Alltagsunterscheidet.

Zwar muss jeder – und auch der moderne – Alltag für die werktätigen Massen (das plebejische »Volk« der unteren Zweidrittel oder Dreiviertel) basale lebendige Rhythmen (Eurhythmien) von Schlaf und Wachen, Arbeit und Freizeit, Arbeit und Festen wenn auch noch so prekär gewährleisten, doch sind diese Eurhythmien im modernen Alltag gänzlich überdeterminiert vor allem von den zyklischen Rhythmen des »Wachstums«. Für all das kann die aktuelle »Rückkehr zur Normalität« nach den Corona-Einschränkungen als Modellfall dienen: Die fundamentale Denormalisierung durch den pandemischen Notstand erwies sich vor allem darin, dass sie auch die basalen Eurhythmien erfasste und sowohl Schlafen wie Wachen, sowohl Arbeit wie Freizeit aufs kaum mehr Erträgliche störte. Da die Spezifik der modernen Normalität darin besteht, dass alle ihre Rhythmen auf Basis flächendeckender statistischer Verdichtung durch Regulierung und Kontrolle der tendenziell explosiven Wachstumszyklen allererst »normalisiert« werden müssen, kann man das wesentliche interdiskursive Dispositiv auf den Begriff einer »Kurvenlandschaft« (Curvescape) bringen. Auch dafür war und ist der Fall Corona exemplarisch: Der gesamte (fundamental denormalisierte) Alltag unter Corona hing von den täglich über die Massenmedien verbreiteten statistischen Kurven ab. Dementsprechend ließ sich voraussagen, dass die »Rückkehr zur Normalität« genau dann eintreten würde, wenn die symbolischen Kurven (allen voran die der Wocheninzidenz und die der »schweren Verläufe«) bis nahe Null gefallen sein würden. Das schien zu Pfingsten 2022 (in den meisten westlichen Ländern) annähernd erreicht zu sein, und als dementsprechend stark erwies sich ein massenhafter »Wille zur Rückkehr zur Normalität«.

## CORONA ALS BLAUPAUSE FÜR DIE GROSSE DENORMALISIERUNG DER ZEITENWENDE?

Kriegszustand ist die höchste Stufe des Notstands, tendenziell totaler Notstand, was sich exemplarisch in der Ukraine beobachten lässt: Es regiert und herrscht eine enge politisch-militärisch-ökonomische Exekutive. Die Demokratie ist suspendiert, insbesondere das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung ist abgeschafft. Als Legitimation dient die Berufung auf den kollektiven Willen einer völkerrechtswidrig bekriegten Nation zur gerechten Selbstverteidigung. Es kann kein ernsthafter Zweifel an diesem Willen des ukrainischen »Volks« im Sinne der Zivilgesellschaft (zumindest bis zur strategischen Wende zum Siegfrieden) bestehen.

Wie weit die westeuropäischen NATO-Länder (und vor allem Deutschland) bereits in den Ukrainekrieg einbezogen sind, ist (je nach Eskalationsstufe) nicht klar. Für die Zivilgesellschaften sind die denormalisierenden Folgen bisher vor allem ökonomisch-sozial und kulturell-subjekttypologisch spürbar. Durchaus analog zu den Corona-Notständen wird der Alltag des »Volkes« durch Inflation und Zinswende, die teilweise dem Decoupling geschuldet sind, empfindlich gestört. Mit Energie, Verkehr, Wohnung/Bau und Nahrung sind dominante Teilzyklen des konsumistischen Sozialstaats betroffen. Die politischen Antworten darauf erscheinen wie bei Corona hauptsächlich improvisiert und strategisch gespalten: Zum einen wird versucht, einen Kurvencrash der sozialstaatlichen Zyklen durch weitere hohe Staatsschulden zumindest »abzufedern« - zum anderen wird angekündigt, das könne nicht ewig so weitergehen, die »Schuldenbremse« müsse wieder in Kraft gesetzt werden und die Zinsen müssten steigen. Ein weiterer Musterfall für die Kurvenlandschaft ist die symbolische »Exponentialtendenz« der

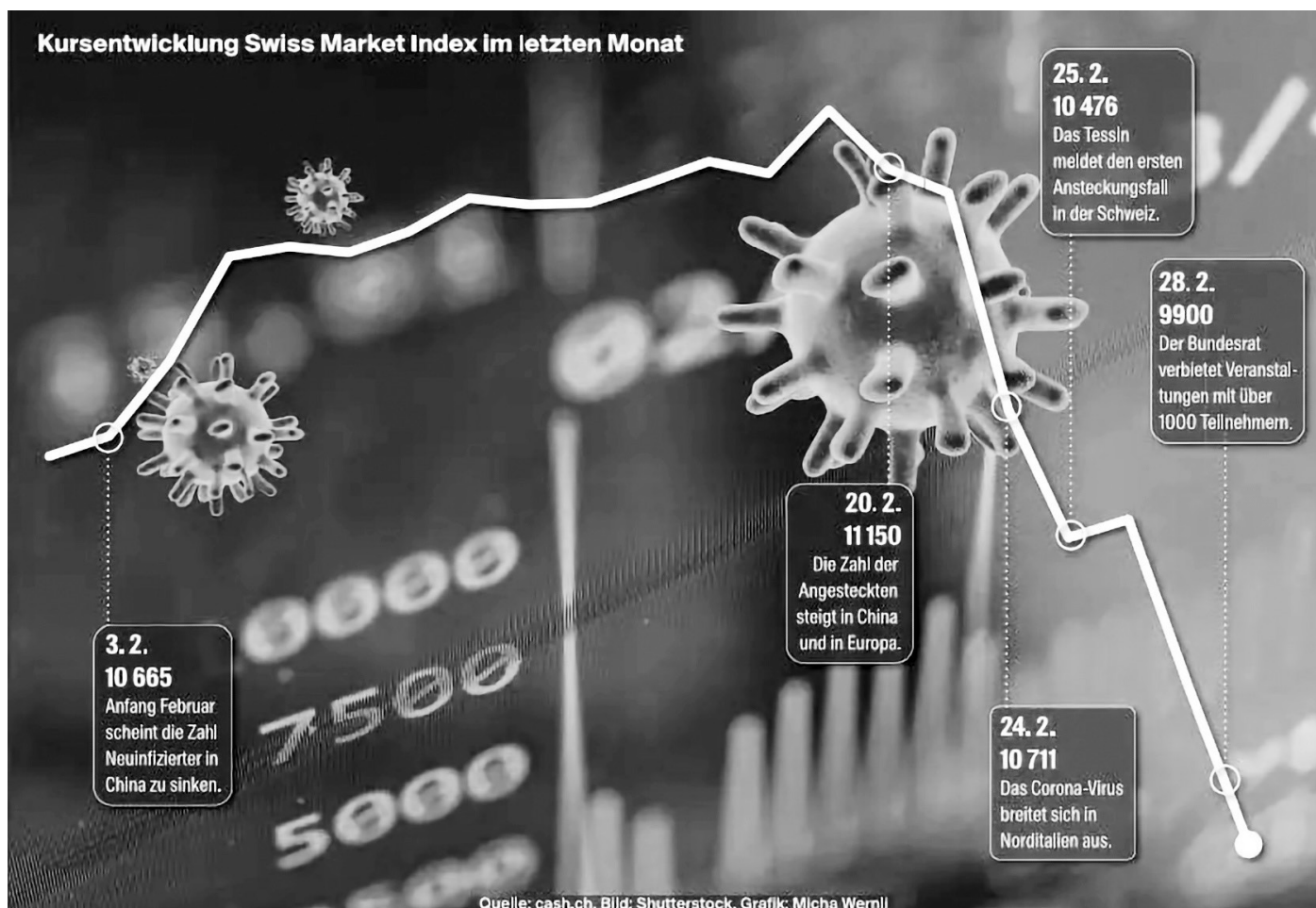


Abb. 2 : Kopplung von ökonomischem Zyklus und Gesundheits-Zyklus: Symbolische Denormalisierung durch Absturzkurve (Luzerner Zeitung Online, 29.2.2020)

Rüstungsindustrie, die sich von den anderen Börsenkurven abhebt. Diese Denormalisierungen sind die direkte Konsequenz des Decoupling, und auch dabei ist der offizielle Diskurs gespalten: Geht es nur um ein Decoupling von Russland, das womöglich nach Kriegsende teilweise aufgehoben werden kann – oder geht es um ein stetig zu steigendes, langfristiges Decoupling vom gesamten neuen Ost-Block mit Zentrum China? Das zweite ist das strategische Konzept des PNAC, das die USA zunächst vor allem für Europa (weniger überstürzt für sie selbst) durchzusetzen suchen.

Strukturelle Tendenzen wie das Great Decoupling sind jedoch keineswegs als monolineare kausale Naturgesetze zu verstehen: Sie sind, wie oben erörtert, umstritten, und ihre Kopplungen mit anderen Zyklen sind friktiv. Die Ereignisse lassen sich daher nicht von ihnen monoton ableiten, sodass es sich um ›intermittierende Linien‹ handelt. Das erweist sich deutlich beim Ukrainekrieg, wenn man die Kopplung des Decoupling mit dem militärischen Teilsystem betrachtet. Diese militärische Ebene folgt, wie dargestellt, einer Kurve der Eskalation (und ggf. Deeskalation). Das ist strukturell fundamental: *Der Ukrainekrieg bietet der Rüstungsindustrie die einmalige ›Chance‹, ihre neuen Waffensysteme – allen voran die elektronischen wie die Drohnen und die Raketen unter der Atomschwelle – unter realen Bedingungen zu testen.* Nicht nur alle NATO-Staaten und nicht nur die Scheichs werden Schlange stehen.

### DAS NEW NORMAL DER ZEITENWENDE ALS PROTONORMALISTISCHE REAKTION GEGEN DEN FLEXIBLEN NORMALISMUS?

Neben der ökonomisch-sozialen Ebene ist es vor allem die kulturell-subjekttypologische, auf der die westlichen Zivilgesellschaften bisher direkt vom Krieg betroffen sind. *Man kann die einschlägigen Tendenzen unter der Kennzeichnung ›binärer Reduktionismus‹ zusammenfassen.* So herrscht in den Mainstreammedien eine Einäugigkeit, die die des Kalten Krieges noch übertrifft: Statt Widerspruch gegen die Propagierung der Siegfriedens-Strategie für die Ukraine als Beweis von Pluralismus zu begrüßen, herrscht die Tendenz vor, solchem Widerspruch jede Legitimität abzuspochen und ihn also möglichst ganz auszuschalten – und das umso rabiater, je ›höherkarätig‹ die Widersprechenden sind (Jürgen Habermas, Harald Welzer, Richard David Precht, Alice Schwarzer, Reinhard Merkel, Ulrike Guérot u.a.). Dieser binäre Reduktionismus erreicht seine Klimax in der Übernahme der ultimativen BILD-Frage »Soll die Ukraine den Krieg gewinnen: ja oder nein?« durch große Teile der ›Qualitätsmedien‹. An diese Mentalität lassen sich dann Notstandsmaßnahmen verschiedenster Art (u.a. Corona als Blaupause) ankoppeln. Wie sich in den kriegführenden Ländern (nicht nur in Russland, auch in der Ukraine) beobachten lässt, ist Krieg im eigenen Lande (anders als Kolonialkrieg und Neokolonialkrieg im »globalen Süden«) kaum mit flexiblem Normalismus, also einer pluralistischen und ›permissiven«

Kultur und einer entsprechenden Subjektivität, Mentalität und ›Stimmung‹ zu vereinbaren. Jedenfalls sind bisher alle unbegrenzten Notstände und exemplarisch alle Kriege mit protonormalistischer (disziplinärer und autoritärer) Subjektivität geführt worden. Nicht umsonst ist »Disziplin« die militärische Grundbedingung. Die in den Talkshows um sich greifenden Ultimativfragen sind performativ nichts anderes als Befehle. Allerdings wäre eine ZeitenWende im Sinne einer erneuten Dominanz des Protonormalismus eine Konter-Kulturrevolution, die sich frontal gegen die eingespielte flexible Mentalität der Nachkriegsgenerationen sowie der Emanzipation der Frau und der Minderheiten richten würde. Wenn auch noch so sehr versucht wird, die von der ZeitenWende erwünschte neoheroische »Wehrhaftigkeit« auch mit weiblichen Körpern unter Stahlhelmen zu symbolisieren, so wird die »postheroische« Subjektivität der meisten Jugendlichen und der meisten Frauen genügend realistische Phantasie bewahren, um sich beim Anblick der schweren Waffen deren Kollateralschäden vorzustellen. Die Bilder der von Putins Raketen zerbombten ukrainischen Städte werden nicht verhindern, sich auch die Resultate von der NATO gelieferter ukrainischer Multiraketenwerfersysteme zwecks ›Verteidigung‹ bzw. Rückeroberung solcher Städte auszumalen. Der Versuch, den binären Reduktionismus wie 1914 auf den realen Massentod auszudehnen, würde hoffentlich in eine neue Kulturrevolution von der Art 1968 umschlagen.

## SO NOTWENDIG WIE NIE:

### INTELLIGENTE DEESKALATIONSSTRATEGIE UND DOMINANT ZIVILGESELLSCHAFTLICHE RESISTENZ

Seit sich die USA am 26. April in Ramstein implizit (und ansatzweise sogar explizit) zum strategischen Subjekt des Krieges auf westlicher Seite erklärten, änderte sich der Charakter dieses Krieges fundamental. Zuvor handelte es sich zwar auch bereits um einen professionellen Krieg der ukrainischen gegen die russische Armee, bei der westliche Hilfe und Instruktion (vor allem der USA) eine große Rolle spielte, aber auch dieser professionelle Krieg war dominant defensiv. Dieser legitime Verteidigungskrieg wurde durch eine spontane Massenresistenz großer Teile des Volkes unterstützt. Die Freiwilligenverbände gaben sich Aufgaben der Zivilverteidigung wie Irreführung der Angreifer, erste medizinische Hilfe, Verpflegungshilfe, bis hin zu Unterstützung von Partisanenwiderstand gegen die Angreifer (Molotowcocktails) und dann gegen die Besatzer. Überall spielten auch Frauen eine wichtige und gleichgewichtige Rolle. Inwieweit bei dieser stark dezentralen Zivilresistenz auch Desertionserleichterung für russische Soldaten als bewusstes Konzept eingesetzt wurde, ist nicht bekannt (zur zivilen Resistenz ausführlich der Beitrag von Guido Arnold). *Nach Ramstein änderte sich der gesamte Krieg auf ukrainischer Seite fundamental: Die Freiwilligenverbände wurden nun in überstürztem Tempo angeblich professionell ausgebildet und in das Artillerie- und Raketenfeuer an den Fronten geschickt.* Im Rahmen der neuen Siegfrieden-Strategie, also der symmetrischen Gegen-Eskalation mit dem Ziel, die russische Armee entscheidend zu schlagen, setzte die Führung in Kiew nun auch auf möglichst quantitative Symmetrie (unter angenommener Bedingung einer positiven Killrate von circa 3:1). In der westlichen medialen Öffentlichkeit war der strategische Schwenk von reiner Defensivstrategie

auf symmetrische Gegen-Eskalation mit dem Ziel eines Siegfriedens mit dem Schlagwort »schwere Waffen« verknüpft. Darunter fallen Waffensysteme der ›mittleren‹ Eskalationsstufen unter der Atomschwelle wie Panzer, Haubitzen, Raketenwerfer und Luftwaffe, vor allem auch mit elektronischen Elementen, die sämtlich auch offensiv eingesetzt werden können. Es ist klar, dass der Anteil der zivilgesellschaftlichen Resistenz am Krieg mit jedem »schwereren« Waffensystem bis zur Geringfügigkeit schwindet. Gleichzeitig schwindet die Aussicht auf eine Rückkehr zur Deeskalations-Strategie mit dem Ziel Waffenstillstand. Auf der politischen Ebene entsprechen den militärischen Eskalationsschritten gestufte Bedingungen für Verhandlungen und einen Waffenstillstand. *Hier markierte das Ereignis »Butsch« eine tiefe Zäsur. Es wurde von den PNAC-Strategen als Moment deklariert, ab dem man mit Putin nicht mehr verhandeln könne.* Als unausgesprochene Blaupause diente dabei die zunächst geheime Erklärung der Alliierten von Casablanca im Januar 1943 (Stalingrad), dass der Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands (nicht bloß Hitlers) geführt würde. Nach Butsch erklärte Biden, mit Putin könne nicht mehr verhandelt werden, wurde aber von Blinken zurückgepfiffen. Seitdem wechselt sowohl bei der Ukraine wie bei den USA ein Schließen mit einem Öffnen der Tür zu Verhandlungen. Diese Ambivalenz (vermutlich aufgrund innerer Kontroversen) begleitet politisch die militärische Eskalation mit dem Ziel, Russland zu »besiegen«.

## ALSO HIC ET NUNC DEESKALATION WENIGSTENS IM DISKURS

Es kann einem speiübel werden, wenn man die medialen Stammtische dabei beobachten muss, wie sie verbal mit echten schweren Waffen hantieren und Ratschläge erteilen, mit welcher Waffentaktik die Ukraine den Krieg in wieviel Tagen gewinnen kann. Das Déjà-vu des Siegfrieden-Journalismus von 1914 und von Verdun ist einfach ›schlagend‹ (leider auch die Verlustzahlen auf beiden Seiten, siehe oben die Zahlen vom 10. Juni). Dem gegenüber muss unsereins sich auf die Forderung nach Waffenstillstand, Ende der Schlächtereie und Verhandlungen beschränken und ansonsten bei unseren Leisten bleiben, also der diskursiven Ebene. Es gibt auch schwere diskursive Waffen und allen voran den binären Reduktionismus, der den Raum der Sagbarkeit schließlich bis auf die BILD-Frage einschränkt: »Soll die Ukraine diesen Krieg gewinnen: ja oder nein?!« Der binäre Reduktionismus im Diskurs besteht in einem altbekannten Netz aus binär gewerteten Kollektivsymbolen, aus denen sich Feind- und Freundbilder generieren, mit denen man sich negativ oder positiv identifizieren muss. Differenzierte Positionen, auf die jeder Prozess der Deeskalation angewiesen ist, werden dadurch verunmöglicht. Solange der binäre Reduktionismus den Diskurs beherrscht, spricht im Krieg nur der Anti-Diskurs der Waffen. Die Kollektivsymbolik des binären Reduktionismus ist uralte, sie wird aber in jedem aktuellen Konflikt sozusagen ›upgedatet‹. Eine besondere Rolle spielen historische Analogien, weil sie sich scheinbar auf ›historische Fakten‹ beziehen. Dadurch greifen die Identifikationsmechanismen in besonders hohem Grade in die Subjektiefe, und vor allem die Subjektiefe eines nationalen Wir. Im aktuellen Ukrainekrieg stützt sich dieses Updating vor allem auf die Analogie mit 1939 und konzentriert sich im Komplex des »Appeasement«. Dementspre-



chend fragt Agnes Strack-Zimmermann suggestiv: »Glauben Sie, Sie hätten Hitler an den Verhandlungstisch bekommen?« Appeasement ist deutsch »Beschwichtigung« - ein Begriff mit starkem Belag von ›Alltagsverstand‹: ›Es hat keinen Sinn, einen üblen Typen beschwichtigen zu wollen – der lacht sich doch bloß eins ins Fäustchen‹. (Dementsprechend ist es ein Topos des vulgärbellizistischen Diskurses, dass ›Putin sich darüber ins Fäustchen lacht‹.)

In dem Grade, in dem es also gelingt, den binären Reduktionismus zu öffnen, werden differenzierte Aussagen möglich wie hier gezeigt: Zwischen Entscheidern, Mitläufern, uninformiert passivierten Massen und resistenten Volksteilen, zwischen Graden der defensiven und offensiven Kriegführung, zwischen Graden der zivilgesellschaftlichen Resistenz und ihres Anteils, zwischen Eskalationsstufen der Waffensysteme und der Kriegführung, zwischen Subjekten der strategischen Souveränität (USA vs. Ukraine vs. Dritte), zwischen Kriegszielen (legitime Verteidigung vs. SiegFrieden) und damit zwischen Typen des Krieges (nationale Verteidigung vs. Krieg zwischen zwei hegemonialen Blöcken, also auf westlicher Seite Stellvertreterkrieg durch die Ukraine).

In dem Maße, in dem es sich dominant um einen Krieg zwischen zwei hegemonialen Blöcken handelt, entsteht eine (teilweise) strukturelle Analogie nicht zu 1939, sondern zu 1914. Damals wurde das Konzept der Zweiten Sozialistischen Internationale, den Krieg durch Verbrüderung des Kanonenfutters aller Seiten und Sturz der Kriegsregierungen zu verhindern bzw. schnell zu beenden, von den Sozialdemokratien bekanntlich verraten. Heute sollte wie damals der zivilgesellschaftliche Widerstand in der Ukraine auf das Entgegenkommen eines zivilgesellschaftlichen Widerstands in Russland mit dem Ziel des Sturzes der dortigen Kriegsregierung zielen (Information über die Massaker, Stimulation von Desertion usw.<sup>4</sup>). Die SiegFrieden-Strategie steht dem diametral entgegen und stärkt den nationalistischen Bellizismus und damit auch den »Durchhalte«-Diskurs aller Seiten genau wie 1914. Der binäre Reduktionismus ist eine wesentliche Stütze dieser SiegFrieden-Strategie im Diskurs – gegen ihn wenigstens ist die Diskurstheorie nicht machtlos.

**Jürgen Link ist Literatur-, Kultur- und Diskurswissenschaftler und Herausgeber der kultuRRRevolution. In den letzten Ausgaben der kRR und des DISS-Journals finden sich weitere Texte von ihm zur Ukraine-Krise.**

4 Einen ausgezeichneten Überblick über die russische Antikriegsbewegung gibt Alexey Tikhomirov in der FAZ vom 20. Juni: »Werft Putin aus dem Amt«. Diese Bewegung ist äußerst vielfältig, benutzt sowohl vordigitale wie digitale, sowohl legale wie halblegale wie illegale Dispositive. Diese Bewegung wird mit der Dauer des Krieges wachsen; der westliche binäre Reduktionismus (»alle Russen sind Feinde«: Botschafter Melnyk) führt Krieg gegen diese Bewegung.

# Einige rhetorische Ressourcen des NATO-Kriegsdiskurses

## NOTIZEN ZUR BERICHTERSTATTUNG ÜBER DEN RUSSISCHEN KRIEG IN DER UKRAINE IN DEN DEUTSCHEN MEDIEN

Von Clemens Knobloch

*Die Geschicklichkeit der großen Journalisten besteht darin, dass sie den Idioten, der sie liest, dazu bringen zu sagen: »Genau das, was ich dachte!« Man will nicht angestoßen, man will geschmeichelt werden. (André Gide)*

### [0] IN MEHR ALS EINER HINSICHT IST ES EINE UNDANKBARE AUFGABE, ÜBER DEN MEDIENDISKURS ZUM UKRAINEKRIEG ZU SCHREIBEN.

Ich nenne nur einleitend ein paar Gründe dafür:

[a] Der medienöffentliche Diskurs zum Ukrainekrieg ist so eindeutig, gleichförmig und einstimmig, dass es wirklich keine Diskursspezialisten braucht, um ihn zu »verstehen«. Der schlagartig aufgenommene Eskalations-, Aufrüstungs- und Militarisierungsdiskurs im Westen erklärt sich selbst. Missverständnisse sind kaum möglich. Aufklärungsversuche und alternative Deutungsmuster (selbst wenn sie von Militärs und professionellen Strategen kommen) werden mit massiver Kontaminationsrhetorik isoliert und als Parteinahme für den Feind gewertet (wie es die Regeln der Kriegspropaganda vorschreiben; s.u.).

[b] Im Umkreis der Linken gilt zudem, dass die Fragmentierung und Aufspaltung der Positionen und Reaktionen weit fortgeschritten ist. So etwas wie eine gemeinsame Einschätzung ist nirgends zu erkennen. Daraus folgt zwingend, dass jeder Versuch, die Dinge und Verhältnisse zu deuten, die eine oder andere Gruppierung provozieren und zu Widerspruch reizen wird. Was wiederum damit zusammenhängt, dass

[c] es gleichermaßen unmöglich und doch unbedingt notwendig ist, der durch den Krieg (durch jeden Krieg!) forcierten binären gut-böse-Logik zu entkommen. Es gibt in einer durch Krieg binarisierten Szene keine sprachliche Darstellung der

Lage, die nicht zugleich als Parteinahme für die eine oder andere Seite interpretiert werden kann. Jede sprachliche Darstellung transportiert auch Wertung, und die Eiferer beider Seiten werden nicht zögern, jeden Versuch Distanz zu gewinnen, als Verrat an der guten Seite zu deuten. Es ist aber zugleich auch offensichtlich, dass analytisch und strategisch nur der Versuch weiterhilft, das Geschehen aus kalter Distanz unter die Lupe zu nehmen.

Jeder solche Versuch ruft die Wadenbeißer und Diskurswächter der Atlantiker-Lobby in den deutschen Redaktionen auf den Plan (zu dieser Lobby mehr bei Krüger 2016). Varwick (2022), selbst prominentes Opfer dieser Lobby, spricht vorsichtiger von den »etablierten transatlantischen Organisationen«. Selbst kritische Stimmen aus den USA (Henry Kissinger, John Mearsheimer) werden medial abgemeiert, wie Varwick (2022) berichtet. Zu den prominenten Opfern dieser Kräfte gehört auch Wolfgang Streeck, in der Hauptsache, weil er von einem »Imperium« gesprochen und damit das US-amerikanische (und nicht das russische) gemeint hat., was ihm eine böse Replik des obersten FAZ-Wadenbeißers, Patrick Bahners, einbrachte (Bahners 2022), der kurz darauf vor Ehrfurcht über den moralischen Rigorismus einer ukrainischen Sängerin nachgerade erstarrt, die im Bundeskanzleramt den Satz geäußert hat: »Wenn die Welt untergeht, weil wir der Ukraine helfen, dann soll es halt so sein« (Bahners 2022a).

Es gibt in diesem Krieg nicht DIE gute und DIE böse Seite. Automatisierte moralische Reaktionen (der Angegriffene ist der Gute etc.) helfen nicht weiter.

Die praktische und strategische Schlussfolgerung für jeden analytischen Versuch kann darum eigentlich nur sein: möglichst vielen, möglichst allen auf die Füße zu treten.



**[1] DER § 1 FÜR LINKE LAUTET: IN DER UKRAINE KÄMPFEN DERZEIT ZWEI IMPERIALE UND KAPITALISTISCHE BLÖCKE GEGEN EINANDER UM MILITÄRISCHE UND ÖKONOMISCHE EINFLUSSZONEN.**

Kein Linker hat auch nur den mindesten Grund, sich für die eine oder die andere Seite einzusetzen. Weder für Putins noch für Selenskys Oligarchen sollte irgendein Sozialist Blut vergießen (wollen). Die offizielle Version des Kriegs bei uns lautet freilich: Hier kämpft das heldenhafte ukrainische Volk gegen den imperialen russischen Aggressor. Und die hoch moralischen westlichen und atlantischen Akteure kommen dem ukrainischen David gegen den russischen Goliath zu Hilfe. Diese Version ist mit einigem Abstand die verlogenste.

Wer seine Murmeln beisammen hat, weiß, dass wir es mit der letzten Eskalationsstufe der militärischen Einkreisung Russlands durch die NATO zu tun haben. Die russische Annexion der Krim (Chruschtschow, selbst Ukrainer, hatte sie in den 1950er Jahren der Ukrainischen Sowjetrepublik »geschenkt«) war geostrategisch unvermeidlich. In Sewastopol liegt die Russische Schwarzmeerflotte. NATO-Raketen auf der Krim wären mehr als ein Gegenstück zu den sowjetischen Atomraketen auf Kuba in den frühen 1960er Jahren, es wäre die bedingungslose Kapitulation Russlands gegenüber der NATO-Einkreisung gewesen. Für die (eigentlich seit 1990 überständige) NATO ist der Krieg in der Ukraine dagegen ein (nicht nur diskursives) Revitalisierungsmittel. Weil alle wissen, dass die ukrainischen Truppen zwar ihr Land verteidigen, in diese Lage aber nur gekommen sind, weil sie seit dem Umsturz nach den Maidan-Ereignissen stellvertretend das Geschäft der NATO betreiben. Die ukrainische Kriegsrhetorik verwaltet als inoffizielles NATO-Mitglied in der Hauptsache diese Ressource gegenüber den (offiziellen) NATO-Mitgliedern. Eine andere hat sie nicht. Dass die NATO in der Ukraine Kriegspartei ist, steht außer Frage. Ob und wann Russland welche NATO-Mitglieder als Kriegspartei öffentlich identifizieren wird, ist eine ganz andere (strategische, diskursive und folgenreiche) Frage. Gegenwärtig (wir schreiben den 20. Juni) provoziert und eskaliert der Westen (z.B. durch Beschlagnahmung russischen Vermögens in der EU) den Konflikt und drängt die russische Seite gewissermaßen dazu, westliches Produktivvermögen zu enteignen. Wenn Russland das tut, ist die nächste Eskalationsstufe erreicht, und das hiesige Medienpublikum wird naturgemäß empört sein. Der Westen hat ja derzeit gar keine Wahl als sich stark zu fühlen gegenüber seinem Publikum. Aber das kann sich natürlich ändern.

Das eigentlich Neue an der Diskurslage nach dem russischen Angriff ist so simpel und banal, dass es wirklich keine Diskurslinguisten braucht (und es ist zugleich so wirkungsvoll, dass diskurslinguistische Aufklärung dagegen nichts ausrichten wird): Die neue Lage erlaubt es, zugleich auf der moralisch unbedingt guten Seite des angegriffenen Opfers zu stehen und Aufrüstung, Eskalation und Kriegshetze zu betreiben. Wen wundert es, dass die (in Sachen Okkasionalismus gut trainierten) Atlantiker- und NATO-Truppen in unseren Medien begierig nach der Gelegenheit greifen. Sie kommt so nie wieder.

Im Übrigen ist das rhetorische Repertoire der Kriegspropaganda sehr begrenzt und seit dem Ersten Weltkrieg eigent-

lich immer das gleiche (Morelli 2004). Es ist von verzweifelter Monotonie und wird in aller Regel von beiden Kriegsparteien gleichermaßen genutzt. Ich reproduziere die schematische Liste aus Morelli (2004):

1. *Wir wollen keinen Krieg!*
2. *Der Gegner ist allein für den Krieg verantwortlich!*
3. *Der Führer des feindlichen Lagers wird dämonisiert*
4. *Wir verteidigen ein edles Ziel und keine besonderen Interessen!*
5. *Der Feind begeht wissentlich Grausamkeiten, wenn wir Fehler machen, geschieht dies unbeabsichtigt*
6. *Der Feind benutzt unerlaubte Waffen*
7. *Wir erleiden geringe Verluste, die Verluste des Feindes sind erheblich*
8. *Anerkannte Kulturträger und Wissenschaftler unterstützen unser Anliegen*
9. *Unser Anliegen hat etwas Heiliges*
10. *Wer unsere Propaganda in Zweifel zieht, arbeitet für den Feind und ist damit ein Verräter*

So gut wie alles, was wir täglich in unseren Medien serviert bekommen, ist mit dieser Liste abgedeckt.

Der § 2 für Linke lautet: Die Moralisierung des Kriegs hilft seinen Opfern nicht, sie gibt nur denen ein gutes Gefühl, die diese Moralisierung betreiben (Hegels »schöne Seelen«!). Nur wer die Hintergründe analysiert, kann konstruktive Friedenspolitik machen. Die angegriffene Seite ist nicht automatisch die gute Kriegspartei. Die Moralisierung löst den Konflikt aus den Zusammenhängen, zu denen er gehört, und macht ihn damit unverständlich und monströs. Moral gehört zur zwischenmenschlichen Nahoptik. Am Platz ist sie, wo es um die Unterstützung für Geflüchtete, um humanitäre Fragen, Folgen etc. geht. Zur Entstehung und zur Beendigung des kriegerischen Konflikts kann sie nicht beitragen. Anders gesagt: »Gut« ist nur, was den Krieg deeskaliert. Wer sich auf eine gut/böse-Optik zu den Kriegsparteien einlässt, wie sie derzeit im hegemonialen Diskurs rabiat durchgesetzt wird, der hat schon verloren. Moralische Parteinahme kann Analyse und Diskussion nicht ersetzen, im Gegenteil, sie blockiert den nüchternen Blick. Und eingesetzt wird sie in der Hauptsache, um Eskalation und Hochrüstung zu legitimieren (hierzu auch Wahl 2022). Statt dem sehr menschlichen Bedürfnis nachzugeben, sofort eine gute und eine böse Seite zu identifizieren, tut man gut daran, das eigene moralische Urteil auszuhängen und die moralisierten Motive der eigenen Seite kritisch in den Blick zu nehmen.

**[2] DIE NEUE ZEIT, ZEITENWENDE, EPOCHENBRUCH, »AUFGEWACHT IN EINER ANDEREN ZEIT«-RHETORIK, DIE ANDEUTET, DASS AUSGLEICH, VERSTÄNDIGUNG, VERHANDLUNG NICHT MEHR ZÄHLEN,**

sondern Aufrüstung, Feindschaft, Krieg, wird von vielen Stichwortgebern gepflegt (exemplarisch Münkler 2022). Sie klingt, in ihrer Einstimmigkeit, ein wenig so, als ob die deutschen (und die anderen westlichen) Eliten schon lange auf eine Gelegenheit gewartet hätten, sie unisono zu intonieren. Die Rhetorik der Zeitenwende erklärt zum Ereignis, was das Ergebnis politischer Entscheidungen und politischen Willens ist. Renationalisierung (bzw. selektive Verblockung) der Ökonomie, das Ende

der liberalen Globalisierung, das »Decoupling« der sich neu formierenden militärisch-ökonomischen Blöcke – all das war längst seit Jahren auf dem Weg, als Putin in der Ukraine einmarschierte. Diese Decoupling-Bewegung ist diskursiv repräsentiert im Lied, das von »unserer Abhängigkeit von Russland/China« handelt und das Northstream II zu einem geradezu mythischen Komplex gemacht hat (Link 2022). Der Krieg liefert diesen schon länger laufenden Rearrangements der kapitalistischen Welt einen Beschleuniger und ein unwiderstehliches Zurechnungsmotiv. Putins Einmarsch in die Ukraine wird demnächst an allem schuld sein, was auch sonst passiert wäre: Gigantisch steigende Preise für Energie und Lebensmittel, massive Aufrüstung, Block-Protektionismus, zusammenbrechende Lieferketten, Nichterreichen ökologischer Ziele etc.

Markant ist in diesem Zusammenhang der (von den Atlantikern in allen europäischen Redaktionen aufgebaute) mediale Druck zur rückwirkenden Umdeutung der deutschen Politik der vergangenen 30 Jahre. Sie wird jetzt so dargestellt, dass alle eine Mitschuld trifft, die sich in der Vergangenheit um Ausgleich (und Geschäft!) mit Russland gekümmert haben. Die müssen jetzt in Sack und Asche gehen und besonders laut nach schweren Waffen für die Ukraine schreien, um ihre Fehler aus der Vergangenheit wieder gut zu machen. Wenn Russland als absoluter Feind etabliert werden soll, dann muss das Land schon immer furchtbar böse gewesen sein. Selbstverständlich nutzt man auch die Ressourcen, die sich aus der Gleichsetzung des gegenwärtigen oligarchischen und staatskapitalistischen Regimes mit der Sowjetunion ergeben. Die russische Rhetorik gibt da Steilvorlagen. Restlos verdeckt wird in dieser Umdeutungskampagne aber, dass es vor allem Putins Russland gewesen ist, das sich in den vergangenen 20 Jahren um Ausgleich und Verständigung bemüht hat.

In ihrer Gesamtheit gleicht die Zeitenwende- und Epochenbruch-Rhetorik dem Versuch, die jüngere Geschichte so umzuschreiben, dass kompromisslose Aufrüstung und Kriegsvorbereitung daraus folgt. Es ist keineswegs nur Putin, der die Geschichte umschreibt!

### **[3] KLASSISCHE KRIEGSPROPAGANDA IST DIE (IN VIELEN VARIANTEN ERZÄHLTE) DAVID-GEGEN-GOLIATH-GESCHICHTE.**

Sie hat eine Variante, in der bei den Guten die Frauen Molotovcocktails basteln und ihre Männer an die Front schicken, während bei den Bösen die jugendlichen Soldaten reihenweise desertieren. Diese Geschichte ist umso erwartbarer, als Evidenz immer leicht beizubringen ist. Und selbstverständlich erklärt der Aggressor (vom Kosovokrieg über Libyen, den Irak etc.) stets, dass er chirurgische Präzisionsschläge gegen militärische oder strategische Objekte führt, während der Angegriffene Bilder von bombardierten zivilen Objekten und Massakern an der Zivilbevölkerung etc. veröffentlicht. In diesem Sinne könnte man (mit Jürgen Link) sagen: Putin hat der NATO ihren Diskurs geklaut. Auch bei den NATO-Kriegen ging es selbstverständlich um die Verhinderung von Völkermord, um (erfundene) Massenvernichtungswaffen, um einen Hitler-Wiedergänger. Und im zirkulierenden Bild der Ukraine greifen reaktiv die heroischen Züge um sich, die doch im deutschen Bild der

Serben, Iraker, Afghanen etc. merkwürdigerweise völlig fehlen, als die von der NATO angegriffen wurden.

Nachbemerkung zum Diskursdiebstahl: In einer Afghanistanreportage von Dlf und WDR (sie handelt, versteht sich, von Mädchen, die nicht mehr in die Schule dürfen) wird über einen Taliban-Offiziellen gesprochen. Der Reporter schildert ihn, mit schwarzem Bart, Turban und militärischem Outfit, und sagt dann ganz naiv: Er sehe aus wie jemand, der noch bis vor kurzem Ziel einer US-amerikanischen »Spezialoperation« hätte werden können! Was er meint, ist die die außergesetzliche Hinrichtung per Drohne. In der Tat: Putin hat der NATO ihr Narrativ geklaut.

### **[4] WENN KRITISCHE DISKURSANALYSE IN DER GEGENWÄRTIGEN KONSTELLATION ÜBERHAUPT ETWAS ERREICHEN KANN, DANN NUR DURCH KONSEQUENTE ZURÜCKWEISUNG ALLER FORMEN DES BINÄREN REDUKTIONISMUS (JÜRGEN LINK).**

Den unbedingten Zwang, sich entweder ganz auf der guten oder aber ganz auf der bösen Seite zu verorten, muss man ignorieren. Jede differenzierte Argumentation, schon jede Erinnerung daran, dass die NATO und der Westen massenhaft Kriege gegen die Zivilbevölkerung geführt haben, wird mit dem neuen Kontaminationsbegriff des Putin-Verstehers belegt und sanktioniert. Die öffentliche Verbannung alles Russischen nimmt wahnhaftige Züge an: Künstler, Wissenschaftler, Sportler, Medien, Organisationen, Personen, die es in der Vergangenheit gewagt haben, Beziehungen mit russischen Institutionen zu unterhalten, geraten unter Beschuss. Politiker wie Schwesig, Schröder, Platzeck werden zu Unpersonen erklärt und sollen Buße tun. Wer einem russischen Künstler jetzt noch applaudiert, lebt gefährlich. Wissenschaftliche Kooperationen mit Russland sind eingestellt oder eingefroren. All das wäre noch vor ein paar Wochen unbedingt unter Rassismus gebucht worden. Jetzt ist es normal. Und wenn der ukrainische Botschafter alle Russen für Feinde erklärt, hält sich die Empörung in engen Grenzen. Die absehbare Wirkung solcher Maßnahmen dürfte darin bestehen, dass die Selbstwahrnehmung Russlands als Opfergemeinschaft gestärkt wird. Und diese Wahrnehmung dürfte die Zustimmung der russischen Öffentlichkeit zum Krieg stärken.

### **[5] WAS DIE BREITENWIRKUNG DER WESTLICHEN ESKALATIONSPROPAGANDA BETRIFFT, SOLLTE MAN DEN MORALISCHEN BOULEVARD NICHT UNTERSCHÄTZEN.**

Ein Beispiel aus der Anfangsphase des Krieges: Am 8. März 2022 ein modellbildender Kommentar im Echo des Tages in WDR5: Der Autor beginnt mit einer Szene, in der eine brave deutsche Familie sich zu einem Wochenendausflug im Auto aufmacht. Im Tank: Benzin aus russischem Erdöl. Folge: Der brave Familienausflügler finanziert mit seinem Tun den brutalen russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine. Darauf die höchst suggestive Frage: »Wollen wir das?«. Das Ziel ist klar. Einen ganz ähnlichen Kommentar gab es auch schon am Vortag. Vielleicht sollte man das als die moralisch-liberale, an jeden Einzelnen adressierte Version der Kriegsoffer-Propaganda

bezeichnen. Was kann man machen gegen diese gutmenschliche Variante der Militarierungs-, Kriegs-, Eskalations- und Ausnahmezustandsgeilheit im Westen?

Seither hat sich dieses diskursive Muster erheblich ausgeweitet. Mittlerweile dominiert die (ziemlich penetrante) diskursive Engführung von aversiver Anti-Russland- und Anti-Putin-Rhetorik mit der positiv-programmatischen Öko- und Klimawandelrhetorik: Alles, was wir zu tun haben, schadet zugleich Putin und nützt den globalen Öko- und Klimazielen. Was will man mehr? Dass sich da immer mehr Aufweichungen ehemals heiliger Ökoprinzipien einschleichen? ...Nun ja, das ist eben alles Putin schuld. Und das wird gebraucht, damit die Grünen sich vor ihrer ökologischen Basis rechtfertigen können (falls es die wirklich noch gibt). Brauchen die Grünen am Ende Putin, um eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Autobahnen doch noch durchzusetzen? Und die Atomlobby nutzt auch die Gunst der Stunde und bringt verlängerte Laufzeiten der AKWs ins Spiel. Nur kann sie uns noch nicht so recht erklären, wie man damit im nächsten Winter heizt. Die NZZ spricht (am 8. April 2022) von der Instrumentalisierung des Kriegs für die banalsten Wirtschafts-, Image- und Machtinteressen. Die Kohlelobby ist natürlich auch dabei, und länger laufen werden just die mit (deutscher) Braunkohle betriebenen Kraftwerke.

Selten notiert, aber untersuchenswert ist weiterhin Folgendes: Der Krieg in der Ukraine wird in der EU im (auch in anderen EU-Sphären und Themen vorherrschenden) Modus des Standortwettbewerbs ausgetragen. Wer eine hegemoniale deutsche Zeitung aufschlägt, der erfährt, dass Frankreich viel mehr für die militärische Unterstützung der Ukraine tut als Deutschland. Wer eine französische Zeitung aufschlägt, der erfährt, dass Deutschland viel mehr für die militärische Unterstützung der Ukraine tut als Frankreich. Und ständig geht es darum, wer welche Abhängigkeiten von Russland (und China) bereits erfolgreich reduziert hat (und wer nicht). Das könnte eine Strategie der europaweit in den Medien gut organisierten Atlantiker sein, aber auch einfach ein Effekt der Tatsache, dass so gut wie alle EU-Angelegenheiten in diesem Modus ausgetragen werden.

Schlagwörter wie Opfer, Verzicht, Gewissen, Scham, Tapferkeit, Feigheit usw.? All das klingt wie auferstanden aus der untergegangenen moralischen Welt einer katholischen Gewissensforschung – und füllt heute die Rundfunkkommentare und die Zeitungen, wenn es um »unsere« Haltung zum Ukrainekrieg und zu Russland geht. Auf Arte bezeichnet jemand die (überwiegend rechtsradikalen) Söldner aus westlichen Ländern, die in der Ukraine gegen Russland kämpfen wollen, als Idealisten. Müssten dann nicht auch diejenigen, die aus den europäischen Ländern kommend für den Islamischen Staat in den Krieg ziehen, Idealisten sein? Die Propagandisten des postheroischen Zeitalters werden in der FAZ bereits verspottet, der klassische Kriegsheld feiert, von einem Tag auf den anderen, seine glorreiche Wiederauferstehung. Der Ex-Bundespräsident Gauck hält es (sprechend gewiss aus seinem gut gewärmten Büro) für kein Problem, wenn die Bevölkerung einstweilen ohne Heizung durch den Winter kommen muss. Wir müssen schließlich alle Opfer bringen, wenn wir schon nicht selbst Helden werden können. Und Frieren lockert nicht nur unsere Abhängigkeit von russischer Energie, es ist sogar noch ökologisch (s.o.). Und

autofreie Sonntage (erprobt in der ersten Ölkrise der frühen 1970er Jahre) sind erst recht eine win-win-Konstellation, wenn sie gut für die Ökologie und gut gegen Putin sind. Man darf gespannt sein, ob (und wie lange) diese abenteuerliche Engführung von Krieg und Ökologie hält!

**[6] DURCHAUS LOHNEND WÄRE ES DAGEGEN, WENN AUCH DIE WEST-MEDIEN EINMAL THEMATISIEREN WÜRDEN, AUF WELCHE REALITÄTEN SICH PUTIN BEZIEHT, WENN ER DIE ENTNAZIFIZIERUNG DER UKRAINE ALS KRIEGSZIEL FORMULIERT.**

*Le Monde Diplomatique* hat dankenswerter Weise (März 2022, S. 2) eine Diskursanalyse dazu angefertigt und teilt mit, was man in den US-amerikanischen und französischen Medien darüber erfährt, wie in Kiew Stepan Bandera, Führer der ukrainischen NS-Kollaborationsgruppen, als Nationalheld gefeiert wird, wie man der (aus ukrainischen Freiwilligen bestehenden) SS-Division »Galizien« gedenkt (geführt von der Melnyk-Fraktion der Ukrainischen Nationalisten), wie das Asow-Regiment, eine Neonazitruppe, nach 2014 in die ukrainische Armee integriert wurde, und einiges Ähnliche mehr. Gleichzeitig hat die Poroschenko-Regierung 2015 alle kommunistischen Symbole und Ideen unter Strafe gestellt. Dass Selensky (anders als Poroschenko) von manifest antisemitischen Veranstaltungen Abstand hält, versteht sich, stattfinden tun sie gleichwohl auch unter seiner Regierung. Auch so sieht der Weg der Ukraine in die westliche Wertegemeinschaft aus. Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Melnyk, ist ein bekennender Verehrer des ukrainischen Kriegsverbrechers Bandera und ein Bewunderer des Asow-Regiments. Und wissen kann man auch, dass der ukrainische Staat seit 2015 weltweit faschistische Milizen rekrutiert, mit dem Auftrag, die Krim und die ostukrainisch-russischen »Volksrepubliken« zurückzuerobern. Das Asow-Regiment ist lediglich die bekannteste unter ihnen.

Pierre Rimbart (2022) kommt in *Le monde diplomatique* zu dem Ergebnis, dass in den französischen Medien (bei abundanter Berichterstattung über die Ukraine) kaum ein Wort über diese Dinge verloren wird (und fragt sich, was wohl geschehen würde, wenn Putin auf dem Roten Platz einen Neonaziaufmarsch ehren würde). In den USA (*New York Times*, *Washington Post*) sei die Lage ganz ähnlich. Lediglich in *The Nation* gab es 2021 einen Artikel, der die Glorifizierung von Nazi-Sympathisanten in der Ukraine thematisiert.

Der Deutschlandfunk berichtet am 11. März (in einem – exemplarisch eiernden - Experteninterview) über das neonazistische Asow-Regiment in der Ukraine, mit dem begütigenden Tenor, das alles sei nicht so schlimm, weil das Regiment ja in die reguläre Armee integriert sei – und außerdem gebe es in Russland viel mehr Neonazis als in der Ukraine! Na dann. Man könnte es auch für eher beunruhigend halten, dass Söldner- und Neonazi-Milizen in die ukrainische Armee integriert sind.

Zu den ausgesprochen perfiden Kriegsstrategien der Ukraine gehört es, dass sie das Asow-Regiment zur Verteidigung von Mariupol eingesetzt hat. Die Stadt ist traditionell russisch und griechisch, das Regiment faschistisch und antirussisch. Was den Schluss nahelegt, dass die geschützte und verteidigte Be-



völkerung der Stadt dem Asow-Regiment eher als Geisel gedient haben könnte. Lediglich auf der Seite Florian Rötzers (krass&konkret) wird darüber berichtet (und auch über andere dokumentierte Kriegsverbrechen der ukrainischen Seite). Dass man bei uns gescheiterte Evakuierungen der Zivilbevölkerung aus Mariupol den Russen in die Schuhe schiebt, versteht sich von selbst.

**[7] EIN DISKURSMOTIV VON VIELEN: KEIN SATZ DÜRFTE IN DEN DEUTSCHEN MEDIEN HÄUFIGER GEDRUCKT WORDEN SEIN IN DEN VERGANGENEN MONATEN ALS DER SATZ, JEDES LAND HABE DAS UNEINGESCHRÄNKTE RECHT, SEINE BÜNDNISZUGEHÖRIGKEIT FREI ZU WÄHLEN.**

Da ging es um die Ukraine und die NATO (bzw. die EU). Seit einiger Zeit kann man aber überall (vor allem im Handelsblatt und in der FAZ, im SPIEGEL) lesen, die Salomonen (wo liegen die Salomonen?!) hätten beschlossen, ihre Sicherheitsbeziehungen zu »diversifizieren« (rhetorisch geschickt: divers ist immer gut) und wollten jetzt nicht nur mit Australien, sondern auch mit der VR China Sicherheitsabsprachen treffen, was für die westliche Presse (auch die USA) Besorgnis (das ist die mildeste Formel) auslöst. Ein Bündnis der Salomonen mit China würde eine winzige Lücke in die (ansonsten lückenlose) militärische Einkreisung Chinas durch die USA und ihre Verbündeten im südchinesischen Meer reißen. So viel zur Bündnisfreiheit aller Staaten. Und nun zur Weltmacht China selbst: Ihr drohen die USA und die EU mit schwersten Konsequenzen, sollte sie den Krieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen. Man lässt der VR China hingegen die volle Freiheit, sich den westlichen Sanktionen gegen Russland anzuschließen. »Hasenfreiheit in Zeiten der Jagd«, nannte das Hannah Arendt diesen Typ von Freiheit.

Und selbst ein besonnener und mäßigender Autor wie der (sehr geschätzte) Ingo Schulze schreibt blauäugig in der *Süddeutschen Zeitung* vom 30.3.22, »dass jedem souveränen Staat grundsätzlich das Recht zusteht, sich dem Bündnis anzuschließen oder fernzubleiben, dem es sich anschließen oder fernbleiben möchte«. Als ob der Westen (oder natürlich auch: der verblichene Warschauer Pakt) es jemals irgendeinem Staat freigestellt hätte, welchem Bündnis er sich anschließen möchte! Die Serie von orchestrierten Putschen und Regimewechseln in der Ukraine der vergangenen 20 Jahre beweist das Gegenteil.

**[8] IN IHRER GESAMTHEIT INDIZIEREN DIE DISKURSDATEN, DASS DEUTSCHLAND IN DER FÜR UNS ALLE LEBENSWICHTIGEN FRAGE VON KRIEG UND FRIEDEN KEIN KOMPAKTER AKTEUR IST, SONDERN EIN WILLENLOSES UND GETRIEBENES ANHÄNGSEL DER NATO UND DER USA (UND IHRER UKRAINISCHEN KLIENTEN).**

Es ist, als hätte die gesamte Mainstream-Politik geschworen, nicht dem »Wohl des deutschen Volkes« zu dienen, sondern den strategischen Absichten der NATO und der USA. Der ukrainische Botschafter verlangt tagtäglich, dass Deutschland ihn gefälligst mit schweren Waffen versorge und beschimpft zeitgleich deutsche Politiker als Putin-Knechte. Wäre Deutschland

ein souveräner Staat, hätte es den ukrainischen Botschafter längst ausweisen müssen. Die hektischen Beschlüsse der ersten Kriegswochen (100 Milliarden Sondervermögen für Hochrüstung, 2% mindestens für die NATO-Aufrüstung etc.) widersprechen dem wohlverstandenen Interesse der Deutschen. Ganz abgesehen davon, dass sie zunächst ohne parlamentarische Debatte getroffen worden sind. Und der deutsche Bundespräsident reagiert mit Buße und mea-culpa-Sprüchen (in allen Zeitungen am 5. April 2022) auf die Beleidigungen und Angriffe des ukrainischen Botschafters – wie ein ertappter Hund, der den Pantoffel seines Herrchens zerkaut hat. Unbefangenen Beobachtern drängt sich der Eindruck auf, die Bundesrepublik werde derzeit von Kiew und Washington aus regiert. Das Treffen der westlichen Verteidigungsminister in der Ramstein-Airbase am 24. April unterstreicht, dass die USA jetzt die strategische Regie des Krieges direkt übernommen haben. Deutschland und die EU sind mittlerweile als subalterne Juniorpartner identifizierbar, die längst nicht mehr selbst entscheiden, was sie tun. Es waren die USA, die mitgeteilt hat, dass künftig auf deutschem Boden ukrainische Kämpfer von US-Militärs ausgebildet werden. Es waren die USA, die das Kriegsziel der nachhaltigen Schwächung Russlands festgelegt und die EU auf einen langen Krieg eingestimmt haben. Geostrategisch handelt der Krieg von der Frage, ob es den USA gelingt, trotz ihres »China-Schocks« und des Desasters in Afghanistan und im Irak ihre Rolle als einzige globale Ordnungsmacht gegen die wachsenden Bemühungen um eine plurizentrische Welt durchzusetzen. Damit die USA hier Erfolgchancen haben, müssen Russland und die EU in einen langdauernden militärischen Konflikt verwickelt werden. Das ist die strategische Ratio hinter der NATO-Osterweiterung – und die Ukraine ist der Schlussstein dieser Osterweiterung. Hätte Russland einen schnellen Sieg in der Ukraine erreicht, wäre dieses Szenario vielleicht verhindert worden. So hingegen sind die USA zwei Konkurrenten auf einmal los und können sich auf die Einkreisung Chinas konzentrieren.

Ein penetrantes Diskursmotiv in diesem Zusammenhang ist die Engführung der Komplexe Russland/Ukraine und China/Taiwan. So befragt die SZ (18./19. Juni 2022) den Politologen Alexander Görlach: »Ist Taiwan die Ukraine Chinas – ergibt dieser Vergleich Sinn?«. Und der antwortet: »Ich glaube, dass die Ukraine und Taiwan für Wladimir Putin und Xi Jinping Schicksalsorte sind, mit denen sie nicht nur ihr persönliches Geschick verknüpfen, sondern in diktatorenhafter Selbstüberschätzung auch die Schicksale ihrer Länder« (Baumstieger 2022). Es folgen erstaunliche Erkenntnisse wie etwa, dass China mit dem Projekt der Neuen Seidenstraße Milliarden in die Infrastruktur anderer Länder investiert, »natürlich nicht aus Altruismus« (den gibt es nur bei uns!). Außerdem bringt man da »alte Floskeln wie die von der Einheit Chinas, um die eigene Aggressivität zu rechtfertigen«. Der Experte scheint vergessen zu haben, dass er aus einem Land stammt, das 40 Jahre lang die Deutsche Einheit im offiziellen Staatsprogramm hatte (nebst Anspruch auf das Territorium der sogenannten DDR).

**[9] VIEL WÄRE NOCH ZU SAGEN ZU DIESEM KOMPLEX. AUS PLATZGRÜNDEN ABER NUR NOCH EINE SCHLUSSBEMERKUNG ZUR LINKEN VIELSTIMMIGKEIT.**

Es gibt mittlerweile so viele (gegensätzliche) Papiere aus der Linken, dass es unmöglich ist, sich mit allen auseinanderzusetzen. Darum nur ein paar Worte zu Raul Zeliks »Nein zu Waffenlieferungen« (2022): Raul Zelik beginnt mit der These, nicht die NATO-Kooperation der Ukraine habe den russischen Angriffskrieg ausgelöst, »sondern ihre bloße Existenz als sich öffnende postsowjetische Gesellschaft«. Und obwohl der militärische Widerstand der Ukraine eher »von gesellschaftlicher Selbstorganisation« geprägt sei als von militärischen Befehlsketten, plädiert Raul Zelik gegen Waffenlieferungen, weil die Linke nicht an der Renormalisierung der Staatenkriege, sondern an einer multilateralen Sicherheitsordnung mitzuarbeiten habe. Dem kann ich nur zustimmen. Zweitens: Wenn »wir« Waffen an die Ukraine liefern, dann werden diese für das Expansions- und Einkreisungsinteresse der NATO eingesetzt, und die sei nun einmal keine Bürgerinitiative, sondern der weltgrößte Verein von Kriegstreibern. Auch das leuchtet mir ein. Drittens schließlich kämen westliche Waffenlieferungen den Milizen, Warlords, den Rechtsradikalen Freiwilligenverbänden zugute, also (in den Worten Zeliks) den Feinden »von Emanzipation, Gleichheit und Demokratie im Inneren der ukrainischen Gesellschaft«. Auch das leuchtet mir ein, scheint mir aber in Widerspruch zu stehen mit dem etwas idyllischen Anfangsbild von der sich öffnenden postsowjetischen Gesellschaft. Geöffnet hat sie sich offensichtlich nicht so sehr für »westliche Werte«, sondern für rechtsradikale Banden, für das Verbot linker und russischer Organisationen und Medien etc., was man nicht erst seit den Maidanereignissen beobachten kann. Aber vielleicht sind das ja die westlichen Werte. Dennoch gibt es gewiss eine Realität hinter der Formel von der sich öffnenden postsowjetischen Gesellschaft, und das ist die einer wachsenden, gut ausgebildeten und an der westlichen Mittelklasse orientierten jungen städtischen Generation.

Zudem lese ich in der sonst nicht eben für Linksradikalismus bekannten Zeitschrift der Gewerkschaft ver-di, dass es dort einige ziemlich ernste Bedenken gegen den geplanten raschen EU-Beitritt der Ukraine gibt, weil das Land nicht einmal minimale Recht der Beschäftigten etabliert hat:

Laut dem Gewerkschaftsmonitor 2021 der Friedrich-Ebert-Stiftung wollte die ukrainische Regierung zuletzt den Kündigungsschutz abschaffen, Null-Stunden-Verträge einführen und die Gewerkschaften deutlich schwächen. Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation wie die Vereinigungsfreiheit, die in der Europäischen Union gelten, würden damit verletzt. (Welzel 2022)

Im Korruptionsindex von *Transparency International* bildet die Ukraine mit Platz 122 das europäische Schlusslicht, in Sachen Demokratie rangiert sie gleich auf mit Mexiko, notiert Welzel (2022). Da fragt man sich erneut, wofür sich die post-sowjetische Gesellschaft in der Ukraine geöffnet hat.

Weiterhin notieren auch die hiesigen Medien (wenn auch mit zurückhaltender Rhetorik) die vordemokratische Informations- und Medienpolitik der Ukraine. Koopmann (2022) zitiert die Formel »einheitliche Informationspolitik« und meint eine gleichgeschaltete Medienszene, in der nur die Stimme der Regierung zu hören ist. Schon vor Kriegsbeginn sprach man im *Kyiv Independent* davon, dass die Selensky-Regierung versuche, die Pressefreiheit in der Ukraine zu demontieren (Koopmann 2022).

**[10] FÜR JEDEN HALBWEGS NÜCHTERNEN ANALYTIKER IST DIE PERSPEKTIVE DES DEUTSCHEN KAPITALISMUS (EX-EXPORTWELTMEISTER!) VERZWEIFELT,**

und die Reaktionen auf den US- und Ukraine-Druck bestätigen das. Die US-Politik behindert bzw. beendet nicht nur das Russland-, sondern auch das milliardenschwere Chinageschäft der Deutschen massiv. Wenn sich der einschlägige US-Druck verstetigt, ist es eine Frage der Zeit, bis die deutschen Produktionsstätten in Russland und China enteignet werden. Sollte noch mit den mid-term-Wahlen in den USA sich die Wiederkehr von Trump ankündigen (was ich für wahrscheinlich halte), dann ist auch der US-Exportmarkt für die deutsche Wirtschaft bedroht. Und wie beliebt der deutsche Exportweltmeister im letzten, dann verbleibenden EU-Markt ist, muss nicht weiter ausgeführt werden. So viel zur Compliance der deutschen Wirtschaft und Regierung gegenüber den USA und Kiew. Der deutsche Kapitalismus hat derzeit die Hosen mächtig voll. Und dazu hat er auch allen Grund. Das langjährige Geschäftsmodell des Exportweltmeisters ist sichtlich am Ende.

Dabei ist eben auch das eine banale Tatsache: Jede aktive NATO-Intervention (wie definiert man die? Lieferung von Angriffswaffen? Von wem? Über welche Wege und Umwege?) wäre der Beginn des Dritten Weltkriegs. Und wer spricht einfach die offenkundige Tatsache aus, dass die Ukraine von der NATO ausersehen worden ist, das letzte Gefecht in der Einkreisung Russlands in Szene zu setzen? Wer erklärt öffentlich, dass die Ukrainer nicht die Schützlinge, sondern das Kanonenfutter der NATO sind? Wer, wenn nicht die Linke? Die (unwiderstehliche) Eskalationsstrategie der NATO (und ihrer atlantischen Kollaborateure in den westlichen Medien) besteht eben darin, dass Herr Stoltenberg auf der Vorderbühne erklärt, die NATO sei nicht Kriegspartei und wolle das auch nicht werden, während sie von der Hinterbühne die Ukrainer (dosiert und russische Reaktionen austestend) antreibt und aufrüstet. Wahrlich keine beneidenswerte Lage für die Ukraine, dass sie ausersehen ist für die Entscheidungsschlacht zwischen der seit 20 Jahren vorrückenden NATO und Russland.

Kurz: Die eigentlich schon nach 1990 (mit der Auflösung des Warschauer Paktes) sinnlos gewordene NATO näherte sich dem Verfall, nachdem all ihre »out of area«-Einsätze ziemlich desaströs geendet hatten (vor allem im Irak und in Afghanistan, aber auch in Libyen, Kosovo etc.), sehr zum Missvergnügen der Atlantiker-Lobby in den deutschen Medien, für die Europa plus Nordamerika die eigentliche Lebensbedingung des Westens ist (und ergo jede Annäherung zwischen der EU und Russland von jeher des Teufels). Jetzt steht die NATO wieder, so scheint es einstweilen, sie hat sich durchgesetzt, ihr Existenzrecht unter



Beweis gestellt, jedenfalls im westlichen Diskurs, und muss geradezu zwingend den Russen eine vernichtende Lektion erteilen, damit künftig niemand mehr an ihr zweifelt. Die Damen und Herren des ehrgeizigen US-Weltherrschaft-Projekts mit dem Namen PNAC (= *Project for a New American Century*), drunter prominent der Ehemann von (»fuck the EU!«)-Victoria Nuland, letztere im Außenministerium federführend für die US-Ukrainepolitik, können es noch gar nicht fassen, was für eine Chance ihnen durch den russischen Angriff in den Schoß gefallen ist (vgl. hierzu den Beitrag von Jürgen Link in diesem Heft). Eben das macht die Situation brandgefährlich. Denn auch für Russland ist es die letzte Chance, die NATO zu stoppen. Man erinnere sich: Vor ein paar Jahren hat Macron die NATO für »hirntot« erklärt und Trump sie öffentlich für überständig und überflüssig gehalten.

## [11] LITERATUR UND QUELLEN

- Bahnert, Patrick (2022): »Der Überhang des amerikanischen Imperiums«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. März 2022.
- Bahnert, Patrick (2022a): »Dann soll es halt so sein!«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. März 2022.
- Baumsteiger, Moritz (2022): »Auch Autokraten müssen abliefern« (Interview mit dem Politologen Alexander Görlach). In: *Süddeutsche Zeitung* vom 18./19. Juni 2022. S. 20.
- Klein, Naomi (2007): *Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Koopmann, Christoph (2022): »Nachrichten aus einer Hand. Ukrainische Medien leiden unter Selenskys 'einheitlicher Informationspolitik'«. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 7./8. Mai 2022.
- Krüger, Uwe (2016): *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*. München: Beck.
- Link, Jürgen (2022): »Butscha und die 'Option' einer gefährlichen höheren Stufe der Eskalation«. In: *Krass & Konkret* (Butscha und die „Option“ einer gefährlich höheren Stufe der Eskalation - Krass & Konkret (krass-und-konkret.de)).
- Link, Jürgen (2022a): »Die Ukraine-Krise und ihre tendenzielle Dynamik«. In: *DISS-Journal* 43, Mai 2022. S. 3-7.
- Morelli, Anne (2004): *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*. Springe: Zu Klampen.
- Münkler, Herfried (2022): »Putin führt eine weltpolitische Zeitenwende herbei«. In: *Neue Züricher Zeitung* vom 3. März 2022.
- Rimbart, Pierre (2022): »Ne pas voir, ne rien dire«. In: *Le Monde Diplomatique*, Mars 2022, S. 2.
- Schulze, Ingo (2022): »Lieber Freund«. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 30. März 2022. S. 12.
- Strauss, Simon (2022): »Das Gewissen macht Feige aus uns«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. März 2022. S. 9.
- Varwick, Johannes (2022): »Eine rationale Diskussion ist unmöglich«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Juni 2022.
- Wahl, Peter (2022): *Der Ukrainekrieg und seine geopolitischen Hintergründe*. Hintergrundpapier I der Attac-AG Globalisierung und Krieg.
- Welzel, Petra (2022): »Nicht ohne Reformen«. In: *Europa. ver-di publik Spezial* 3/2022.
- Zeitgeschehen im Fokus vom 15. März 2022: Interview mit Jacques Baud. ([https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-4-vom-15-maerz-2022.html#article\\_1306](https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-4-vom-15-maerz-2022.html#article_1306)).
- Zelik, Raul (2022): »Nein zu Waffenlieferungen«. In: *Links bewegt* vom 16.3.2022.

**Clemens Knobloch** ist emeritierter Hochschullehrer für Sprach- und Kommunikationswissenschaft an der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen

# Deutschland in Zeiten binärer Oppositionen

## EIN BLICK AUF DEN MEDIENDISKURS ZUR AUFRÜSTUNG IM KONTEXT DES UKRAINE-KRIEGS

Von Margarete Jäger & Iris Tonks

Seit dem 24.02.2022 führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Und seit dieser Zeit findet in der deutschen Gesellschaft und in ihren Medien eine aufgeregte Debatte statt, die sehr stark binär strukturiert ist. Das heißt: Auf der einen Seite steht Russland als Aggressor, auf der anderen Seite steht die Ukraine als Opfer. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die es ablehnen, dass Deutschland Waffen an die Ukraine liefert, auf der anderen Seite diejenigen, die dies befürworten. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die als Folge des Krieges eine massive Aufrüstung der Bundeswehr befürworten, auf der anderen Seite die Teile Gesellschaft, die dies ablehnen.

*Solche binären Oppositionen sind kritisch zu betrachten, da sie die Tendenz aufweisen, die Gesellschaft zu spalten, denn Grauzonen lassen sie nicht zu.*

So wird z.B. übersehen bzw. nicht beachtet, dass Russland nicht nur aus Kriegsbefürworterinnen und Kriegsbefürwortern besteht und die Ukraine nicht nur aus Kriegsgegnerinnen und -gegnern bzw. aus pazifistisch orientierten Menschen.

Dass die Debatte in Deutschland von binären Oppositionen geleitet wird, wird bereits in den Reaktionen unmittelbar nach Ausbruch des Krieges deutlich.

So droht der Münchener Oberbürgermeister Reiter am 25.2.2022, also einen Tag nach dem Angriff auf die Ukraine, dem russischen Chefdirigenten der Münchener Philharmoniker Valery Gergiev mit Kündigung, sollte er sich nicht bis zum 28.2. von dem völkerrechtswidrigen Angriff durch Russland distanzieren. Als Gergiev das Ultimatum verstreichen lässt, wird ihm gekündigt. Nun gibt er Konzerte in Moskau.<sup>1</sup>

Druck wurde auch auf die Sopranistin Netrebko ausgeübt. Auch sie wurde aufgefordert, sich vom Überfall Russlands auf die Ukraine zu distanzieren. Am 30. März 2022 ließ sie dann

eine Erklärung verbreiten, in der sie den Krieg gegen die Ukraine verurteilt und bedauert, dass Handlungen oder Aussagen, die sie in der Vergangenheit getätigt hatte, zum Teil falsch interpretiert werden konnten.<sup>2</sup>

Und die Deutsche Forschungsgemeinschaft meldete sich am 2.3.2022 in einer Pressemitteilung zu Wort: »Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) setzt mit sofortiger Wirkung alle von ihr geförderten Forschungsprojekte zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Deutschland und Russland aus. Zugleich werden Förderanträge für neue deutsch-russische Kooperationen und Fortsetzungsanträge für laufende Projekte bis auf Weiteres nicht angenommen. Mit diesen Maßnahmen flankiert die DFG das konsequente Vorgehen der Bundesregierung im Hinblick auf die russische Aggression.«<sup>3</sup>

Eine solche Reaktion ist jedoch fatal. Sie verhindert einen kritischen Austausch zum Krieg, der unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern möglich sein könnte und der gerade in dieser angespannten Situation vonnöten wäre. Gerade in diesen Zeiten sollte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Unabhängigkeit nicht genommen werden und sie sollten sich diese auch nicht nehmen lassen. Um der binären Logik etwas entgegen setzen zu können, wäre ein kritischer Austausch, auch mit Stimmen aus Russland, jetzt unbedingt notwendig.

### AUFRÜSTUNG DER BUNDESWEHR

Bereits Anfang März stand fest: Deutschland wird aufrüsten - 100 Milliarden werden für die Bundeswehr als Sondervermögen bereitgestellt.<sup>4</sup>

1 <https://www.br.de/nachrichten/kultur/nach-rauswurf-in-muenchen-gergiev-gibt-konzerte-in-moskau,SzIpt5r> (Abruf 9.6.2022)

2 [https://de.wikipedia.org/wiki/Anna\\_Jurjewna\\_Netrebko](https://de.wikipedia.org/wiki/Anna_Jurjewna_Netrebko) (Abruf 9.6.2022)

3 Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Pressemitteilung Nr. 1, 2.3.2022

4 <https://www.rnd.de/politik/historische-rede-von-olaf-scholz-im-wortlaut-die-welt-danach-ist-nicht-mehr-dieselbe-wie-davor-JPVKDM3PMKS3DBUEY4PYLGYMNA.html> (Abruf 7.6.2022)

Kurz nach der Neubildung der Ampel-Regierung hat Deutschland große Probleme, sich im Hinblick auf den immer weiter eskalierenden Konflikt zu positionieren. Zum einen gibt es die historische Verantwortung gegenüber Russland und der Ukraine, die sich aus dem Hitler-Faschismus erklärt. Zum anderen hat sich Deutschland in den letzten Jahren sehr stark von Öl- und Gaslieferungen aus Russland abhängig gemacht. Die Überlegungen zu Embargos gegen diese Lieferungen aus Russland stoßen in der Koalition auf Bedenken, weil es dann in Deutschland zu Engpässen bei der Energieversorgung kommen könnte. Außerdem besteht die Befürchtung, dass die von der Ukraine geforderten Waffenlieferungen Deutschland immer weiter in den kriegerischen Konflikt hineinziehen könnten. Hinzu kommt, dass es nicht viele einsatzfähige schwere Waffen gibt, die Deutschland liefern könnte bzw. dass die möglichen Lieferungen der Ukraine in der aktuellen Situation nicht helfen können, da es Monate dauern wird, bis sie dort einsatzfähig sind.

In den letzten Jahrzehnten hatte sich die außenpolitische Orientierung Deutschlands gegenüber Russland stark auf einen Friedensdiskurs verlegt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde auch von den USA das Wettrüsten ausgesetzt; in Deutschland wurde das Augenmerk auf einen Wandel durch Handelsbeziehungen gelegt, mit dem der Frieden zwischen den Staaten gesichert werden sollte.

*Mit der Ankündigung des 100 Milliarden Sondervermögens vollzieht die jetzige Regierung jedoch eine Kehrtwende um 180°.*

Die bisherige Friedenspolitik stand in einer langjährigen Tradition. Bereits nach dem zweiten Weltkrieg hatten sich in Deutschland Friedensbewegungen z.B. in Gestalt der Ostermärsche gegründet, die zwar in den folgenden Jahren wieder abflachten, aber dann in den 1980er Jahren als Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss zur Aufstellung atomarer Waffen und gleichzeitiger Rüstungskontrolle wieder erstarkten. Am 10.10.1981 protestierten etwa 300.000 Menschen im Bonner Hofgarten. Am 22. Oktober 1983 demonstrierten bundesweit rund 1,3 Millionen Menschen gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Mitteleuropa. Allein in Bonn gingen rund eine halbe Million Menschen auf die Straße und bildeten einen Menschenstern, der die Botschaftsgebäude der fünf Atommächte miteinander verband. Der NATO-Doppelbeschluss kam jedoch dennoch zustande.

Unter Michael Gorbatschow bot die Sowjetunion dann ab 1985 eine weitreichende atomare Abrüstung an. Im INF-Vertrag wurde 1987 von den USA und der Sowjetunion »Rückzug, Vernichtung und Produktionsverbot der atomar bestückbaren, landgesteuerten Flugkörper mit Reichweiten von 500-5500 km und ihrer Trägersysteme vereinbart.« Dieser Vertrag wurde bis Mai 1991 erfüllt.<sup>5</sup>



Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine führt derzeit nicht nur zu großflächigen Zerstörungen in der Ukraine und kostet viele Menschen in der Ukraine und in Russland das Leben, sondern er zerstört auch diese friedenspolitische Orientierung in Deutschland mit einem Schlag.

Man muss sich fragen, wo in dieser Zeit die Friedensbewegung geblieben ist. Zwar haben sich bei den diesjährigen Ostermärschen mehr Personen als in den Jahren zuvor beteiligt. Von der Presse wurden sie angesichts des Kriegs jedoch als »aus der Zeit gefallen« bewertet.<sup>6</sup> Stattdessen entwickelt sich die Bundesrepublik von »azurblau« zu »olivgrün«. Statt Friedens-Tauben bestimmen Tarnanzüge die Öffentlichkeit.<sup>7</sup> Die Friedensbewegung kann derzeit ihre Kraft der 1980er Jahre nicht mehr entwickeln, obwohl sie gerade jetzt benötigt wird.

Diese Umkehr der friedenspolitischen Orientierung vollzog sich nahezu geräuschlos. Nachdem das Bundeskabinett am 16.3.2022 einen entsprechenden Gesetzesvorschlag beschlossen hat, wurde das Gesetz nach einer Expertenanhörung am 9.5.2022 dann am 3.6.2022 im Bundestag verabschiedet. Der Bundesrat stimmte am 10.6.2022 zu.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Aufrüstung der Bundeswehr, die mit dem Euphemismus »Sondervermögen« belegt ist, wurde im Mediendiskurs kaum diskutiert, geschweige denn in der Gesellschaft, z.B. in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Bei dem Tempo, mit dem das Gesetz »durchgepeitscht« wurde, war dies auch kaum möglich.<sup>8</sup>

Das Redaktionsnetzwerk Deutschland (rnd) berichtet zwar am 9.5.2022, dass das Sondervermögen bei »einer öffentlichen Expertenanhörung im Bundestag von mehreren Experten scharf kritisiert worden [sei]. Das Sondervermögen stelle eine »bislang präzedenzlose Durchbrechung der Verfassung hinsichtlich der Schuldenregel dar«, erklärte der Ökonom Dirk Meyer [...] von der Universität der Bundeswehr in Hamburg. [...] Meyer beklagt darüber hinaus, dass durch ein ineffektives Beschaffungswesen bei der Bundeswehr der reale

**VORSICHT! SCHWARZ-WEISS-DENKEN**

5 <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Doppelbeschluss> (Abruf 7.6.2022)

6 WAZ v. 16.4.2022

7 Vgl.: Der Spiegel, Nr. 18 v. 30.4.2020

8 Vgl. der Freitag v. 3.6.2022



Wert des Sondervermögens allenfalls 50 Milliarden Euro betrage.«<sup>9</sup> Jedoch richtet sich diese Kritik somit nicht gegen das Sondervermögen als solches, sondern allein gegen seine geplante Umsetzung.

Grundsätzliche Kritik wird allerdings von der Partei *Die Linke* geäußert: Unter dem Titel »Kein Sondervermögen für Aufrüstung« ist auf ihrer Webseite zu lesen: »Im Windschatten des Entsetzens über den völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine will die Bundesregierung die Gelegenheit nutzen, um der Bundeswehr ein ›Sondervermögen‹ von 100 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Das ›Sondervermögen‹ soll im Grundgesetz verankert werden. Aufrüstung mit Verfassungsrang, das wird kaum wieder zu ändern sein. Aber die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung wird das Sterben in der Ukraine nicht beenden und sie macht unsere Welt nicht friedlicher und auch nicht sicherer.«<sup>10</sup> Und auch die DFG/VK ruft am 3.6.2022 zusammen mit den Internationalen Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) zu einer Kundgebung und Protestaktion vor dem Berliner Reichstag auf, zu der allerdings offenbar nur die Initiatorinnen und Initiatoren erschienen.<sup>11</sup>

## WAFFENLIEFERUNGEN FÜR DIE UKRAINE

Nach anfänglichem Zögern hat die Bundesregierung Anfang Mai beschlossen, dass auch schwere Waffen an die Ukraine zur Unterstützung ihrer Verteidigung geliefert werden.<sup>12</sup>

Im Mediendiskurs wurde darüber eine kontroverse Debatte geführt, ob Deutschland Waffen an die Ukraine liefern solle oder nicht. Und auch diese Diskussion folgte über weite Strecken einer binären Logik. Mit offenen Briefen wurde z.B. an Bundeskanzler Scholz appelliert dies zu tun bzw. dies zu lassen.

Ein offener Brief von 28 Intellektuellen, Künstlern und Künstlerinnen an Bundeskanzler Olaf Scholz vom 29.04.2022 wurde von Alice Schwarzer initiiert und in der EMMA veröffentlicht. In dem Brief werden die Gefahren der Lieferung schwerer Waffen aufgezeigt und es wird vor einer Rüstungsspirale mit katastrophalen Folgen gewarnt.<sup>13</sup>

Ein paar Tage später, am 4.5.2022, wird in der ZEIT ein weiterer offener Brief an den Bundeskanzler veröffentlicht, der das ge-

naue Gegenteil von ihm verlangt. 57 Intellektuelle um den Publizisten und ehemaligen Grünen-Politiker Ralf Fücks, fordern Olaf Scholz auf, die Ukraine mit schweren Waffen zu unterstützen, denn heute »kämpft die Ukraine auch für unsere Sicherheit und die Grundwerte des freien Europas.«<sup>14</sup>

Auch in den TV-Medien wurde die Diskussion kontrovers geführt – allerdings mit einer Schlagseite zugunsten von Waffenlieferungen.<sup>15</sup> Dies zeigt sich an den Gästelisten der folgenden TV-Gespräche, in denen Gegner und Gegnerinnen der Waffenlieferungen jeweils einer Mehrheit von Befürworterinnen und Befürwortern gegenüberstanden.

Am 3.5.2022 sprach Markus Lanz mit Kevin Kühnert (SPD), Robin Alexander (Journalist der WELT), Reinhard Merkel (Rechtsphilosoph und Erstunterzeichner des offenen Briefes der EMMA), Jana Puglierin (Politologin) über die Verteidigungs- und Außenpolitik Deutschlands, der Haltung der SPD gegenüber Ukraine und Russland und den Hintergründen zum offenen Brief an Bundeskanzler Scholz und dem Fortgang des Krieges in Osteuropa.<sup>16</sup>

Am 10.5.2022 muss sich dann Lars Pohlmeier von IPPNW gegen Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen), Liane Fix von der Körber-Stiftung und Michael Brock von Media Pioneer behaupten.<sup>17</sup> Einen Tag später tritt der Psychiater Manfred Lütz gegen Helene Bubrowsli (FAZ), Gwendolyn Lasse vom Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZoiS) und den Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) an.<sup>18</sup> Tags drauf diskutiert die Neurowissenschaftlerin Maren Urner von der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) mit Julian Nida-Rümelin (SPD), Diana Kinert (CDU) und Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen). Und am 17.5. muss sich Erstunterzeichner des EMMA-Briefes und Publizist Harald Welzer gegen Lars Klingbeil (SPD) und Christoph Reuter (Der Spiegel) behaupten.<sup>19</sup>

Nicht nur im Hinblick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine machen sich binaristische Denkmuster breit. Diese ließen sich auf im Hinblick auf den Diskurs um die Flucht und Migration 2015/2016 aufzeigen. In dieser Zeit konnte sogar die Frage diskutiert werden, ob Seenotrettung im Mittelmeer sinnvoll ist oder nicht.<sup>20</sup> Auch die Pegida-Bewegung trug binaristische Züge, indem sie sich gegen eine Öffnung der deutschen Gesellschaft wandte. Schließlich hat die Debatte um die Bewältigung

9 <https://www.rnd.de/politik/sondervermoegen-fuer-die-bundeswehr-experten-verreissen-plaene-bei-einer-anhoerung-im-bundestag-ET-TIMZSPCZFJ7K5YCFQOYV35WA.html> (Abruf 7.6.2022)

10 <https://www.die-linke.de/themen/frieden/100mrd/> (Abruf 7.6.2022)

11 <https://dfg-vk.de/nein-zur-100-milliarden-euro-aufruestung/> (Abruf 7.6.2022)

12 <https://www.tagesschau.de/inland/bundestag-schwere-waffen-ukraine-101.html> (Abruf 7.6.2022)

In Folge greift das russische Militär Eisenbahnstrecken in der Ukraine mit Langstreckenraketen an, um Transporte von Waffen und Munition aus den USA und den europäischen Ländern für ukrainische Truppen zu verhindern. [https://rp-online.de/politik/ausland/russland-bombardiert-ukrainische-eisenbahn-die-nacht-im-ueberblick\\_aid-69050807](https://rp-online.de/politik/ausland/russland-bombardiert-ukrainische-eisenbahn-die-nacht-im-ueberblick_aid-69050807) (Abruf 7.6.2022)

13 <https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463> (Abruf 10.6.2022)

14 <https://www.zeit.de/2022/19/waffenlieferung-ukraine-offener-brief-olaf-scholz> (Abruf 11.6.2022)

15 Die folgenden Einschätzungen ergaben sich aufgrund erster Leseergebnisse ausgewählter Artikel. Eine dezidierte Mediendiskursanalyse konnte in der Kürze der Zeit nicht durchgeführt werden.

16 <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-3-mai-2022-100.html> (Abruf 11.6.2022)

17 <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-10-mai-2022-100.html> (Abruf 11.6.2022)

18 <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-11-mai-2022-100.html> (Abruf 11.6.2022)

19 <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-17-mai-2022-100.html> (Abruf 11.6.2022)

20 <https://www.zeit.de/2018/29/seenotrettung-fluechtlinge-privat-mittelmeer-pro-contra/komplettansicht> (Abruf 11.6.2022)

der Corona-Pandemie die Kluft zwischen Befürworterinnen und Befürworter einer Impfpflicht und Impfgegnerinnen und -gegnern entstehen lassen.

Binäre Oppositionen sind nicht nur im Hinblick auf den Ukraine-Krieg unbedingt zu vermeiden, da sie einfache Denkmuster und Zuordnungen von ›schwarz/weiß‹, ›gut/böse‹, ›richtig/falsch‹ usw. ermöglichen und einer facettenreichen, demokratisch und vielfältig orientierten Gesellschaftsentwicklung im Wege stehen. Und in der Tat gibt es bereits Stimmen, z.B. von Pro Asyl, die versuchen, fatale Dichotomien zu vermeiden, indem sie ein Recht auf Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland und der Ukraine fordern. Diese Entwicklung gibt Hoffnung, dass ein binaristisch strukturiertes Denken auch in anderen Bereichen der Auseinandersetzung um den Krieg in der Ukraine aufgebrochen und überwunden werden kann.

*(Stand 27.6.2022)*

**Dr. Margarete Jäger ist Mitbegründerin des DISS, das sie zurzeit leitet. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen bei Analysen zu Konflikt- und Ausgrenzungsdiskursen.**

**Iris Tonks, M.A. ist seit 1996 Mitarbeiterin des DISS und arbeitet schwerpunktmäßig in den Bereichen Angewandte Diskursanalyse und Evaluation.**

# »Offenkundig hilft es sich leichter, wenn es um Nachbarn geht.«

## DER FLUCHTDISKURS ZUR UKRAINE

Von Louis Kalchschmidt, Anna-Maria Mayer, Benno Nothardt, Carmen Perna, Milan Slat, Christian Sydow, Zeynep Topsir und Ebru Tugra

Als infolge des Bürgerkrieges in Syrien im Sommer 2015 viele Geflüchtete über die Balkanroute nach Deutschland kamen, begegneten ihnen Bürger\*inneninitiativen und Politik mit großer Hilfsbereitschaft und die Medien nahmen überwiegend einen liberalen Standpunkt hinsichtlich der Migrationspolitik ein. Jedoch kippte die Stimmung von Medien und Politik bereits im Herbst 2015 von der Willkommenskultur zunehmend in eine Notstandsstimmung und spätestens nach der Silvesternacht 2015/16 wurden Rufe nach einer restriktiven Migrationspolitik dominant.

Die ersten Reaktionen deutscher Politiker\*innen und Medien auf die Fluchtbewegungen aus der Ukraine, verursacht durch den Angriff Russlands Ende Februar 2022, erinnerten an die Willkommenskultur im Sommer 2015 und übertrafen diese. Denn anders als damals aktivierte die EU am 8. März 2022 die sogenannte »Massenzustrom-Richtlinie« (Richtlinie 2001/55/EG). Trotz des unglücklich gewählten Namens – das Kollektivsymbol »Massenzustrom« kann Ängste vor Flüchtlingsmassen fördern – erleichtert die Richtlinie die unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten. Zusätzlich wird in Zeitungskomentaren das zivilgesellschaftliche und politische Engagement gelobt und konstatiert, dass nun im Vergleich zum Sommer 2015 und dem nachfolgenden Zeitraum alles anders sei.

Mit dem folgenden Beitrag wollen wir diese Behauptung, wie auch die folgenden Fragen untersuchen: Welche Veränderungen sind im Fluchtdiskurs momentan erkennbar? Welche Chancen ergeben sich daraus für eine geflüchtetenfreundliche Migrationspolitik? Zeichnen sich bereits jetzt Fallstricke oder Hinweise auf ein Kippen zurück zu Forderungen nach einer restriktiveren Migrationspolitik ab?

Der Artikel besteht aus zwei Teilen. Teil eins soll eine Übersicht über das derzeit gültige Wissen im Mediendiskurs zu Flucht geben und dieses mit dem Wissen aus 2015/16 kontrastieren (vgl. Jäger & Wamper 2017). Teil zwei dient einer vertiefenden Untersuchung der Darstellung der ukrainischen Geflüchteten. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 24.02.2022,

dem Beginn der russischen Invasion, bis zum 24.04.2022. Für die Analyse beider Teile verwendeten wir die Kritische Diskursanalyse (vgl. Jäger 2015). Die Materialgrundlage des ersten Teils bilden 32 Kommentare der deutschen Leitmedien *Tageszeitung (taz)*, *Süddeutsche Zeitung (SZ)* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* und im zweiten Teil werden 11 Reportagen und Hintergrundberichte der Sonntagsausgabe *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS)* analysiert.

### ALLES ANDERS ALS 2015/16

In allen drei Zeitungen wird rückblickend auf 2015/16 *Politik-kritik*<sup>1</sup> an einer bürokratischen, unwilligen oder unfähigen Aufnahmepolitik Deutschlands und der EU geübt. Diesem Fehlverhalten wird eine unbürokratische und effektive Hilfe für die derzeitigen Geflüchteten aus der Ukraine entgegengestellt: »Die Bevölkerung der Ukraine wird nicht ausgeschlossen, sondern warmherzig aufgenommen und begrüßt wie nicht einmal die Syrer nach der Überwindung der Balkanroute im Herbst 2015« (Johnson, taz, 01.03.22). Es wird festgestellt, dass ukrainische Geflüchtete besser aufgenommen würden und ihnen mehr Rechte von Seiten der EU zugesprochen würden. Beispielsweise wird genannt, dass ukrainische Geflüchtete dank der Massenzustrom-Richtlinie keine Asylverfahren durchlaufen müssten. Außerdem wird das Zusammenspiel der staatlichen Akteur\*innen und des zivilgesellschaftlichen Engagements hervorgehoben:

»Es zeigt sich nicht nur, dass auf allen staatlichen Ebenen – von der EU bis hinunter in die Kommunen – schnell und unkompliziert gehandelt werden kann. Zu den großen Leistungen gehört vor allem – und wieder einmal – der Einsatz der Hilfsorganisationen, spontaner Initiativen und privater Haushalte, den kein Staat ersetzen könnte.« (Altenbockum, FAZ, 12.3.2022)

1 Alle Aussagen im Sinne der Kritischen Diskursanalyse sind zur Hervorhebung kursiv gesetzt, außerdem die Namen von Zeitungen.



In der *FAZ* ist *Politikkritik* zudem mit der Aussage *gemeinsame europäische Lösung* verknüpft. Es wird behauptet, dass in der Vergangenheit das Fehlen eines gemeinsamen Vorgehens der EU-Staaten die Ursache für die Probleme im Umgang mit Geflüchteten gewesen sei. Jetzt hingegen funktioniere die Aufnahme. Selbst die »einstigen EU-Blockierer Polen und Ungarn« würden sich bewundernswert offen zeigen (Staib, *FAZ*, 14.03.2022). Zugleich wird aber auch darauf verwiesen, dass Freiwilligkeit nicht genüge und die EU langfristig ein Konzept brauche, um die unterschiedlichen Aufnahmequoten ihrer Länder auszugleichen.

In allen Zeitungen wird die Ungleichbehandlung von früheren Geflüchteten im Vergleich zu den jetzigen aus der Ukraine angesprochen. So heißt es in der *taz*: »2015 gab es für geflüchtete Syrer in Ungarn Schlagstöcke und Stacheldraht. 2022 dürfen geflüchtete Ukrainer in Ungarn gratis Eisenbahn fahren« (Johnson, *taz*, 01.03.22). Ebenso wird kritisiert, dass Geflüchtete an der belarussisch-polnischen Grenze auch jetzt noch »oft die Brutalität der polnischen Grenzbeamten« erware (Großmann, *SZ*, 02.04.2022). *Rassismus als Motiv* für die Ungleichbehandlung wird dabei angedeutet. So heißt es in Bezug auf die Offenheit von Polen und Ungarn für Geflüchtete aus der Ukraine: »Offenkundig hilft es sich leichter, wenn es um Nachbarn geht« (Staib, *FAZ*, 14.03.2022). Vor einer Benennung als »Rassismus« scheinen die Zeitungen aber zurückzuschrecken: Das Wort wird in keinem der Kommentare verwendet.

## LEGITIME / ILLEGITIME MIGRATION

Deutliche Worte der Kritik finden alle Zeitungen für Versuche, Geflüchtete aus der Ukraine in gewollte und nichtgewollte zu unterscheiden. Angesprochen werden »die teils hässlichen Vorgänge auf den Fluchtrouten aus der Ukraine, wo manche Nicht-europäer von Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe berichten« (Johnson, *taz*, 01.03.2022). Und in Bezug auf ukrainische Geflüchtete anderer Nationalität wird klargestellt: »Selbst ganz ohne Pass besteht ein Anspruch auf Versorgung und Verfahren« (Altenbockum, *FAZ*, 07.03.2022).

Die Forderungen nach einer Gleichbehandlung aller Geflüchteten aus der Ukraine steht im Gegensatz zum Fluchtdiskurs 2015/16, als in den hegemonialen Medien die »Kategorisierung der Geflüchteten in legitime und illegitime« (Jäger & Wamper, S. 179) zugespitzt wurde und so der EU-Türkei-Deal vom 20.03.2016 zur Fluchtabwehr gerechtfertigt wurde. Eine mögliche Neuauflage solcher Unterscheidungen deutet sich zaghaft an, wenn in der *FAZ* gefordert wird, in Anbetracht begrenzter Kapazitäten wegen der Ukraine den Familiennachzug für frühere Geflüchtete »zu hinterfragen« (Staib, *FAZ*, 14.03.2022).

## DISKURSTRANGVERSTRÄNKUNG DES FLUCHTDISKURS MIT DEM KRIEGSDISKURS

Der Fluchtdiskurs ist 2022 eng mit dem Kriegsdiskurs zur Ukraine verstränkt. Dies hat hier den Effekt, dass das *Leid der Geflüchteten* greifbarer gemacht und Empathie geweckt wird.

So verwendet beispielweise die *taz* die Klimax »die hemmungslosen russischen Angriffe auf Städte, die brennenden Wohnhäuser, die verzweifelte millionenfache Flucht« (Johnson, *taz*, 03.04.2022) zur Dramatisierung. In der *SZ* ist die Rede von »Orte[n] des Grauens«, in denen Leichen begutachtet würden, »mit gefesselten Händen oder noch mit dem Fahrrad in der Hand« (Emcke, *SZ*, 09.04.2022).

Wir hatten vermutet, dass die Verschränkung zwischen Fluchtdiskurs und Kriegsdiskurs dazu genutzt wird, dass der Wunsch, Flucht zu verhindern, als Argument für Waffenlieferungen genutzt wird. Das passiert jedoch in den Kommentaren zu Flucht höchstens in Andeutungen (vgl. Emcke, *SZ*, 09.04.2022). Allerdings wird in mehreren Kommentaren die kollektiv-symbolische Darstellung von Geflüchteten als Teil einer »hybriden Kriegsführung« aufgegriffen, die in der Berichterstattung über Geflüchtete an der belarussisch-polnischen Grenze 2021 eine wichtige Rolle spielte.

## LOB DER ZIVILGESELLSCHAFT

Häufig wird »die riesige Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaft« (Peter, *taz*, 14.03.2022) beschrieben. Die Aussage ist mit der Aussage *Asyl als moralisches Gebot* verknüpft. Das zivilgesellschaftliche Engagement begründet sich in dem moralischen Gebot, es sei eine Pflicht den ukrainischen Kriegsoptionen zu helfen. Gleichzeitig wird aber auch schon früh von Grenzen der Aufnahmefähigkeiten gesprochen:

»Niemand kann derzeit sagen, wie lange der riesige Andrang Geflüchteter in Berlin weitergehen wird und wie viele Ressourcen noch mobilisiert werden können. Die Krise ist weiterhin ganz nah.« (Peter, *taz*, 14.03.2022)

## VERTIEFUNG

In den hegemonialen Printmedien wurde in den letzten Jahren viel über Geflüchtete gesprochen, aber selten mit ihnen. Wenn sie doch einmal zu Wort kamen, dann oft nur als Zeug\*innen ihres selbst erfahrenen Leids, nicht jedoch als Akteur\*innen, die Kritik üben oder Forderungen stellen (vgl. Friede et al., 2022).

Auch in Bezug auf die Ukraine kommen Geflüchtete in den Kommentaren nicht zu Wort. In anderen Textformen hingegen wird ihnen ungewohnt viel Platz eingeräumt. Diese erfreuliche Entwicklung wollten wir am Beispiel der *FAS* genauer untersuchen und haben deshalb unser Dossier um elf längere Reportagen und Hintergrundberichte ergänzt. Uns interessierte, zu welchen Aussagen Geflüchtete zitiert werden und ob sie als politische Akteur\*innen dargestellt werden. Überraschenderweise stellte sich heraus, dass in den Texten einige Aussagen angesprochen werden, die in den Kommentaren nicht zu finden sind.

## AKTIVE GEFLÜCHTETE & UKRAINISCHES HELD\*INNENTUM

»Bilder [...] von in Boote gepferchten Migrant\*innen auf dem Mittelmeer [...] wecken Mitgefühl und schaffen doch Distanz [...]. [Z]wischen denen, die geben, und denen, die empfangen, gibt es unübersehbar eine Hierarchie.« (Thomann, FAS, 20.03.2022)

Dieses Zitat zeigt, dass in Anbetracht der Flucht aus der Ukraine auch in der FAS die Fallstricke von Opferdarstellungen reflektiert werden. Und der Reflexion folgt die Praxis: Geflüchtete werden tatsächlich häufig wörtlich zitiert, meist werden ihre Namen und Berufe angegeben und oft Biographien skizziert, so dass sie als Individuen mit Persönlichkeiten wirken. Zwar werden auch Ukrainer\*innen häufig als Zeug\*innen des *Leids der Geflüchteten* zitiert, beispielsweise zu den Schrecken von Bombardements oder Traumatisierungen von Kindern. Sie kommen aber auch häufig als selbstbewusste politische Kommentator\*innen zu Wort: So kritisiert Aleksandr Schevchuk fehlende Meinungsfreiheit in Russland und die ehemalige Social-Media-Managerin Vseslava fordert eine Flugverbotszone für die Ukraine.

Während in der Willkommenskultur 2015 und in den Debatten über Seenotrettung meist deutsche Helfer\*innen als Held\*innen beschrieben wurden, werden 2022 oft Ukrainer\*innen als mutig dargestellt: So spricht ein Priester aus Kramatorsk von den Risiken, die er eingeht, um Hilfsmittel und Geflüchtete zu befördern und die Art Managerin und Politologin Iryna Kondratenko erzählt von der Einrichtung einer Suppenküche in Mariupol. Erst als ein paar Straßen weiter eine Bombe einschlägt, entscheidet sie sich doch noch zu fliehen. Solche Taten wirken nicht nur held\*innenhaft, sondern verweisen auch auf die Aussage *Lösung der Probleme durch aktive Geflüchtete*, die im Gegensatz zur sonst dominierenden Betonung des *Leids der Geflüchteten* steht. Selbsthilfe wird nicht nur von Ukrainer\*innen beschrieben, sondern auch von russischen Geflüchteten, die im Exil in Tiflis ein internationales Netzwerk gründen, »zur Unterstützung von Menschen, die Russland aus politischen Gründen verlassen« (Veser, FAS, 27.03.2022).

Eine große Bedeutung bei der Held\*innenkonstruktion haben Geschlechterrollen: Oft sind es Frauen\*, von denen beschrieben wird, wie sie mutig humanitäre Hilfe leisten, während Männer\* ihren Mut im Militär beweisen. Kämpft ein ukrainischer Mann\* nicht an der Front, scheint dies gerechtfertigt werden zu müssen. So entschuldigt beispielsweise Aleksandr seine Flucht mit der Behinderung seiner Tochter. Und selbst in Bezug auf non-binäre Menschen verläuft die Held\*innenkonstruktion entlang traditioneller Geschlechterrollen:

»Julija, eine queer-feministische Aktivistin [...] sagt [...], eine ›non-binäre Person männlicher Ausprägung‹, sei entschlossen, sich zu den Freiwilligen zu melden. Ihre Partnerperson, auch non-binär, aber mit weiblicher Ausprägung, zögert noch. Julija selbst will zwar nicht mit der Waffe kämpfen, aber sie will Blut spenden« (Gnauck & Schuller, FAZ, 27.02.2022).



Neue Held\*innen und Geschlechterrollen: Mutige Frauen\* bleiben in der Ukraine und helfen Schwächeren, Männer\* kämpfen an der Front...

## ÖKONOMISCHER NUTZEN VON MIGRATION

Während Geflüchtete in der Notstandsstimmung 2015/16 als Last für die Aufnahmebevölkerung bewertet wurden, wird bei ukrainischen Geflüchteten ein *ökonomischer Nutzen* erhofft. Wanderarbeiter\*innen aus Osteuropa der letzten Jahre werden als Beleg für einen hohen Bedarf an Arbeitskräften angeführt, aber es wird auch gefragt, ob Kriegsflüchtlinge genauso nützlich sind wie jene.

Als notwendig für eine schnelle ökonomische Integration wird eine dauerhafte Bleibeperspektive im Aufenthaltsrecht und das Anrecht auf Integrationsmaßnahmen benannt. Aus dem *ökonomischen Nutzen von Geflüchteten* werden also *Rechte der Geflüchteten* abgeleitet.

## VERORTUNG RUSSLAND IM KOLLEKTIVSYMBOLISCHEN AUßEN UND DIE KONSTITUIERUNG DES WESTENS

Geflüchtete dienen als Anlass, um Russland im kollektivsymbolischen ›Außen‹ zu verorten, als menschenverachtender und undemokratischer Staat. Eine Reportage überträgt sogar Goebbels »Begriff vom ›totalen Krieg‹« auf Russland, vor dem die Menschen in ein Europa fliehen, in dem »der Mensch frei atmen kann« (Gnauck, FAZ, 10.04.2022). So wird dem »totalitären« (ebd.) Russland ein modernes, demokratisches Europa als ›Innen‹ entgegengesetzt, »dessen freiheitliche Werte in Wahrheit nichts an Strahlkraft verloren haben« (Schmidt, FAS, 20.03.2022). Dadurch kann Deutschland symbolisch als Teil der modernen, freien Welt im Kampf gegen das Böse eingeordnet werden, während die Erinnerung an den Nationalsozialismus weit weg nach Russland projiziert wird.



... Ziel der neuen Wehrhaftigkeit ist die Rückkehr zu einem unbeschwerten Leben.

Gleichzeitig wird eine Verweichlichung des ›Innen‹ kritisiert, die die Fähigkeit zur Verteidigung gefährde:

»Über der obsessiven Beschäftigung mit Wellness, veganer Ernährung oder Radfahrstreifen hätten wir unser strategisches Denken verloren, unsere Wehrhaftigkeit.« (Thomann, FAS, 20.03.2022)

Dabei ist mit Wehrhaftigkeit aber keine Militarisierung der ganzen Gesellschaft gemeint, denn jene soll gerade darauf gerichtet werden, das »unbeschwerte« (ebd.) Leben zu bewahren.

## FAZIT

Eine Besonderheit des Fluchtdiskurses von Ende Februar bis Ende April 2022 ist, dass anders als in früheren Zeiträumen, die Aufnahme von mehreren Millionen Geflüchteten als machbar bewertet wird und die unbürokratische Hilfe und das zivilgesellschaftliche Engagement gelobt wird.

Ebenfalls wird die Ungleichbehandlung verschiedener Geflüchtetenengruppen innerhalb Deutschlands und Europas kritisiert, wenn auch nicht mit dem Wort Rassismus benannt. Rassismus wird auch in Bezug auf 2015/16 verschleiert; kritisiert werden bürokratische Hindernisse, Unfähigkeit und Unwillen von politischen Akteur\*innen. Rassistische Forderungen nach Obergrenzen und Abschottung, sowie Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte werden jedoch nicht thematisiert. Eine Reflexion des Rechtsextremismus findet nicht statt und wird stattdessen nach Polen und Ungarn projiziert.

Eine weitere Besonderheit des momentanen Diskurses ist, dass die Aufnahme aller Geflüchteten unabhängig von der Nationalität gefordert wird, sofern sie aus der Ukraine fliehen. Diese Aufnahme wird in den Zeitungen auch ohne eine Obergren-

ze diskutiert, wenn auch eine mögliche baldige bürokratische Überlastung angedeutet wird, ohne dass jedoch eine Forderung nach einer restriktiveren Migrationspolitik laut werden würde.

Der Fluchtdiskurs 2022 ist mit dem Kriegsdiskurs verknüpft. Hierdurch kann einerseits Krieg als Fluchtursache eindringlich dargestellt werden. Andererseits werden Geflüchtete manchmal kollektivsymbolisch als Teil einer hybriden Kriegsführung beschrieben, was sie entpersonalisiert und bedrohlich wirken lässt.

In Bezug auf die Darstellung von ukrainischen Geflüchteten ist ansonsten jedoch feststellbar, dass sie in Reportagen und Hintergrundberichten häufig zitiert werden und als politische Kommentator\*innen zu Wort kommen, was eine Besonderheit des momentanen Fluchtdiskurses ist. Zudem sind nun nicht nur deutsche Zivilakteur\*innen held\*innenhaft, sondern auch Geflüchtete aus der Ukraine und aus Russland werden als Held\*innen konstruiert.

Diese positive Entwicklung wird durch die sehr vergeschlechtlichte Darstellung der Held\*innen getrübt: Männer\* wären heldenhaft an der Front, Frauen\*, indem sie humanitäre Unterstützung leisten würden.

Geflüchtete werden als ökonomisch nützlich diskutiert. Das birgt die Gefahr eines Endes der neuen Willkommenskultur, sobald festgestellt wird, dass der Bedarf nach Arbeitskräften befriedigt sei. Außerdem wird Flucht genutzt, um Russland als totalitäres ›Außen‹ einem schöngefärbten Bild einer demokratischen und freien EU als ›Innen‹ entgegenzusetzen. Kritik daran, dass EU und NATO durch Kriege, Ausbeutung des globalen Südens, Impfungerechtigkeit und Klimawandel selbst Fluchtursachen schaffen, wird dadurch überdeckt.

Unterrichtsmaterialien: Auf Anfrage an [info@diss-duisburg.de](mailto:info@diss-duisburg.de) mailen wir gerne einen kleinen Workshop für den Einsatz in der gymnasialen Oberstufe.

## LITERATUR:

- Friede, Judith et.al. 2022: Deutsche Rettung? Eine Kritische Diskursanalyse des Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria. Unrast.
- Jäger, Margarete & Wamper, Regina (Hg.) 2017: Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung, DISS, <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf>
- Jäger, Siegfried 2015: Kritische Diskursanalyse, Eine Einführung, 7. Aufl., Unrast.

Auf Anfrage an [info@diss-duisburg.de](mailto:info@diss-duisburg.de) mailen wir gerne das Dossier.

**Die Autor\*innen sind Praktikant\*innen und Teilnehmer\*innen im Arbeitskreis Migration des DISS**



# Der ›evidente‹ Antagonismus

## SZENARIO-BEGRIFF & AKTUELLER UKRAINEKRIEG: GEO-, MILITÄR- UND MACHTSTRATEGISCH

Von Thomas Lischeid

Bekanntlich gehört der Begriff des Szenarios bzw. der Szenarien zu den Leitbegriffen unserer politisch-medialen Kultur. Nachweislich entstammend der Sprache des Militärs im seinerzeit beginnenden Zeitalter möglicher Eskalations- und Nuklearkriege seit 1945 (mit dem US-amerikanischen Think Tank Herman Kahn als damaligem ›Diskursivitätsbegründer‹), bevor er auch die Bereiche der Ökonomie, Ökologie und anderer erfasste<sup>1</sup>, scheint er aktuell, im ausgerufenen Kairos einer sogenannten neuen großen ›Zeitenwende‹ (Bundeskanzler Scholz), seine in ihm beschlossene Bedeutung und Wirkungskraft wieder voll auszufahren. Man denke dazu an Formulierungen des SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil rund um seine aufsehenerregende Rede auf der Berliner Tiergartenkonferenz von Mitte Juni 2022, in der er von einer »neuen Normalität der Bundeswehr« spricht, »in Szenarien denken und uns auch auf diese Szenarien vorbereiten« als eine Hauptaufgabe der Politik von heute bezeichnet und in einem daran anschließenden Interview mit der FAZ fordert: »Zu einer realistischen Debatte gehört auch, die schlimmsten Szenarien mit zu bedenken.«<sup>2</sup> Wenn wir allerdings im Folgenden den Szenario-Begriff für unsere Analyse des aktuellen und auf absehbare Zeit wohl noch andauernden Ukrainekriegs stark machen, dann mit Blick einer hier etwas anders akzentuierten Funktionsleistung im »Augenblick der Gefahr« (Walter Benjamin<sup>3</sup>). Denn gegenüber einer vollends antagonistischen Situation, in der beide (Kriegs-)Parteien sich mehr und mehr unversöhnlich gegenüberstehen und dafür mehr und mehr auf Identifikation und Subjektivierung ihrer jeweiligen Position bestehen, mag es vielleicht nicht ganz verkehrt erscheinen, ein eher metasprachlich orientiertes Werkzeug kritisch-hermeneutischer Distanzierung zu finden oder, wie hier, gegebenenfalls so abzuwandeln, um sich weiterhin die Möglichkeit eines differenziert-erkenntnisleitenden Blicks auf das Ganze offenhalten zu können.

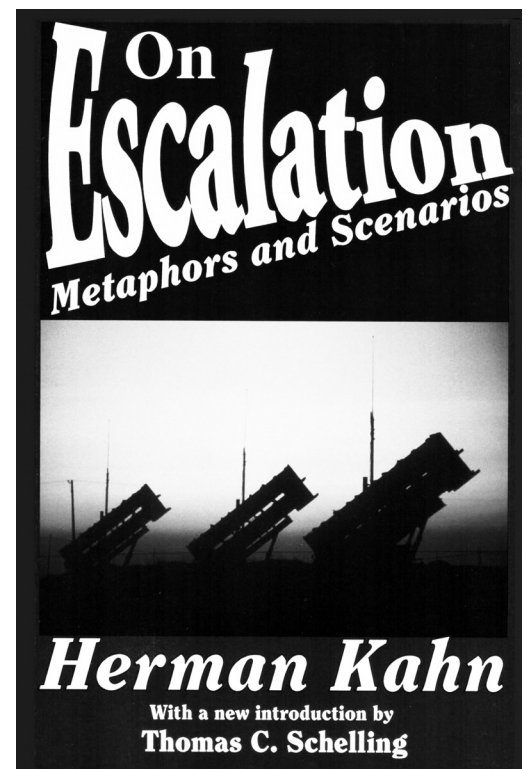


Abb. 1: Buchcover: Herman Kahn: »On Escalation – Metaphors and Scenarios« (1965)

Wir wissen nicht exakt, welche Szenarien in Putins Kopf spuken, welche auf den Desktops der Computer seines Militärs abgespeichert sind und welche in den dunklen Schubladen seiner Geheimdienste schlummern. Und vielleicht werden wir es auch nie so genau erfahren. Aber wir können sie zumindest erahnen und ansatzweise ›evident‹ erschließen, nicht zuletzt

1 Lischeid, Thomas: Zeit des Szenario. Zur Entstehung und Geschichte eines Kernbegriffs der Aktualhistorie von seinem US-amerikanischen Diskursbegründer Herman Kahn bis heute. In: kultuRRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie, Nr. 82, 2022, S. 32–37; Lischeid, Thomas/Schuler, Hendrik: Nah-Zukunft-Szenarien der Gegenwartsliteratur (2021/22ff.) zwischen epochaler De-Normalisierung und transnormalistischer Utopie. Mit einem Blick auf Vertlib, Yanagihara und Linker. In: kultuRRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie, Nr. 82, 2022, S. 38–43.

2 Vgl. Lars Klingbeil: Zeitenwende, – der Beginn einer neuen Ära. Rede auf der Tiergartenkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), 21.06. 2022; ders. im Interview mit Eckart Lohse und Markus Wehner: Wir sehen, dass Putin zurückschlägt, FAZ, 24.06.2022, S. 2.

3 Vgl. Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte. In: ders.: Gesammelte Schriften, Band 1.2: Abhandlungen. Frankfurt a. M. 1974, S. 691–704.



Abb. 2: »Die Nato-Osterweiterung« (Globus-Infografik, Quelle: Nato, Bundeszentrale für politische Bildung)

aus den Worten und Taten der maßgeblich Beteiligten. Putins und seiner Anhänger und Gefolgschaft Schreckens- und Horror-Szenario lässt sich demnach in groben Strichen folgendermaßen skizzieren: Die USA und die von ihr geführte NATO befinden sich auf einmal direkt vor der Grenze der Russischen Föderation – von den Baltischen Staaten (wo sie sowieso schon stehen) und Skandinavien im Norden (wo zu Norwegen nun Schweden und Finnland auch ganz offiziell hinzukommen sollen) bis zum Schwarzen Meer im Süden. Normalismustheoretisch wird damit ein grundsätzliches Dilemma für einen Staat in der internationalen Leistungs- und Machtkonkurrenz hinsichtlich seiner beiden Fundamentalzyklen deutlich, nämlich zwischen seinen sozial-ökonomischen auf der einen und seinen politisch-militärischen Produktions- und Reproduktionszyklen auf der anderen Seite. Denn kommt ihm im ersten Fall, das heißt im zentralen weltweiten Ranking finanzpolitischer und ökonomischer Art, höchstens eine Position im Mittelfeld der großen Schwellenländer (als das ›R‹ im Terminus der sogenannten BRICS-Staaten neben Brasilien, Indien, China und Südafrika) und mithin weit unterhalb der großen G7- und anderer Wirtschaftsmächte der ersten und zweiten Normalitätsklasse zu, zeigt er sich hingegen in der Hierarchie der Militär- und wenigen Atomkräfte auf der Welt imstande, ganz oben mitzumischen; – ja hat sich, im Anschluss an die Ära des Vorgängerstaats der Sowjetunion, gar den Ruf erworben, zu Recht als die einzige Nuklearmacht zu gelten, die der unzweifelhaften Überlegenheit von USA und NATO ernstzunehmende Paroli zu bieten hat. Demgegenüber, so die Szenario-Analyse, würde auch die nur annähernde Erfüllung des skizzierten historischen Prozesses wohl nichts weniger bedeuten, als die – wieder – erreichte Ausnahme- und Sonderstellung innerhalb der herrschenden Nomenklatur globaler Normalitätsordnung und -verhältnisse zwischen den Staaten der Welt – neuerlich und

noch grundsätzlicher als zuvor – entschieden infrage gestellt zu sehen.

Vor dem Hintergrund dieser Szenario-Annahme liegt zugleich die gewichtige geostrategische Rolle auf der Hand, die sowohl der Ukraine (und Moldau) als auch dem Kaukasus (Armenien, Aserbeidschan, Georgien) als Cordon sanitaire und ›Pufferzone‹ zwischen Russland und dem Westblock zukommen. Hindern doch ihre ›Zwischenposition‹ den Westblock bislang noch daran, das militär- und machstrategische Gewicht weiter und womöglich entscheidend in ihre Richtung zu verschieben.

Diese geostrategische Hypothese lässt zugleich die Frage aufkommen, ob der bekannte Georgienkrieg von 2008 nicht für Putin so etwas wie ein Modell-Szenario für den Ukrainekrieg von heute abgeben könnte? Wir erinnern uns: Georgiens frischgebackener Präsident Saakaschwili hatte Anfang jenes Jahres nicht nur offensiv auf eine

Aufnahme seines Landes und ehemaligen sowjetischen Teilrepublik in die NATO und eventuell die EU gesetzt, sondern mit informeller Unterstützung der USA auch mit der militärischen Rückeroberung der von Russland unterstützten autonomen Gebiete Abchasien und Südossetien begonnen. Im anschließenden ›Fünf-Tage-Krieg‹ besiegte das große Russland blitzartig nicht nur den viel kleineren Gegner, sondern sorgte mit dieser Demonstration seiner wiedererstarkten Macht auch dafür, dass aus den seinerzeit angekündigten Plänen einer NATO- und EU-Mitgliedschaft an der Südflanke Russlands zum damaligen Zeitpunkt nichts mehr wurde. Stattdessen musste sich der Verliererstaat ähnlich wie seine kaukasischen Nachbarn mit dem Status einer Art ›Pufferzone‹ zwischen den Blöcken zufriedengegeben. Geo- und machstrategisch war damit immerhin eine Art Kompromiss zwischen den antagonistischen Mächten zustande gekommen, wie zerbrechlich und zeitlich begrenzt dieser auch seinerzeit schon erschienen sein mochte und bis heute noch ist.

Doch natürlich ist die Ukraine nicht Georgien, und 2022 nicht 2008. Was bei aller gleichwohl gegebenen Analogie aber im Kern gegen das Modell Georgien als Vorbild und Blaupause für den Ukrainekrieg von 2022(ff.?) spricht: – dass diesmal, im Zeichen der ausgerufenen ›Zeitenwende‹ und des ›neuen Zeitalters‹, offenbar kein Kompromiss mehr möglich erscheint. Das heißt: Ein friedlicher ›Ausgleich‹ nicht wirklich gewollt erscheint, weder von der einen, noch der anderen Seite, längst nicht mehr, wenn überhaupt anfangs ernsthaft, oder zumindest nicht im Moment. Stattdessen steht offenbar diesmal der Tatbestand des ›ausgebrochenen‹ Antagonismus auf der Tagesordnung, – der ›Ernstfall‹ des großen militärpolitischen ›Entweder – Oder‹ (Carl Schmitt<sup>4</sup>) im aktualhistorischen Kairos ›des Hier und Jetzt.

4 Vgl. Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. Berlin 1963, S. 20ff.



Abb. 3: »Die Kaukasus-Republiken« (Globus-Infografik)

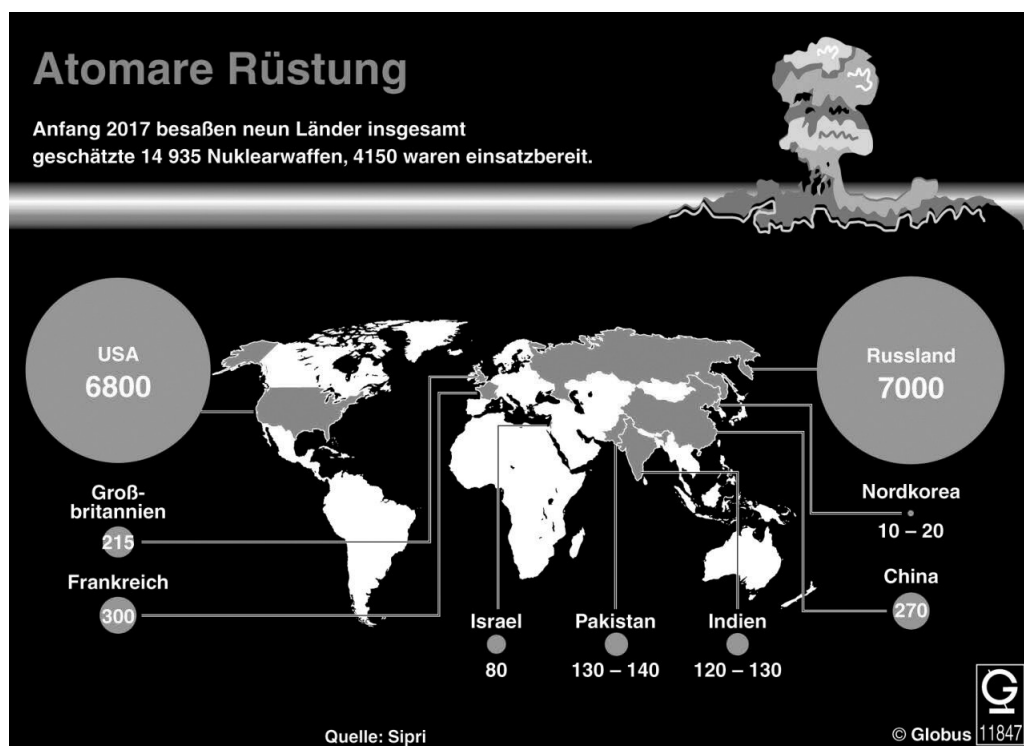
Was konkret bedeutet: Entweder Putins Russland erobert die gesamte Ukraine, oder wenn nicht, dann die östliche Hälfte entlang Kiew und der Dnepr-Linie bzw. es be- und erhält zumindest wesentliche Teile des Südostens: die Krim (bekanntlich besetzt seit 2014), den Donbass (mit den von Russland anerkannten »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk) sowie die bekannte Küstenlinie mit Mariupol und Odessa am Asowschen bzw. Schwarzen Meer. Dafür ist Putin offenbar bereit, ein in jeder erdenklichen Hinsicht hohes Risiko einzugehen und immense politische, wirtschaftliche und soziale Kosten und Opfer für Land und Leute beiderseits der Grenze in Kauf zu nehmen. Immer mit dem Ziel der eigenen Selbstbehauptung und des Ausbaus der Stellung Russlands als militärische Großmacht, die vor den Augen der ganzen Welt den USA und dem Westen ihre Grenzen aufweist (im wörtlichen wie übertragenen Sinne) und damit den Suprematie-Anspruch der nach dem Zerfall der Sowjetunion einzig verbliebenen Supermacht relativiert, ja möglichst grundsätzlich auf die Probe und mithin infrage stellt. Was wiederum den Ausblick auf weitere Geländegewinne in naher und nächster Zukunft eröffnen könnte.

Oder die angegriffene Ukraine »verteidigt« sich erfolgreich, »gewinnt« bzw. »siegt«, – und mit ihr bzw. durch sie hindurch der dahinter stehende Westblock (mit der USA an

der Spitze und tatkräftiger Unterstützung durch Deutschland und andere europäische und außereuropäische Verbündete). Die – zumindest militärisch bislang eben noch vorhandene – Groß- und Weltmachstellung Russlands würde dadurch notwendigerweise erheblichen und bis auf absehbare Zeit irreparablen Schaden erleiden, ja sich im Grunde ganz grundsätzlich in Abrede gestellt sehen müssen. Und dies nicht nur auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Wege (wie bislang schon angestrebt durch die bekannte Sanktionspolitik mehrerer großer Sanktionspakete nahezu der ganzen Welt), sondern eben im zentralen Bereich aller Fragen von Macht und Gewalt: im geo- und mithin militärstrategischen Sinne. Eine Ukraine als NATO- und EU-Mitglied, womöglich mit wichtigen konventionellen oder auch nuklearen Waffensystemen direkt an der russischen Grenze würde für den Westblock einen sicherlich wichtigen strategischen Geländegewinn

bedeuten (wiederum im wörtlichen wie übertragenen Sinne, letzteres z. B. in Gestalt wichtiger militärstrategisch verkürzter Vorlauf- und Reaktionszeiten). Ein Gewinn, der ihrem Anspruch auf unangefochtener Hegemonie in dieser Weltregion entscheidenden Vorschub leisten würde und selbst wiederum das Modell-Szenario für andere bevorstehende Konflikte abgeben könnte (Irak, Nordkorea und natürlich nicht zuletzt China). Um diese »Frage« nicht nur szenario-theoretisch, sondern ganz praktisch auf den Prüfstand aller Macht und Machtentfaltung zu stellen, ist der Westblock im Ganzen mit seiner Unterstützung der Ukraine ganz offensichtlich und parallel zu Putin

Abb. 4: »Atomare Aufrüstung« (Globus-Infografik, Quelle: Sipri)





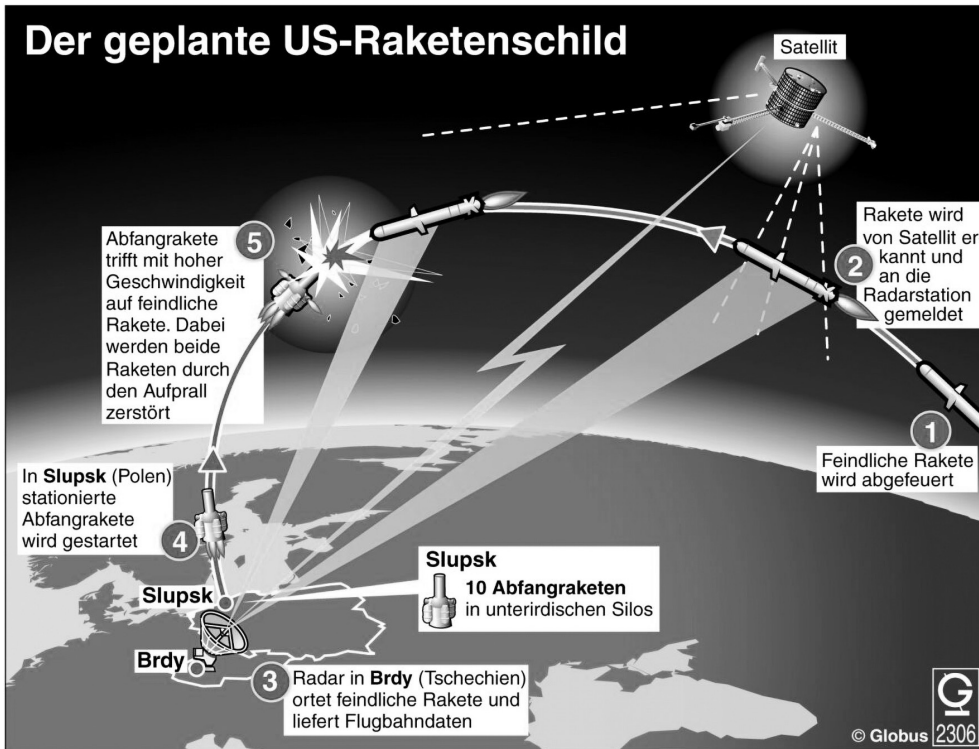


Abb. 5: »Der geplante US-Raketenschild« (Globus-Infografik)

bereit, den betreffenden Probe- und Testfall zu wagen: also selbst mit ins Risiko zu gehen und für den angestrebten Erfolg weder Kosten noch Opfer zu scheuen. Was im Kern heißt: sich ebenfalls militärisch zu engagieren, etwa mit der Lieferung leichter sowie ggf. schwerer und schwerster Waffen an den angegriffenen ›Vorposten‹ (ohne selbst schon, in diesem asymmetrisch verteilten ›Stellvertreterkrieg‹, direkt in Aktion treten zu müssen). Mit dem Ziel, den eingeschlagenen Weg der Eskalationsspirale mitzugehen und womöglich am gegebenen Punkt für sich zu entscheiden (Stichwort ›Eskalationsdominanz erreichen‹ auf jeder Stufe von Waffengattung und Eskalationsstufe im aktuellen Abnutzungs- bzw. Zermürbungskrieg). All dies natürlich möglichst unterhalb der Schwelle des Einsatzes taktischer oder gar strategischer Nuklearwaffen. Und wenn nötig: auch oberhalb?

Thomas Lischeid, Prof. Dr., PH Weingarten, Fach Deutsch, Schwerpunkte in Forschung & Lehre: Sprache – Literatur – Medien & ihre Didaktik; Kontakt: [thomas.lischeid@ph-weingarten.de](mailto:thomas.lischeid@ph-weingarten.de)

# Der Krieg – ›Vater‹ der Klimawende oder Brandbeschleuniger der Klimakatastrophe?

## ANMERKUNGEN ZU DISKURSIVEN VERKNOTUNGEN VON SICHERHEITS-, NOTSTANDS- UND KLIMAPOLITIK.

Von Tino Heim

### KLIMASCHUTZ MITTEN IM KRIEG! EINE HARTE NATIONALE AUFGABE FÜR ›DEUTSCHE MÄNNER‹?

Frei nach dem Heraklit zugeschriebenen Denkspruch, der Krieg sei der ›Vater aller Dinge‹, knüpfen sich an Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die in der deutschen Politik ausgerufene *Zeitenwende* erstaunliche Hoffnungen, der Krieg könne auch der *Klimawende* auf die Sprünge helfen (siehe exemplarisch: Walsh 2022). Entlang des Leitmotivs eines Kampfs um nationale Energieautarkie, verschalten die Regierungsparteien (v.a. die Grünen) Topoi bellizistischer Sicherheits- und Verantwortungspolitik<sup>1</sup> mit der Klimawende. Robert Habeck (2022) flaggte die Unabhängigkeit von fossiler Energie und ihren Lieferanten als Freiheitskampf aus. Annalena Baerbock erklärte die Prüfung globaler Wirtschaftsverflechtungen und ihr fallweises Zurückfahren zum Eckstein ihrer außenpolitischen Sicherheitsstrategie, wobei kürzere Lieferketten auch Emissionen reduzieren. Verstärkt wird das durch einen Heroismus nationaler Selbstbehauptung, der auf dem Weg zur Energie- und Ressourcensicherheit ›vollen Einsatz‹ von Politik, Wirtschaft und Bevölkerung fordert. Die Energiewende wird nahezu ein Synonym nationaler Stärke, Resilienz und letztlich Wehrhaftigkeit – deutlich etwa in der Wortprägung »Freiheitsenergien«. Das Argument, wer jetzt den Infrastrukturumbau behindere, helfe als ›Komplize Putins‹ dem ›Feind‹,<sup>2</sup> bewegt selbst hartnäckige Gegenspieler (in der bayrischen Landesregierung wie in der Koalition) zur zumindest verbalen Kehrtwende.

Solche Positionen korrespondierten mit einer längerfristigen Tendenz zur Verknötungen von Diskurssträngen der Sicherheits- und Notstandspolitik mit dem Klimaschutz und fanden im mediopolitischen Interdiskurs entsprechende Resonanz.

Wie schon in Kurzschlüssen zwischen Pandemie- und Klimanotstand im Coronadiskurs (vgl. Meer 2020; Heim 2020) sind hier Erwartungen verbreitet, eine Einübung der Politik in und eine Gewöhnung der Bevölkerung an notstandspolitische Maßnahmen, käme mittelfristig auch dem Klimaschutz zu Gute. Fallweise müsse im Krieg (ob gegen Putin oder das Virus) das Klimathema zwar auch mal zurückstehen, wäre *danach* aber umso konsequenter anzugehen: Die Corona- und Kriegserfahrung, dass zuvor als unmöglich geltende wirtschafts-, finanz-, sozial- und infrastrukturpolitische Maßnahmen im Notstand umsetzbar werden, eröffne auch neue Möglichkeiten ökologischer Notstandspolitik. Denn wo das Wissen, dass die »fossile Lebensweise« *langfristig* Existenzgrundlagen zerstört keine Transformationen motiviert, ergäbe die Erkenntnis, dass sie »Hier und Jetzt [...] unsere Feinde finanziert«, einen Antrieb, den gordischen Knoten der mit dem fossilen Wachstum verknüpften sozialen, ökologischen, geopolitischen und ökonomischen Krisen zu durchschlagen (so Ulrich 2022a). Dabei seien Klima- und Umweltschutz in der Sicht »deutscher Männer« endlich »keine weichen Themen mehr«, sondern echt »harte« – halt irgendwas »mit Krieg« (Ulrich 2022b).

Tatsächlich war die Kopplung von Klima mit Krieg und Sicherheitspolitik im Parteiendiskurs wie bei Ulrich entlang von historisch ›männlich‹ konnotierten Attributen organisiert und im neuen Alltagsheroismus war ›der deutsche Mann‹ permanent gehalten, sich als Held im Kampf gegen Putin zu bewähren – ob beim Heizung runterdrehen oder beim Gärtnern (auch das ein Weg zur Autarkie).<sup>3</sup> Ulrich assoziierte mit Klimapolitik »Selbstbehauptung«, »Führung«, »Kraft«, aber vor allem leidenswillige Askese: Die »sicherheitspolitische und freiheitskämpferische Veredelung des Verzichts« befreie dabei »die ökologische Transformation, die ohne Veränderungsschmerzen nicht reali-

1 Vgl. zum verstärkten Bellizismus der grünen Parteien in der EU in diesem Heft: R. Kratunkova.

2 Siehe in diesem Heft zur generellen Zunahme solcher Freund/Feind Oppositionen im Kontext eines generellen binären Reduktionismus v.a. die Beiträge von J. Link sowie M. Jäger/I. Tonks und C. Knobloch.

3 Immerhin wurde realistische Qualitäten dieser Heroismus noch verzeichnet: Vgl. Matzig 2022.

sierbar ist, von einer Fessel« (ebd.), indem sie uns Opferbereitschaft für das kollektiv Notwendige abverlangt.

Solche Verzicht- und Notstands predigten wiesen ökologische Politik primär als ›Politik der Härte‹ aus. Fehlt der Verzichtswille muss der Staat die hedonistische Bevölkerung zwingen, den ›Gürtel enger zu schnallen‹. Das konnte an ökodiktatorische Motive anknüpfen, die schon im Diskurs der Ökologiebewegung der 1970er und 80er Jahre ausbuchstabiert waren. Anders als etwa bei Rudolf Bahro oder Hans Jonas, die solche Erwägungen mit der Notwendigkeit radikaler Transformationen der *Wirtschaftsform* verbanden, wird die Frage nach den Bedingungen einer ökologischen Lebensweise hier aber auf Individualverhalten und Verzichtsethos verkürzt. Die Moralisierung verschiebt den Focus von gesellschaftlichen Strukturantagonismen – entgrenztes monetäres Wachstum vs. sozialökologische Reproduktionszyklen auf einem begrenzten Planeten – auf Fragen individueller und kollektiver Haltungen. Das umgeht Systemfragen und rückt gesellschaftsstrukturell bedingte Konfliktslagen aus dem Blick. Obwohl Ulrichs Artikel globale Verflechtungen multipler Krisendynamiken klar akzentuieren, wird die moralische Engführung daran deutlich, wer genau zum ›Verzicht‹ aufgerufen ist und wer nicht. Wie ein Kommentar sarkastisch bemerkt: »Am besten verzichten wir auf die Profiteure der Wirtschaft: Die Öl- und Gasfirmen, die Autoindustrie, die Waffenfabrikanten und die ganzen Bullshit-Produzenten und ihrer Logistik. Deren Gewinne gehen gerade durch die Decke! Verzicht sollen immer nur die sozial Schwachen. Produzieren wir für die Menschen, und nicht für den Profit, werden wir bald einig sein, was wir wirklich brauchen und was wir uns ökologisch leisten können.«<sup>4</sup> Obwohl die Lösung nicht ganz so einfach sein dürfte, verweist dies prägnant auf die Einseitigkeiten der Verzichtsdiskussion.

Zu ähnlichen Schlagseiten tendiert die Adressierung der Bevölkerung im Autarkiediskurs. Ein Hauptgewicht liegt auf *individueller* Sparsamkeit (›wer friert, bekämpft Putin‹) und *Individual*-Autarkie. Schon bei Corona und jüngeren Naturkatastrophen war der Notstandsdiskurs nicht so sehr um bessere *kollektive* Absicherung zentriert, vielmehr um individualisierende Aufrufe: ›Bevorratet euch!‹ *Eigene* Nahrungs-, Wasser- und Medizinvorräte aufzurüsten, schützt beim möglichen Ausfall staatlicher Infrastrukturen. Ergänzt wird das auch Bevölkerungsseitig durch Bemühungen um individuelle Energieausfallsicherheit: Wo der Infrastrukturausbau für regenerative Energien stockt und Anreize zur Einspeisung in kollektive Netze sinken, tritt an deren Stelle das betriebs- und volkswirtschaftlich, aber auch ökologisch unsinnige (da mit Energieverlust verbundene) Befüllen häuslicher Speicher, um im Katastrophen-/Kriegsfall etwas länger durchzuhalten. Die Renaissance der Industrie für private Atomschutzkeller (die in den USA der 1950er/60er Jahre ihre Hochzeit hatte) wäre wohl der nächste Schritt. Dazu passen mediale Erwägungen, ob die einst belächelten ›Prepper‹ nicht auch ein Vorbild verantwortlicher Staatsbürgerlichkeit seien (vgl. Praschl 2022). Obwohl Selbstbewaffnung noch unerwünscht ist, hat das Ideal autarker Monaden große Schnittmengen mit anarcholiberalen Leitbildern oder mit anarchofaschistischen Selbstverständnissen in der Reichsbürgerszene. In Differenz dazu soll die Individualautarkie hier aber auf Linie mit dem ›Staatsziel‹ bleiben. Die so

adressierte Subjektposition lässt an die Botschaft des ›Durchhaltefilms‹ *Kolberg* denken, der 1945 ›das Volk‹ auf Fortsetzung des ethnonationalen Freiheitskampfes beim Versagen der militärischen Führung einstimmen sollte.

Letztlich geht es hier um Versuche der Re-Etablierung von mit Notstandspolitiken vereinbaren protonormalistischen Subjektivitäten (siehe den Beitrag von J. Link). Angesichts des Primats nationaler Autarkie sowie *individualisierter* Verzicht- und Verantwortungszuweisung sind aber Zweifel angebracht, ob diese Notstandspolitik auch ein Mittel der ökologischen Wende (sprich *globaler* gesellschaftsstruktureller Umbrüche) sein kann. Fraglich ist zudem, ob *hegemoniale Männlichkeit*, die sich über Jahrhunderte als Medium der Unterwerfung der inneren und äußeren Natur unter kapitalistische Verwertungsimperative entfaltet hat, tatsächlich eine Haltung abgibt, um sozialökologische Probleme zu lösen. Zumindest verfolgt der ›männliche‹ ökonationale ›Selbstbehauptungskampf‹ andere Ziele und erfordert effizientere Waffen, als sie langfristige ökologische Strukturumbauten böten.

### GRÜNE AUSNAHMEN ZUR SICHERUNG DER VORFAHRT FOSSILER »FREIHEITSENERGIEN«

Ein Standardargument, um den Klimaschutz auf ›später‹ zu vertagen, ist es, dieser brauche als Langzeitprojekt eben Zeit, die wir im je aktuellen Notstand nie haben. Aktuell führen zudem corona- und kriegsbedingte Störungen fragiler globaler Liefer- und Arbeitskraftketten zu Engpässen und Unwägbarkeiten beim Infrastrukturausbau – z.B. benötigen deutsche Offshore-Windparks osteuropäische (Billig)Arbeitskraft. Das bremst die einzige halbwegs konsistente Programmatik des *Green-New-Deal* aus. Die *Energiewende* wird erneut eher langfristiges Ideal als tagespolitische Aufgabe. Eine grüne Kriegswirtschaft braucht Alternativen zu regenerativen Energien. Daher ist der Aufbau neuer *fossiler* Infrastrukturen zu beschleunigen, die dann langfristig nutzbar sind. Einen Monat vor der russischen Ukraine-Offensive rief Wirtschaftsminister Habeck im Januar die deutsche »Flüssiggas-Offensive« zum Ausbau von LNG-Terminals aus, bei der Umweltschutz »ausnahmsweise hintenan« stehe (Theurer 2022). Bezüglich dadurch bedrohter Arten outete sich der *Mensch* Habeck vor dem feierlichen ersten Rammschlag im Mai zwar als leidenschaftlicher Phocoenaphiler: »Ich liebe Schweinswale. [...] Ich bin der größte Schweinswal-Fan in der Bundesregierung« (zit. in Bauchmüller 2022). *Aber* auch die größte individuelle Liebe hat bei ›deutschen Männern‹ Grenzen, wo sie im Krieg die nationale Stärke gefährdet: Der *Wirtschaftsminister* forderte daher im selben Atemzug, der Tierschutz dürfe den Bau der Terminals nicht behindern, denn das helfe »nur Putin« (ebd.). Dem stimmte selbst die einst öko-pazifistische TAZ zu: Umweltverbände lägen »falsch«, wenn sie beim LNG-Ausbau auch nur »Transparenz und Rechtsstaatsprinzip« anmahnten: Juristische »Verfahren würde den Bau der Terminals unnötig verlängern. Sorry, liebe Schweinswale, es ist Krieg, diese Ausnahme muss sein.« (Schönberg 2022) Da Umweltverbände und Schweinswale (quasi als ›fünfte Kolonne Moskaus‹) den deutschen Freiheitskampf hintertreiben, soll nun ein vom Ministerium

4 <https://www.zeit.de/2022/20/klimapolitik-krieg-ukraine-lng-terminalsenergiewende/komplettansicht> (Zugriff: 25.5.2022).

entworfenen LNG-Beschleunigungsgesetz die Einspruchsmöglichkeiten eindämmen.

Freilich ist eine Ausnahme zu wenig. »Im Zweifel« sei »Sicherheit wichtiger als Klimaschutz« und für die deutsche Versorgungssicherheit müsse »Pragmatismus jede politische Festlegung schlagen«, betonte Habeck beim US-Antrittsbesuch am 2.3.2022, um u.a. längere Laufzeiten für Kohlekraftwerke anzukündigen. Im Sinne der Energieautarkie wittern ostdeutsche Ministerpräsidenten hier zu Recht Chancen, den Braunkohleabbau nach dem beschlossenen Ausstiegstermin fortsetzen zu können. Die FDP nutzt unterdessen das im Hohelied auf Wind und Sonne geprägte Wort »Freiheitsenergien« für den Lobpreis der Öl- und Gasvorkommen in der Nordsee. Mit einer Träne für die deutsche See und das deutsche Watt befürworten auch die Grünen Bohrungen durch den Konzern *Wintershall Dea* ab 2024. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Partei dem lockenden FDP-Gesang widersteht, wer teures Fracking-Gas aus dem Ausland beziehe, könne ruhig auch den eigenen Boden fracken. Schließlich hat Putin gezeigt, dass wir uns energiepolitisch nicht abhängig machen dürfen, schon gar nicht von Autokratien! Da Autarkie Grenzen hat, bedarf es freilich hier ebenso einiger Ausnahmen: In rascher Folge geschlossene neue Rohstoff-Deals mit diversen fossilen Autokratien, treiben durch ›Diversifizierung der Bezugsquellen‹ die Entkopplung von Russland voran. Auch hier trifft grüner Pragmatismus auf breite mediale Resonanz: Es sei »utopisch, dass Deutschland alle seine Rohstoffe aus funktionierenden Demokratien bezieht« – es gäbe schlicht zu wenige. Auch sei ja nie garantiert, dass »Länder die heute demokratisch sind, es auch morgen noch bleiben« (Pinzler et al. 2022). Der tagesaktuelle Demokratiestand ist so beim Eingehen langfristiger Partnerschaften gleichgültig.

Während die Regierungs-Ampel für fossile Energien aus dem In- und Ausland dauerhaft auf Grün geschaltet ist und selbst der beschlossene Kohleausstieg wieder zur Disposition steht, sind auch einfachste Maßnahmen zur Senkung des Ressourcenverbrauchs undenkbar. Ein Tempolimit etwa, das Flüssigkraftstoff signifikant einsparen könnte, ist mit der FDP nicht diskutabel. Stattdessen garantiert der ›Tankrabat‹ (von dem v.a. Öl-Konzerne profitieren) die ›Freie Fahrt für freie Bürger‹ trotz Spritpreisexplosion. Von zumindest symbolischen Begrenzungen des Fleischkonsums – auch ein Hauptemissionsfaktor, von den Haltungsbedingungen nicht zu reden – haben sich die Grünen schon 2014 (nach dem der ›Vegi-Day-Debatte‹ folgenden Wahldebakel) verabschiedet. Der grüne Agrarminister überbietet seine CDU-Vorgängerin heute generell im Aufschieben der Agrarwende. Eine grüne Pauschalantwort auf leidige Frage hat der Bayer-Agrarvorstand aber bereits lanciert: »Muss der Naturschutz warten?« Nein! In der Lebensmittelknappheit im Zuge des Ukrainekriegs müssen wir nur »Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit« neu »zusammendenken« (Santos 2022). Konkret wird dazu etwa Glyphosat als zentrales Mittel der Ernährungssicherheit, des Klimaschutzes und des Erhalts der Biodiversität neu ausgeflaggt (vgl. ebd.).

Hoffnungen, der Krieg werde (bei allen Schrecken) ein Segen für die ökologische Wende, führt all dies ersichtlich ad ab-

surdum. Selbst tragende Stimmen der Verschränkung von Klima- und Sicherheitspolitik konstatieren inzwischen, die »offenkundige Fusion von Freiheitsschutz und Klimaschutz« beschleunige »die Abkehr von der fossilen Sucht nicht«; sie führe nur zur »hektischen Suche nach anderen Dealern« (Engel/Ulrich 2022). Im Kontext der Geschichte der Wechselwirkungen von Klima- und Krisenpolitik ist das allerdings wenig überraschend und das Projekt eines grünen Wachstums im deutschen Nationalkapitalismus war von jeher ein paradoxes Unterfangen mit verheerenden ökologischen Konsequenzen.

### EINE KURZE REALGESCHICHTE DES VERHÄLTNISSES VON KLIMA- UND NOTSTANDSPOLITIK UND GLOBALE KOLLATERALSCHÄDEN HEGEMONIALER KLIMAPOLITIK MADE IN GERMANY

Ökologische Destruktiveffekte von Kriegen, die CO<sub>2</sub> Bilanzen des Wiederaufbaus oder der Umstand, dass das Militär der größte globale ›Klimakiller‹ ist,<sup>5</sup> sprechen eigentlich hinreichend gegen ökologische Positiveffekte von Krieg und Notstandspolitik. Aktuelle Ambitionen, »Militär und Klimaschutz« für eine grüne Aufrüstung zusammen zu denken, um die Bundeswehr zur »Öko-Truppe« umzubauen (Cwiertnia et al. 2022), ändern daran wenig. Jenseits dieser unmittelbaren Effekte, führten disruptive Schocks bislang stets nur zur Vertagung der Klimawende oder führten die avisierten Maßnahmen ad absurdum.

Die auf der Konferenz von Rio (1992) in der *Agenda 21* und der *Klimarahmenkonvention* verankerten Ziele (inklusive Ausgleich des Nord-Süd-Gefälles und klimapolitischer Generationengerechtigkeit) gerieten unter die Räder der durch Wettbewerbsförderung, Deregulierung und staatlicher Wachstumsstimulation bestimmten neoliberalen Restrukturierung der Weltwirtschaft und der nationalen Wettbewerbsstaaten. In der BRD wurden solche Reformen unter Grüner Regierungsbeileitung durchgesetzt, wobei einige nationalökologische Erfolge (v.a. das EEG) an der globalen Gesamtbilanz wenig ändern. Als die lange verzögerte Endformulierung des Kioto-Protokolls (1997) im Sommer 2001 endlich zur Ratifizierung vorlag, wurde das als ›Sternstunde‹ multilateraler Klimapolitik gefeiert. Kurz darauf verschoben die Anschläge des 11. September und der folgende ›War on Terror‹ den geopolitischen Fokus grundlegend. Den USA ermöglichte das den endgültigen Rückzug von der Ratifizierung des Protokolls. Dieses trat erst 2005 in einer weiter entkernten Fassung in Kraft, die v.a. Interessen der russischen Kohle-, Gas- und Ölwirtschaft berücksichtigte, um Russland zur Ratifizierung zu bewegen. Restambitionen, wenigstens die weichgespülten Kyoto-Beschlüsse umzusetzen, erhielten ihren Todesstoß dann ab 2007 im Notstand der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise. Kurzfristige nationale Wirtschaftsrettungs-, Konjunktur- und Wachstumsimpulse (in der BRD etwa ›Abwrackprämie‹ und ›Wachstumsbeschleunigungsgesetz‹) und langfristige Restrukturierungen der Weltwirtschaft verschärften die ökologischen Destruktionseffekte. Die engere Kopplung von Agrar- und Finanzsektor

5 Ein B-52 Kampfflugzeug verbraucht je Stunde so viel Treibstoff wie eine durchschnittliche Autofahrer:in in sieben Jahren. Die durchschnittliche Jahresemission der US-Army übersteigt die Schwedens oder Portugals und im ›War on Terror‹ emittierten allein die US-Einsätze über 1,2 Milliarden Tonnen Treibhausgas. Vgl. Cwiertnia et al. 2022.





Abb. Der Beginn wundervoller Partnerschaften mit neuen fossilen Rohstoffdealern in Katar. Habeck beim Abschied auf dem Flughafen Doha vor dem Weiterflug nach Abu Dhabi (März 2022)

kurbelte etwa die Land- und Agrargüterspekulation an, wobei die Bio-Kraftstoff-Produktion (ein Eckpfeiler deutscher Klimapolitik) zur Haupttriebkraft des globalen Landgrabbing wurde. Großflächige Buschlandrodungen und die Zerstörung kleinteiliger Anbauflächen trugen hier zur Vernichtung von Biodiversität sowie von wichtigen Quellen des Abbaus und der Bindung von CO<sub>2</sub> bei. Abgesehen von den sozialen, politischen und ökonomischen Verheerungen in den Zielregionen, verschärfte diese Form von Klimaschutz also die Klimakrise.<sup>6</sup> 2015 galten die *Sustainable Development Goals* der UN und das *Pariser Klimaabkommen* als Neubeginn globaler Klimapolitik. Sie wurden aber durch die Migrationskrise, den Aufstieg des Rechtspopulismus und verstärkte Renationalisierung der Interessenpolitiken überlagert. Trotz des Wissens, dass der Klimawandel ein Hauptfaktor des wachsenden Migrationsdrucks ist,<sup>7</sup> stand die Klimapolitik erneut zurück. Als die Prognosen des Weltklimarats immer drastischer ausfielen, die sich anbahnende Klimakatastrophe in vermehrten Wetterextremen spürbare Gegenwart wurde und fast allen Parteien die *Fridays for Future* Bewegung

verbal umarmten, verschoben dann die Corona-Krise und die Folgekosten der Lockdowns die mediale Aufmerksamkeit und die politische Gestaltungsenergie auf das Prinzip ›Corona First‹ (Meer 2020).

Ein Rückblick auf 30 Jahre Klimapolitik – in deren Effekt der globale CO<sub>2</sub> Ausstoß von ca. 22 Milliarden Tonnen (1992) auf ca. 36 Milliarden Tonnen (2021) jährlich stieg – kommt zum Fazit: »Immer war was anderes«; Klimapolitik wurde stets »anderen Prioritäten« geopfert. Beispiele dafür, dass »Krisen quasi wie von selbst« hier ein höheres »Ambitionsniveau« bewirken, »finden sich jedenfalls nicht« (Loske 2022). Der Corona ablösende Kriegsnotstand fügt sich nahtlos in dieses Muster. Notstandspragmatismus bietet v.a. dankbare Gründe für die Neuvertagung der Klimawende, für Inkonsequenzen bei ihrer Umsetzung oder für ökologische Krisen verschärfende nationale Maßnahmen. Das (bereits am grünen Wahlprogramm und am Koalitionsvertrag absehbare) Verfehlen der Klimaziele kann nun zudem auf exogene Schocks der ›Zeitenwende‹ und

6 Vgl. dazu und zur Einordnung in Genealogien und Strukturen der kapitalistischen Weltwirtschaft: Heim 2022.

7 Siehe dazu den Migrationsschwerpunkt in: kultuRRevolution Nr. 76 (2019).

die Schuld Putins zugerechnet werden. Das gilt selbstverständlich auch für ökologische Destruktionseffekte *deutscher* Notstandspolitik: Da diese ja nur auf den Aggressor reagiert, seien etwa auch die durch den LNG Ausbau bedrohten Schweinswale »als Opfer Wladimir Putins« zu zählen (so Ulrich 2022b).

Selbst wenn die Schuldenbremse nicht nur für die Aufrüstung, sondern auch für die sicherheits- und verteidigungspolitisch aufgewertete Klimawende ausgehängt bleiben sollte, sind die Prioritäten im schlichten Kontrast des Bundeswehr-Sondervermögens von 100 Milliarden Euro zu den Ausgaben für die Energiewende deutlich. Zudem bleibt *jede* Energiewende ohne Reduktion des absoluten Energieverbrauchs (der wiederum eine radikale Transformation der Wirtschaftsform erfordert) in der globalen Ökologiebilanz eine Mogelpackung. So sind Solarzellen ein energie- und rohstoffintensives Produkt, das in Produktionsländern mit niedrigen Umweltstandards hohe ökologische Belastungen verursacht. Wachstumspakete zur Förderung des Kaufs E-mobiler Neuwagen oder effizienter Neugeräte sind klimapolitisch meist kontraproduktiv, da der globale Emissionsaufwand bei der Produktion die Einsparung in der durchschnittlichen Laufzeit übersteigt. Die Akkus zu den 15 Millionen E-Autos, die die Grünen bis 2030 auf deutsche Straßen bringen wollen, setzen die entgrenzte Extraktion begrenzter Ressourcen mit toxischen Methoden voraus, die im ›globalen Süden‹ die Lebensgrundlagen ansässiger Bevölkerungen, aber auch lokale Ökosysteme zerstört. Dies gilt ebenso für die (in deutschen Nachhaltigkeitsszenarien zentrale) Aneignung des in synthetischen Kraftstoffen gespeicherten ›Energieüberschuss‹ Nordafrikas.

Dies sind nur einige Beispiele für das oft verzeichnete Haupthindernis der Verwirklichung des Traums einer durch den Kriegsnotstand beförderten Klimawende: Klimaschutzpolitik wäre nur als globales Programm auf inter- und transnationaler Ebene realisierbar und hätte v.a. eine tiefgreifende Transformation der Wirtschafts- und Lebensformen sowie der globalen Ausbeutungsstrukturen zur Grundbedingung – nach dem Prinzip ›alle oder keine:‹ bzw. ›alles oder nichts‹. Eigentlich ist das ein Gemeinplatz, der selbst in den (an Selbstillusionierungen auch nicht armen) *Sustainable Development Goals* der UN verankert ist. Deren Grundprämissen lauten: »Integration: the Goals are inter-connected in a system. We cannot aim to achieve just one Goal. We must achieve them all«; »Universality: goals apply to every nation and every sector«; »Transformation: achieving these Goals involves making fundamental changes in how we live on Earth.« Das meint konkret, dass Klimapolitik (SDG 13) nur unter den Voraussetzungen sozial- und ökologisch verantwortlicher Produktions- und Konsumketten (SDG 12), des Abbaus von Armut (SDG 1) und Hunger (SDG 2), der Ermöglichung guter Arbeitsbedingungen (SDG 8) in allen Ländern sowie der Sicherung des Zugangs zu Wasser (SDG 7) und Gesundheitsversorgung (SDG 3) für alle Menschen möglich wäre, was neben Frieden (SDG 16) v.a. den Abbau globaler Ungleichheiten (SDG 10) und globale Partnerschaft bei der Umsetzung der Ziele (SDG 17) erfordert. Letzteres hieße etwa,

dass Staaten des kapitalistischen Zentrums wenigstens Bruchteile ihrer historischen Klimaschulden bei Ländern der globalen Peripherie begleichen.

Das wäre das exakte Gegenteil des Heroismus nationaler Selbstbehauptung in jüngsten Verschaltungen von Klima und Krieg. Allerdings prägt grüne Politik seit Jahrzehnten der (den SDG gegenläufige) Trend, primär die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Maximalkonsum mit ökologisch sauberen Statistiken für die eigene ›Nationalscholle‹ anzustreben, um ökologisch und sozial schmutzige Produktionsschritte in andere Weltregionen auszulagern – unter strategischer Ausnutzung und Vertiefung globaler Ausbeutungsstrukturen. Gerade die avisierte deutsche Energie- und Mobilitätswende setzt eine ökologisch destruktive Extraktionswirtschaft in anderen Ländern (bevorzugt des ›globalen Südens‹ fallweise aber auch in der europäischen Semiperipherie) voraus, damit sich der ökologische Krisenexporteur Deutschland dann mit einiger Penetranz zugleich als Klimavorreiter inszenieren kann. *Ökologisch* begründete Widerstände gegen Kollateralschäden deutscher Klimapolitik in anderen Ländern, gelten dann nicht als Protest gegen die Ausbeutung und Vernichtung von Ressourcen, sie sind als Aufstände ›rückständiger Bauern‹ zu verurteilen, die aus reaktionären, nationalistischen Motiven ›unsere Energiewende‹ ausbremsen.<sup>8</sup>

Zur nachhaltigen Bilanz dieser Politik zählen dabei (neben ökologischen Verwüstungen): die Enteignung, Vertreibung und (wo nötig) Ermordung ansässiger Menschen, als Basis der Landnahme zur grünen Energieproduktion; die Zerstörung von Lebensgrundlagen, Produktionsstrukturen und Gemeinschaften; die Korruption lokaler Eliten, die die nötigen Maßnahmen gegen die Bevölkerung durchsetzen; damit auch die Erosion politischer Legitimität, die Destabilisierung nationaler Regierungen, die Zerstörung lokaler soziopolitischer Strukturen und mit all dem verbunden: die Zunahme inner- und zwischenstaatlicher Gewalt.<sup>9</sup> Die post- und neokoloniale Schlagseite der Klimapolitik des ›globalen Nordens‹ zeigt sich letztlich auch in den alle Verhandlungen der Weltklimakonferenzen prägenden Hegemonieverhältnissen, die sich an den gewählten Orten der nächsten Klimagipfel gleichsam pragmasymbolisch verdichten: abgelegene Luxusresorts in autokratischen Staaten – Scharm el-Scheich für den COP27, Arabische Emirate für den COP28 – erschweren die Teilnahme von Delegationen und Klimaaktivist:innen aus dem ›globalen Süden‹ (die durch das Akkreditierungssystem ohnehin behindert wird) und schließen zivilgesellschaftlichen Protest nahezu aus.<sup>10</sup>

In den skizzierten Kontexten fungiert Klimaschutz *made in Germany* als tragendes Moment des Kampfs um die Sicherung einer Hegemonieposition in globalen Verteilungskämpfen. In der ›Externalisierungsgesellschaft‹ (S. Lessenich) der Gegenwart ringt die BRD primär um die Abwälzung globaler ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisenlasten aus ihrem grünen ›Heimatschutzgebiet‹ (vgl. u.a. Habeck 2018). Dass der Kampf um kriegswirtschaftliche Autarkie die Grünen nun zwingt, die

8 Exemplarisch schildert Ladurner (2022) in der ZEIT den Kampf serbischer Bauern gegen den Lithium-Abbau zur Produktion deutscher E-Autos primär als rückständigen, irrationalen Nationalismus: Die Verteidigung der »serbischen Erde« bringe die »Klimapolitik der EU in Schwierigkeiten«. Im Übrigen scheint ›der Serbe als solcher‹ der Putinkomplizenschaft nicht unverdächtig.

9 Vgl. am Beispiel der Bio-Kraftstoffproduktion etwa Matondi et al. 2011.

10 Vgl. dazu das aufschlussreiche Interview mit dem ukrainischen Klimaaktivisten Ilyess El Kortbi (2022).

ökologischen Verwüstungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf die eigene nationale Scholle zurückzuholen und auch dort zu intensivieren, dürfte ihr größter Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit bleiben.

### KAMPF UM NATIONALE SELBSTBEHAUPTUNG IN GLOBALEN ESKALATIONSSPIRALEN ODER GLOBALE ÜBERGÄNGE ZU ANDEREN SOZIALÖKOLOGISCHEN REPRODUKTIONSZYKLEN?

Im gegenwärtigen geopolitischen Notstand kristallisieren sich an den militärischen Eskalationen in der Ukraine Konturen einer neuen globalen Blockspaltung heraus (siehe u.a. W. Kastrups Beitrag). Die Bedingungsfaktoren der (im Einzelnen kontingenten) Ereignisverkettungen und Entscheidungen bilden dabei langfristige globale Trends und Kriseneskalationen in den Kopplungen verschiedener gesellschaftlicher Zyklen (siehe J. Links Beitrag). Den strukturell tendenziell dominanten Basiszyklus der Kapitalakkumulation (monetäres Wachstum), an den via Lohnarbeit, Steuern und Staatsschuld alle anderen gesellschaftlichen Zyklen gekoppelt sind, prägt dabei seit den 1970er Jahren eine strukturelle Akkumulationskrise. Eine kontinuierliche Überproduktion von nach Absatz suchenden Waren geht mit fortgesetzten Wachstums- und Profitklemmen einher. Bezüglich des Wachstumszyklus wurde dies durch eine Serie globaler Über- und Umschuldungskonstrukte zur Absatz- und Wachstumsstimulation gemanagt: Überschuldung der globalen Peripherie ab den 1970er Jahren; Überschuldung der Staatshaushalte des Zentrums in den 1980er und 90er Jahren (etwa durch militaristisches deficit spending im Wettrüsten); Überschuldung der Privathaushalte ab den 1990er Jahren. Möglich war das nur durch eine Deregulierung des Finanzsektors, die zugleich die Schuldenverschiebung in immer höherstufigen Derivatkonstruktionen erlaubte. Nach dem Kollaps der Spekulationsblasenökonomie folgten ab 2007 eine neue Explosion der Staatsverschuldung zur Wirtschaftsrettung und neuen Spekulationsökonomien. Die Profit-Sicherung und die Schuldendeckung beruht dabei vermehrt auf ›ursprünglicher Akkumulation‹, also auf der nicht-produktiven An- und Entzweiung gesellschaftlicher Ressourcen und ihrer ›Inwertsetzung‹. Diese globale Bottom-Up-Umverteilung qua Landgrabbing, Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Güter etc., führt zu gravierenden Friktionen und Krisen in den sozialen und politischen Zyklen – Öffnung der sozialen Schere, Erosion des Systemvertrauens, Rechtspopulismus, Renationalisierung der Interessenpolitiken, Desintegration der EU.<sup>11</sup>

Hinsichtlich des Kapitalzyklus markiert dabei die enorm gewachsene und weiter wachsende Arbeitsproduktivität einen innerhalb der Wirtschaftsform unlösbaren Strukturantagonismus: Die Nutzung menschlicher Lohnarbeit zur Warenproduktion ist die Grundlage *jeder* kapitalistischen Wert(ab)schöpfung. Steigende Arbeitsproduktivität bedeutet aber, dass für die Produktion immer größerer Warenmassen immer weniger gesellschaftliche Arbeit nötig ist. In der Marktkonkurrenz lässt der Güterüberfluss dabei die mit dem Absatz eines gegebenen Warenquantums realisierbaren Preise und Profite fallen. Zur Fortsetzung der Akkumulation qua Arbeitskraftverwertung müssen so immer mehr neue Waren immer schneller produziert werden. Ihr Absatz ist nur durch Verringerung

der Lebensspanne (geplante Obsoleszenz) und systematische Gütervernichtung zu sichern. So macht die Vernichtung des Großteils der Vorjahreskollektionen zur Absatzsicherung neuer Kollektionen in der Kleidungsindustrie enorme Fortschritte; Abwrackprämien (relativ ineffizient), Kriege (hocheffektiv) Agrargüterspekulation (stetig steigender Beitrag zur Lebensmitteleliminierung) sind weitere Beispiele.

Die Verwertung von Arbeitskraft bleibt also nur möglich, wenn zugleich der Durchsatz von Naturstoffen und Energie je Arbeitszeiteinheit stetig erhöht wird. Damit ist innerhalb der gesellschaftlichen Naturverhältnisse eine immer höherstufigere Eskalation des Antagonismus des entgrenzten Akkumulationszyklus zu den ökologischen Reproduktionszyklen unvermeidbar (wachsende Emissionen, Desertifikation, Artenvernichtung etc.). Der Motor dieses »destruktiven Wachstums« (A. Gorz) kann staatlich nicht einfach ›abgeschaltet‹ werden, da die Staatshaushalte selbst und alle durch Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- oder Umweltausgaben moderierten Reproduktionszyklen qua Steuern und Staatsschuld ebenso untrennbar an den Kapitalzyklus gekoppelt sind wie die Lohnarbeit (als zentrale Schaltstelle der Systemintegration individueller Lebenszyklen). Daher zielt staatliche Politik wesentlich auf die Reanimation alter oder die Implementierung neuer Wachstumskurven, was globale sozialökologische Destruktionsdynamiken weiter anheizt.

In diesen Konstellationen kämpfen nationale Wettbewerbsstaaten in der globalen Konkurrenz zunehmend um die Vermeidung des eigenen Abstiegs und die Krisenexternalisierung. Dabei bedienen sie sich aller Mittel, die ihnen jeweils verfügbar sind (inklusive strategischer Bündnis- und Blockbildungsoptionen). Das ist auch bei den laufenden geostrategischen Ausrichtungskonflikten und militärischen Eskalationen zu berücksichtigen. Jenseits der Medienpsychologien zu ›Putins Innenleben‹, befindet sich Russland in der prekären Position einer ehemaligen ›Supremacht‹, die auf den Status einer wirtschaftlich semiperipheren (vom Rohstoffexport abhängigen) Regionalmacht zurück gefallen ist. Angesichts des strukturell ungleichen Tauschs im Zentrum-Semiperipherie-Verhältnis, hat es vom Ausbau der Westbindung seit den 1990ern deutlich weniger profitiert als erwartet und ist vielmehr von weiteren Abstufungen akut bedroht. Zugleich verfügt es über enorme Militärkapazitäten. Eine offene Imperialstrategie zur Annektion neuer Extraktionsquellen (›Kornkammer Europas‹) und sowohl handels- als auch militärstrategischer Knotenpunkte (Schwarzmeerhäfen) ist hier eine hochriskante und in nichts legitime, aber doch *rationale* Option – zumal wo die Nato Osterweiterung auch militärstrategische Interessen bedroht (siehe W. Kastrups & C. Knoblochs Beiträge). Die USA befinden sich in der Position einer seit den 1990ern gegen den ökonomischen und geopolitischen Abstieg kämpfenden Hegemonialmacht im Niedergang, die in einer chaotischen multipolaren Welt zumindest die Emergenz einer neuen ›Supermacht‹ zu verhindern sucht (vgl. Wallerstein 2003). Eine neue Blockspaltung (Decoupling von Russland und China) eröffnet hier Chancen zur Festigung prekärer ökonomischer und geostrategischer Bündnisse (siehe J. Links Beitrag). Dabei haben die USA ihre ökonomische Hegemonie eingebüßt, können aber dank des nicht überbietbaren militärischen Drohpentials den ›Schutz-

11 Vgl. zur Detailanalyse der Krisenserien u.a. Heim 2017: 41-61.



macht-Status ausspielen. Deutschland hat als Weltmeister des ökonomischen und sozialökologischen Krisenexports und v.a. ab 2007 als globaler Krisenprofiteur eine ökonomische und im Binnenraum der Germano-Europäischen Union auch politische Führungsposition erlangt – obgleich mit prekärer Legitimitätsbasis (der Umgang mit ›Partnern‹ in der Staatsschuldenkrise hat verstimmt). Seine Optionen zur Wachstumsanreizung (inklusive grünen Wachstums) sowie zum Eingehen multilateraler geostrategischer und ökonomischer Partnerschaften sind daher (noch) relativ hoch. Die temporäre ökonomische Ablösung von den USA und der Ausbau der Bindung zu Russland und China (gegen erklärte US-Interessen) zeigt das klar. Militärisch bleibt die BRD (vorerst) existentiell auf die US-Bindung innerhalb der Nato angewiesen. Ökonomisch und geostrategisch kann in der Neuvertiefung des ›transatlantischen Bündnisses‹ aber nun mindestens(!) ›Partnerschaft auf Augenhöhe‹ beansprucht werden, während das Decoupling von Russland (trotz sozialer Friktionen) durch andere Rohstoffdealer ausgleichbar ist. Diesen Anspruch zumindest formulierte der SPD Vorsitzende Klingbeil in seiner Grundsatzrede zur Tiergartenkonferenz am 22.6.2022: In der »neuen Weltordnung« die »wir« gestalten, fungiere ein »starkes Europa«, das »seine strategische Autonomie« gegenüber Russland und China »klug und resilient« ausbaut, »als Kern« des neuen westlichen Zusammenstands, auch »im engen Schulterschluss mit den USA« und anderen (inferioren) Partnern. Innerhalb dieses »Kerns« habe »Deutschland den Anspruch einer Führungsmacht«. Nach »80 Jahren der Zurückhaltung« käme »uns« endlich »eine neue Rolle im Internationalen Koordinatensystem« zu: »Deutschland steht immer mehr im Mittelpunkt« der Welt. Die »neue Rolle als Führungsmacht« verlange »harte Entscheidungen« (finanziell, sicherheitspolitisch, militärisch) sowie den Umbau der EU. Neben dem raschen Ausbau, der »europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik« zur neuen »Säule« der Nato, sei generell das »Einstimmigkeitsprinzip« abzuschaffen (wohl nicht zu Lasten der ›Führungsmacht‹), um die EU »schlagfertiger, handlungsschneller« zu machen. Ob der Ex-Exportweltmeister sich dabei nicht ebenso ›verzockt‹ wie es Putin oft zugeschrieben wird, ist freilich eine offene Frage – zumal im Fall des Decoupling vom wichtigen Handelspartner China (siehe C. Knoblochs Beitrag).

Für gegenhegemoniale Bewegungen gibt es keinen Grund, sich in den geostrategischen Ausrichtungskämpfen des neuen Weltordnungskriegs (siehe W. Kastrups Beitrag) auf die Seite eines Staats zu stellen, was Solidarität mit ukrainischen *und* russischen Zivilbevölkerungen, gegenhegemonialen Bewegungen oder Flüchtenden und Desertierenden nicht ausschließt (siehe J. Links & C. Knoblochs Beiträge). Für die Ziele der Klimabewegung bringt der Krieg in jedem Fall nur Rückschläge – egal wer welche Siege und Gewinne einstreicht. Die stets dürftigen Ansätze zu inter- und transnationaler Kooperation (jenseits von Worthülsen) werden durch eine neue Blockspaltung und die parallele Vertiefung multipolarer Spannungen zwischen nationalen Selbstbehauptungspolitiken noch prekärer. Eine globale Klimawende müsste hingegen die größten Emittenten und Rohstoffexporteure (also Russland und China) einbeziehen, was bei weiterer Ost/West-Entkopplung endgültig zur Quadratur des Kreises wird. Sichtbar wird das schon jetzt an den Vor-

bereitungen zum UN Klimagipfel im November: Im Schatten des Krieges verlaufen diese noch schleppender, verzetteln sich noch mehr in Diskussionen von Details (die eher für Nationalinteressen als für das Klima relevant sind) und blenden globale Zusammenhänge noch weiter aus als ihre Vorgänger (vgl. El Kortbi 2022).

Dennoch bleiben alle Bedingungen des guten Lebens für Alle greifbar vorhanden: Schon vor der Militäreskalation in der global relevanten ›Kornkammer‹ Ukraine wurden 56 % der jährlichen globalen Kalorienproduktion nicht bedürfnisorientiert verteilt, sondern durch Agrarspekulation, Fehlallokation oder zur Preisstabilisierung vernichtet. Jenseits monetärer Verwertungsprinzipien und Nationalinteressen wäre es keine Magie, diesen stofflichen Reichtum so zu verteilen, das niemand hungern und frieren oder auf sein (langlebigeres) Smartphone oder Reisen (die Reduktion von Bullshit-Arbeit ließe genug Zeit für Bahn und Schiff) ›verzichten‹ muss. Jenseits der Warenform wäre es ebenso wenig Magie, die Reproduktion des Güterreichtums im Einklang mit nicht mehr wachstumsgetriebenen sozial-ökologischen Reproduktionszyklen zu moderieren. Beides braucht kein ›männliches‹ Verzicht-, Leidens- und Kampfetos, sondern ›weibliche‹ Verständigung, Abstimmung, wechselseitige Empathie und Rücksichtnahme, Konsensfindung.<sup>12</sup> Die globale Verdattung und digitale Vernetzung, die heute für profitgetriebene Algorithmen genutzt wird, könnte die bedürfnisorientierte globale Abstimmung enorm erleichtern.

Die Chancen, solche Potentiale zu nutzen, stehen schlechter denn je und verschlechtern sich weiter (just im Moment, in dem dieser Satz getippt wird). Alle Versuche in diese Richtung werden damit nur umso wichtiger. Auch das braucht keinen Heroismus, sondern geduldige praktische Kooperation und reflexiv-kollektive Lernprozesse. Immerhin reflektieren auch Klimaaktivist:innen, die die Anlehnung an Parteien intensiv suchten, dass Klimapolitik nicht parteigetriebene Notstandspolitik im Kriegsmodus sein kann und transnational vernetzte gegenhegemoniale Bewegungen braucht – so etwa Neubauer (2022) an prominenter Stelle in der ZEIT. Trotz der Trends zum binären Reduktionismus sind insofern komplexe Widerspruchskonstellationen auch im mediopolitischen Interdiskurs noch benennbar. Dass Möglichkeiten differenzierter kritischer Positionierungen (und kritischer Diskursanalysen) gegeben bleiben, spricht für fortbestehende Chancen neuer gegenhegemonialer Assoziationen. Ihr Einfluss muss nicht so gering bleiben, wie es momentan scheint.

**Tino Heim ist Sozialwissenschaftler und schreibt u.a. regelmäßig in der Kulturrevolution.**

<sup>12</sup> Es geht hier nicht um Geschlechteressentialismus, sondern um historisch konstruierte Diskurs- und Rollenpositionen, wie sie etwa auch hinter Konzepten »feministischer Außenpolitik« stehen (siehe den Beitrag von M. Stitz).



## LITERATUR:

- Bauchmüller, M. 2022: Robert Habeck und die Grenzen der Schweinswalliebe. In: SZ 5.5.2022.
- Cwiertnia, L./Friederichs, H./Joeres, A. 2022: Die Öko-Truppe. In: ZEIT Nr. 23/2022.
- El Kortbi, I. 2022: Ich nenne den Krieg Klimakrieg. In: Klimareporter 21.6.2022.
- Engel, F./Ulrich, B. 2022: Der verletzte Mensch. In: ZEIT Nr. 25/2022.
- Habeck, R. 2022: Es geht darum, sich nicht mehr so eng an Russland zu binden. In: Deutschlandradio 2.3.2022.
- Habeck, R. 2018: Grünen-Chef Habeck über Heimat. In: T-Online Nachrichten 25.3.2018.
- Heim, T. 2017: Der politische Rechts(d)ruck, die prozesierten Widersprüche des Neoliberalismus und die Strukturkrise kapitalistischer Vergesellschaftung. In: Aigner, I./Paul, J./Wamper, R./ (Hg.): Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa. Münster.
- Heim, T. 2020: ›Corona‹ als Katalysator der Diskursivierung gesellschaftlicher Antagonismen und als Faktor möglicher transnormalistischer Fluchtlinien? In: kultuR-Revolution Nr. 79.
- Heim, T. 2022: Mit grünen Sedativa und grünem Wachstum gegen ökologische Katastrophen? Denormalisierung sozial-ökologischer Reproduktionszyklen im grünen Kapitalismus. In: kultuRRevolution Nr. 82.
- Ladurner, U 2022: Umweltprotest in Serbien: Der Bauernaufstand. In: ZEIT Nr. 22/2022.
- Loske, R. 2022: Putins Ukrainekrieg als Katalysator für die Energiewende? In: Klimareporter 28.3.2022.
- Matondi, P.B./Havnevik, K./Beyene, A. 2011: Biofuels, Land Grabbing and Food Security in Africa. London.
- Matzig, G. (2022): Klimawandel und Krieg: Wir sind Helden. In: SZ 27.4.2022.
- Meer, D. 2020: Kommunikation von ökologischer Nachhaltigkeit – Zur Funktion von Analogiebehauptungen im Rahmen der Klima-Corona-Krise. In: kultuRRevolution Nr. 79.
- Neubauer L. 2022: Nur weil die Richtigen regieren, wird nicht gleich richtig regiert. In: ZEIT Nr. 24/2022.
- Pinzler, P./Sauerbrey, A./Schieritz, M. 2022: Ganz bei uns. In: ZEIT Nr. 16/2022.
- Praschl, Wenn der Prepper recht behält. In: Welt 2.5.2022.
- Santos, R. [im Interview mit Grefe, C./Tönnemann, J.] 2022: Muss der Naturschutz warten? In: ZEIT Nr. 16/2022.
- Schönberg, K. (2022): Artenschutz in Kriegszeiten: Sorry, liebe Schweinswale! In: TAZ 5.5.2022.
- Theurer, M. (2022): Habeck startet Flüssiggas-Offensive. In FAZ 29.1.2022.
- Ulrich, B. 2022a: Energiewende. Die Dämonen besiegen! In: ZEIT Nr. 11/2022.
- Ulrich, B. 2022b: Klimapolitik und Krieg: Sag mir, wo noch Blumen sind. In: ZEIT Nr. 20/2022.
- Wallerstein, I. 2003: The Decline of American Power. The U.S. in a Chaotic World. New York.
- Walsh, A.: Russlands Krieg in der Ukraine als Chance für das Klima. Deutsche Welle 4.4.2022.

## CROWDFUNDING UNRAST-VERLAG

»RETTET UNSER HERBSTPROGRAMM 2022!«

Aufgrund von Entwicklungen auf dem Weltmarkt und dem Krieg in der Ukraine (Papierkrise, Energiepreise etc.) sind die Druckkosten für Bücher stark gestiegen. Gleichzeitig haben Leser\*innen wegen der hohen Inflation weniger Geld über und der Umsatz ist eingebrochen. Deshalb startet der Unrast Verlag ein Crowdfunding zur Unterstützung bei den Druckkosten seines Herbstprogramms. Er bittet alle Leser\*innen und all jene, denen unabhängiges, kritisches und solidarisches Verlegen wichtig ist, um Hilfe.

<https://www.startnext.com/unrast>



*Angesichts Russlands Ukraine-Invasion werden wir daran erinnert, dass es dem grünen Kapitalismus gelungen ist, den technologischen Solutionismus in die Matrix des Krieges zu integrieren, wie das Drängen auf die Lieferung und Entwicklung von Waffen zeigt. Es handele sich um pragmatische Lösungen, wie die grünen Parteien in Frankreich, Deutschland und Bulgarien behaupten. Doch stellt diese Abkehr vom »Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit« nicht zuletzt ein Ende der Welt in Aussicht, das sogar früher einsetzen könnte, als es die Gewalt der Klimakatastrophe vorsieht, wie die Klimagerechtigkeitsaktivistin und Journalistin Rositsa Kratunkova in einem Beitrag Textreihe "After Extractivism" der Berliner Gazette argumentiert, den wir hier mit freundlicher Genehmigung nachdrucken.*

# Mehr Krieg, um den Krieg zu beenden?

## EUROPAS GRÜNE PARTEIEN AUF BELLIZISTISCHEN IRRWEGEN

Von Rositsa Kratunkova

Einen Monat nach Kriegsbeginn hat der IPCC, eine internationale Expert\*innenengruppe der UNO, die sich mit dem Klimawandel befasst, den dritten Teil seines sechsten Berichts veröffentlicht, der sich mit den möglichen Lösungen zur Vermeidung einer planetarischen Katastrophe befasst. Doch nur wenige Politiker\*innen in Europa haben den Bericht zur Kenntnis genommen und sich mit der Dringlichkeit der Situation auseinandergesetzt, die nach Ansicht der Expert\*innen nur drei Jahre Zeit zum Handeln lässt.

Während ihrer fast dreistündigen Debatte widmeten die beiden Anwärter\*innen auf die französische Präsidentschaft, Marine Le Pen und Emmanuel Macron, der Klimafrage nur 18 Minuten. Das zeigt, dass sie eindeutig keine Priorität hat. Man könnte argumentieren, dass dies auf die Invasion in der Ukraine zurückzuführen ist und ihre weitreichenden Folgen. Andere wichtige Themen wurden in den Hintergrund gedrängt und die politische Agenda auf dem gesamten Kontinent veränderte sich.

Ein bisher eher unerwarteter Effekt ist, dass die grünen Parteien die Aufrüstung befürworten und ihr Bekenntnis zum Pazifismus aufgeben, wobei sie vergessen, dass Kriege große Mengen an Treibhausgasen produzieren und katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt haben. Dieser Artikel zeichnet die Entwicklung der Grünen in Frankreich, Deutschland und Bulgarien seit dem Beginn des Konflikts nach und untersucht die Veränderungen ihrer Positionen zum Krieg.

### DIE GRÜNEN IN FRANKREICH: DER MÜDE RAHMEN DER »HUMANITÄREN INTERVENTION«

Seit ihrer Gründung in den 1980er Jahren stehen die französischen Grünen in der Außenpolitik in der Tradition des Pazifismus und vertreten gewaltfreie, antinukleare und antimilitärische Positionen. Einer ihrer wichtigsten Werte ist die Überzeugung<sup>1</sup>, dass Konflikte durch Diskussion und Transparenz friedlich gelöst werden können. In diesem Sinne stimmte die Partei 1990 fast einstimmig gegen den Einmarsch des Irak in Kuwait. Einige Jahre später wurde der Pazifismus der Grünen jedoch von einigen Ausnahmen unterbrochen. Im Jahr 1999 unterstützte die Partei<sup>2</sup> die NATO-Militärintervention im Kosovo, 2011 stimmten zwei Abgeordnete für die Fortsetzung der Militäroperationen in Libyen und zwei Jahre später unterstützte die Parteiführung den Angriff auf Syrien. Heute rechtfertigt die Partei die Anwendung von Gewalt mit dem abgedroschenen Begriff der »humanitären Intervention«.

Auch der Parteivorsitzende und Präsidentschaftskandidat Yannick Jadot rief unmittelbar<sup>3</sup> nach Beginn des Krieges in der Ukraine am 24. Februar dazu auf, Waffen zu schicken und Sanktionen gegen Russland zu verhängen, eine Entscheidung, die von den Parteimitgliedern nicht einstimmig unterstützt wurde. Die Abgeordnete Bénédicte Monville argumentierte, dass man zunächst einen Waffenstillstand fordern und die Positionen der Gewaltlosigkeit aufrechterhalten müsse, bevor man Waffen

1 <https://idf.eelv.fr/histoire/>

2 [https://www.liberation.fr/france/1999/04/19/les-verts-revetent-le-treillis-au-nom-du-pacifismeles-ecologistes-ont-approuve-la-poursuite-de-la-gu\\_271500?redirected=1](https://www.liberation.fr/france/1999/04/19/les-verts-revetent-le-treillis-au-nom-du-pacifismeles-ecologistes-ont-approuve-la-poursuite-de-la-gu_271500?redirected=1)

3 <https://twitter.com/yjadot/status/1496763649343504384>

schicke, und sah in Jadots Aktion eine populistische Strategie, um die eher hawkistischen<sup>4</sup> Wähler zu gewinnen. Andere forderten, zuerst den russischen Pazifist\*innen zu helfen. Dies steht in deutlichem Gegensatz zu der 2014 von der Partei nach den Maidan-Ereignissen verabschiedeten Resolution zum Frieden in der Ukraine<sup>5</sup>, in der sie erklärte, dass der Druck der EU auf Russland nur diplomatisch, politisch und wirtschaftlich und niemals militärisch sein kann, und darauf bestand, dass die Aufnahme der Ukraine in die NATO ausdrücklich ausgeschlossen werden muss.

Zusätzlich zu den Waffenlieferungen forderte Jadot massive Sanktionen gegen die Staatsoligarchie des Putin-Regimes und bekräftigte, dass ein Friedensprojekt notwendigerweise ein Gleichgewicht der Kräfte *vis-à-vis* Putin voraussetzt. Dazu gehöre eindeutig ein Embargo für russisches Öl und Gas, das sich unweigerlich auf die Energiebeschaffungsmöglichkeiten Frankreichs und Europas auswirken würde. Um jeglichen Wettbewerb zwischen den Ländern zu vermeiden, schlug der Parteivorsitzende der Grünen vor, einen einzigen Staat in Europa als Abnehmer des in Russland geförderten Gases zu benennen, um so die EU-Richtlinien zur Liberalisierung der Energiepreise auszusetzen und eine Preisregulierung einzuführen. Außerdem schlug Jadot vor, auf Supermärkten, Schulen und anderen Flachdächern Fotovoltaikanlagen zu installieren, denn Ökologie bedeute »Frieden, Klima und Kaufkraft zugleich«. Den IPCC-Bericht erwähnte er allerdings nur flüchtig in einem einzigen Tweet<sup>6</sup>.

Inmitten des Kampfes mit den russischen Oligarchen ist Jadot der Meinung, dass das Öl- und Gasembargo auf die französischen Ölgesellschaften ausgedehnt werden muss, und kritisiert sie dafür, dass sie Russland nicht verlassen haben, wie Shell, Exxon Mobil und BP, was impliziert, dass sie an Kriegsverbrechen<sup>7</sup> in der Ukraine beteiligt sind. Es ist ziemlich offensichtlich: not all of them left<sup>8</sup>. Auf dem Höhepunkt des Präsidentschaftswahlkampfes forderte Jadot, Macron solle französische Ölfirmen zwingen, Russland zu verlassen.

In diesem Debakel bezeichnete der andere grün-linke Präsidentschaftskandidat der Union populaire Jean-Luc Melenchon den Vorschlag, Waffen in die Ukraine zu schicken, als »Dummheit« und fügte hinzu, dass die Lage in Europa derzeit unglaublich angespannt sei<sup>9</sup> und man vorsichtig handeln müsse. Für diese Position wurde der Vorsitzende der Linkspartei sofort von den Grünen beschuldigt, sich auf die Seite Putins zu stellen. Im Gegensatz zu Jadot lehnt Melenchon ein Embargo für

russische Kohlenwasserstoffe ab, da dies schädliche Auswirkungen auf Europa hätte und dessen Abhängigkeit vom teureren Schiefergas aus den USA verstärken würde. Stattdessen schlug er Preiskontrollen und einen einheitlichen Preis für ganz Europa vor. Während er den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj verteidigte, erklärte er außerdem, dass Frankreich in seinen internationalen Beziehungen bündnisfrei sein und die Möglichkeit haben sollte, seine eigenen Verhandlungen zu führen, und erinnerte an die vergessene Idee, alter-globalistische Allianzen zu schmieden, um Konflikte zu verhindern und gemeinsam gegen den Klimawandel vorzugehen – eine Position, die Jadot als Kapitulation<sup>10</sup> gegenüber Putin bezeichnete.

Am 12. März erreichte der Parteivorsitzende der Grünen in den Umfragen<sup>11</sup> 6,5 Prozent, Melenchon 12 Prozent. Die Kluft vergrößerte sich bis zum ersten Wahlgang am 10. April erheblich, als der erste 4,65 Prozent und der zweite 21,95 Prozent der Stimmen erhielt.

## DIE GRÜNEN IN DEUTSCHLAND: PRAKTISCH EIN AUFRUF ZUM DRITTEN WELTKRIEG

Im Wahlkampf des vergangenen Jahres propagierten die Grünen in Deutschland Abrüstung und eine »wertebasierte Außenpolitik«. Begleitet von einem werbewirksamen Auftritt ihres Co-Vorsitzenden Robert Habeck in der Ukraine, wo er für Waffenlieferungen plädierte<sup>12</sup> und in militärischer Ausrüstung<sup>13</sup> für vielbeachtete Fotos nahe der russisch-ukrainischen Grenze posierte, zeigte dieses Kampagnenelement dem kritischen Auge deutlich, was »wertebasierte Außenpolitik« für die Grünen bedeutet: Sie würden »notfalls für Werte in den Krieg ziehen«, wie sie es schon bei ihrer ersten Regierungsbeteiligung vom 27. Oktober 1998 bis zum 22. Oktober 2002 im ersten Kabinett Schröder taten.

Die Grüne Partei wurde 1980 gegründet und ging aus verschiedenen demokratischen Bewegungen wie Anti-Atomkraft-, Umweltschutz-, Frauenrechts-, Friedensbewegung und Dritte-Welt-Gruppen hervor. Die Partei strebt eine gewaltfreie Gesellschaft an und vertritt die Auffassung, dass kein humanes Ziel mit unmenschlichen Mitteln erreicht werden kann. Eine zentrale Position war die Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Paktes, einschließlich der deutschen Streitkräfte.

4 hawkistisch: von War Hawks / Kriegsfalken. Anmerkung der Red.

5 <https://www.eelv.fr/europe-ecologie-les-verts-sengage-pour-la-paix-en-ukraine/>

6 <https://twitter.com/yjadot/status/1511252302975234056>

7 [https://www.francetvinfo.fr/elections/presidentielle/candidats/guerre-en-ukraine-sur-franceinfo-yannick-jadot-persiste-et-accuse-totalenergies-d-etre-complice-de-crimes-de-guerre\\_5041936.html](https://www.francetvinfo.fr/elections/presidentielle/candidats/guerre-en-ukraine-sur-franceinfo-yannick-jadot-persiste-et-accuse-totalenergies-d-etre-complice-de-crimes-de-guerre_5041936.html)

8 [https://www.theguardian.com/world/2022/apr/27/russia-doubles-fossil-fuel-revenues-since-invasion-of-ukraine-began?CMP=fb\\_gu&utm\\_medium=Social&utm\\_source=Facebook&fbclid=IwAR3ooVCJr4rIEXuD1c5w3cCdIk58vmjVZY2tOO29FD8\\_0H\\_WzB5bLJtGyI](https://www.theguardian.com/world/2022/apr/27/russia-doubles-fossil-fuel-revenues-since-invasion-of-ukraine-began?CMP=fb_gu&utm_medium=Social&utm_source=Facebook&fbclid=IwAR3ooVCJr4rIEXuD1c5w3cCdIk58vmjVZY2tOO29FD8_0H_WzB5bLJtGyI)

9 [https://www.francetvinfo.fr/monde/europe/manifestations-en-ukraine/videos-guerre-en-ukraine-melenchon-et-roussel-ne-partagent-pas-la-position-de-jadot-sur-totalenergies\\_5043805.html](https://www.francetvinfo.fr/monde/europe/manifestations-en-ukraine/videos-guerre-en-ukraine-melenchon-et-roussel-ne-partagent-pas-la-position-de-jadot-sur-totalenergies_5043805.html)

10 [https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2022/article/2022/03/07/guerre-en-ukraine-yannick-jadot-critique-la-capitulation-de-jean-luc-melenchon-vis-a-vis-de-la-russie\\_6116455\\_6059010.html](https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2022/article/2022/03/07/guerre-en-ukraine-yannick-jadot-critique-la-capitulation-de-jean-luc-melenchon-vis-a-vis-de-la-russie_6116455_6059010.html)

11 [https://www.francetvinfo.fr/elections/presidentielle/presidentielle-2022-emmanuel-macron-et-marine-le-pen-en-tete-jean-luc-melenchon-troisieme-selon-notre-dernier-sondage-avant-le-premier-tour\\_5070067.html](https://www.francetvinfo.fr/elections/presidentielle/presidentielle-2022-emmanuel-macron-et-marine-le-pen-en-tete-jean-luc-melenchon-troisieme-selon-notre-dernier-sondage-avant-le-premier-tour_5070067.html)

12 <https://www.wsws.org/en/articles/2021/05/29/ukra-m29.html>

13 <https://www.tagesspiegel.de/images/gruenen-chef-habeck-besucht-frontlinie-in-der-ostukraine/27221658/1-format530.jpg>





Abb. Colnate Group. "After Extractivism", 2022 (cc by nc)

Diese Position wurde erstmals 1999 verraten, als der damalige grüne Außenminister Joschka Fischer eine Kehrtwende vollzog<sup>14</sup> und – während er völkerrechtswidrige Aktionen vorbereitete – erklärte, es sei die »moralische Verpflichtung« Deutschlands als eines der größten NATO-Mitgliedsländer, sich an der US-geführten Militärintervention im Kosovo zu beteiligen. Es war der erste Krieg, an dem sich Deutschland seit 1945 aktiv beteiligte, und er verlief nicht ohne innere Unruhen. Die österreichische Schwesterpartei der Grünen verurteilte<sup>15</sup> die französischen und deutschen grünen Kriegstreiber, was jedoch nicht zu einer Spaltung auf europäischer Ebene führte.

Im Rahmen ihres Wahlprogramms 2021<sup>16</sup> propagierten die Grünen in Deutschland Abrüstung und Rüstungsexportkontrolle, die sie für zu lax hielten. Obwohl sie die NATO für einen unverzichtbaren Akteur für die gemeinsame Sicherheit Europas hielten, kritisierten sie die NATO-Richtlinien, zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben, als »willkürlich« und lehnten den Transport amerikanischer Atomwaffen<sup>17</sup> mit Jets aus Deutschland ab. Andererseits sprachen sie sich dafür aus, mit Russland in Kontakt zu bleiben und den Handel mit der EU zu fördern, ohne jedoch Waffen aus Deutschland in Kriegsgebiete und Diktaturen zu exportieren. Paradoxerweise ergab

eine kürzlich durchgeführte Untersuchung<sup>18</sup>, dass Deutschland nach dem Embargo von 2014 mit Ausfuhren im Wert von 122 Millionen Euro der zweitgrößte Waffenexporteur nach Russland war.

Heute jedoch scheinen die Grünen eine Kehrtwende vollzogen und eine kriegerischere Position eingenommen zu haben. Sie glauben, dass eine massive Bewaffnung der Ukraine die einzige Option ist, während sie gleichzeitig nach Wegen suchen, um schnell von Russland energieunabhängig zu werden. Wenige Wochen vor Beginn des Krieges verkündete die derzeitige grüne Außenministerin Annalena Baerbock, dass Deutschland aufgrund seiner »historischen Verantwortung« keine Waffen an die Ukraine liefern könne und betonte, dass Diplomatie der einzig gangbare Weg sei. Ein paar Wochen später schlug Baerbock vor, schwere Artillerie in die Ukraine zu schicken und die Position »nichts, was schießt« durch »alles, was schießt« zu ersetzen, während sie gleichzeitig zusätzliche 100 Milliarden Euro für die deutschen Streitkräfte befürwortete.

Sogenannter »Pragmatismus« und »Realismus« haben den traditionellen »grünen Pazifismus« abgelöst. Oder man könnte auch sagen: Die »wertebasierte Außenpolitik« hat wieder ihr

14 <https://www.theguardian.com/world/1999/may/14/greenpolitics>

15 <https://www.derstandard.de/story/2000103137563/wie-vor-20-jahren-der-kosovo-krieg-die-linken-und>

16 <https://www.gruene.de/themen/frieden-und-menschenrecht>

17 <https://www.dw.com/en/us-set-to-upgrade-controversial-nukes-stationed-in-germany/a-52855886>

18 <https://www.investigate-europe.eu/en/2022/eu-states-exported-weapons-to-russia/>



wahres Gesicht gezeigt. So betonte der grüne Bundestagsabgeordnete Anton Hofreiter, dass man keine andere Wahl<sup>19</sup> habe, als Waffen zu schicken, und dass man, wenn man jetzt nicht handle, den Krieg in die Länge ziehe. Eine weitere Grünen-Politikerin, Marieluise Beck, die vielleicht profilierteste Kritikerin des Putin-Regimes in der Partei, ging sogar<sup>20</sup> noch weiter als Hofreiter, indem sie dazu riet, dass Deutschland trotz seiner Energieabhängigkeit kurzfristig schwere Sanktionen gegen Russland verhängen sollte. Darüber hinaus schlug sie vor, dass Deutschland und Frankreich den Luftraum für russische Flugzeuge sperren sollten, womit sie praktisch einen Dritten Weltkrieg forderte.

Dieser Wandel »traditioneller grüner Positionen« zum Krieg, der sich für kritische Beobachter\*innen seit Jahrzehnten abzeichnet, ist nicht ohne interne Konflikte verlaufen. Timon Dzienus, Bundessprecher der Grünen Jugend, nannte die Aufstockung der Mittel für die Bundeswehr »einen sehr fatalen Schritt«. Die Unabhängige Grüne Linke, eine Basisgruppe innerhalb der Grünen, wandte sich in einem offenen Brief<sup>21</sup> an die Parteispitze gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und forderte, sich bei der russischen Regierung für eine sofortige Einstellung aller militärischen Aktivitäten und eine Rückkehr zu Verhandlungen einzusetzen. Die Gruppe erklärte, dass Waffenlieferungen den Menschen in der Ukraine den falschen Glauben vermitteln, dass sie eine militärische Chance gegen Russland haben, und die unverständliche, aber berechtigte Frage aufwerfen, ob sie eine weitere Eskalation und sogar einen Atomkrieg provozieren.

Inmitten des internen Konflikts navigieren die Parteivorsitzenden weiterhin durch die stürmischen Gewässer der Überschreitung anderer ehemaliger »roter Linien«. Obwohl Olaf Scholz und sein Kabinett versprochen, ein Gesetz einzuführen<sup>22</sup>, das bis 2035 einen Anteil von nahezu 100 Prozent erneuerbarer Energien vorschreibt, wird zunächst mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen. Während der Atomausstieg wie geplant fortgesetzt wird, könnten die deutschen Kohlekraftwerke eine Verlängerung um einige Jahre über die von den Grünen ausgehandelte Frist bis 2030 hinaus erhalten. Waffenexporte an ein autoritäres Regime mögen verboten sein, aber der Handel mit Gasgeschäften mit einem anderen wird als akzeptabel angesehen.

Um sich neue Energiequellen zu sichern, reiste Robert Habeck – derzeit grüner Minister für Wirtschaft und Klimaschutz – im März nach Katar<sup>23</sup>, dem Land der Fußballweltmeisterschaft 2022, das viele Grüne zu boykottieren versprochen und in dem Arbeits- und Menschenrechte kaum gelten. Außerdem verhandelte Habeck über Flüssiggaslieferungen, die die Grünen als klimaschädlich brandmarkten und bis vor kurzem strikt ablehnten. Der Krieg zeigt, dass der Übergang zu erneuerbaren Energien von den Grünen ebenso als nationale Sicherheitspolitik wie als Klimapolitik betrachtet wird, wobei die ersteren

Grundsätze »pragmatischen«, wenn auch widersprüchlichen Lösungen weichen.

Dieser Bruch mit früheren Prinzipien hat sich für die Grünen als lukrativ erwiesen und ihre beiden Minister Habeck und Baerbock zu den beliebtesten Politiker\*innen<sup>24</sup> in Deutschland gemacht. Dahinter steht Olaf Scholz, der sich lange weigerte, schwere Waffen in die Ukraine zu schicken, was Baerbock mit den Worten kritisiert: »Jetzt ist nicht die Zeit für Ausreden«. Der Co-Vorsitzende der Grünen, Omid Nouripour, betonte, dass die derzeitigen Lieferungen ins Schlachtfeld unzureichend seien und schloss eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland ohne einen Wechsel in der Führung des Landes aus. Gleichzeitig argumentierte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, dass Deutschland keine Panzer aus seinen eigenen Beständen an die Ukraine liefern könne, da es diese sowohl für seine eigene Verteidigung<sup>25</sup> als auch für NATO-Aufgaben benötige. Diese Pattsituation wurde von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin während seines Besuchs im April »gelöst«, als die Entscheidung über die Lieferung von Panzern an die Ukraine<sup>26</sup> hinter verschlossenen Türen mit Regierungsvertreter\*innen in Deutschland getroffen wurde, was zeigt, dass nichts, auch nicht die mächtigste Wirtschaft Europas, den außenpolitischen Interessen der USA im Wege stehen darf.

## **DIE GRÜNEN IN BULGARIEN: »ALLE NOTWENDIGEN WIRKSAMEN MASSNAHMEN« ERGREIFEN**

Die Grüne Partei in Bulgarien wurde 2008 gegründet, nachdem sich zahlreiche ökologische Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen hatten, und hat eine eher kurze Geschichte. Mit einer liberalen, antikommunistischen politischen Plattform erzielten sie viele Jahre lang kaum nennenswerte Wahlergebnisse, aber 2021 schlossen sie sich einer Koalition aus zwei rechtsliberalen Parteien namens Demokratisches Bulgarien an. Gemeinsam schafften sie es, in die Regierung einzutreten und haben nun sogar das Ministerium für Umwelt und Wasser inne – ihr bisher wichtigster politischer Erfolg. Obwohl ihr Wahlprogramm den Frieden hochhält, ist ihre Position heute alles andere als friedlich und setzt die militärische Unterstützung der Ukraine mit dem Schutz der Demokratie gleich, ähnlich wie ihre Pendants in Frankreich und Deutschland, jedoch mit einer ausgeprägteren antirussischen ideologischen Ausrichtung.

Seit dem Ausbruch des Krieges wird darüber debattiert, ob Waffen in die Ukraine geliefert werden sollen, um das Land bei der Verteidigung gegen den Aggressor zu unterstützen oder nicht. Die regierende Koalition aus vier politischen Parteien hat Schwierigkeiten, zu einer einstimmigen Entscheidung zu gelangen, wobei die bulgarische sozialistische Partei entschieden

19 <https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-auswirkungen-die-gruenen-habeck-baerbock-weg-vom-pazifismus-zr-91497183.html>

20 <https://www.dw.com/en/strong-sanctions-could-stop-putins-war-machine/av-61328608>

21 <https://www.gruene-linke.de/2022/03/04/offener-brief-an-die-gruenen/>

22 <https://www.cleanenergywire.org/news/germany-aims-100-green-power-2035-will-present-gas-reduction-plan>

23 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/regierungspolitik-die-gruenen-leisten-ihren-beitrag-17909234.html>

24 <https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-auswirkungen-die-gruenen-habeck-baerbock-weg-vom-pazifismus-zr-91497183.html>

25 <https://www.politico.eu/article/germany-says-it-cant-send-tanks-from-army-stocks-to-ukraine/>

26 <https://www.politico.eu/article/pressure-germany-tank-sale-ukraine/>

dagegen ist und sogar die Stabilität der Regierung bedroht. Die gleiche Position – allerdings auf der anderen Seite des politischen Spektrums – vertritt das Demokratische Bulgarien, das versucht, einen Weg zu finden, die Sackgasse zu umgehen und den »moralischen« Krieg zu gewinnen. Am 19. März beschloss die Grüne Partei, der Nationalversammlung eine Anhörung des ukrainischen Präsidenten vorzuschlagen. Am 30. März gab das Demokratische Bulgarien eine Erklärung zur Aufnahme von Konsultationen im Parlament zur militärischen Unterstützung der Ukraine und zur Verteidigung der »Freiheit, Solidarität und Sicherheit in Europa« ab.

Die Grünen zeigten ihre Solidarität auch auf andere Weise, als eines ihrer Parteimitglieder und ehemaliger Kandidat für die Nationalversammlung kurz nach Ausbruch des Krieges dem Bataillon der ausländischen Kämpfer beitrug. Die Partei unterstützte auch lautstark den Friedensmarsch »Wir sind nicht neutral«, der eine Verschärfung des Krieges durch Waffenlieferungen forderte. Paradoxerweise sind die Grünen der Ansicht<sup>27</sup>, dass die Ergreifung »aller notwendigen wirksamen Maßnahmen«, zu denen Friedensverhandlungen offenbar nie gehören, die Zahl der Opfer begrenzen, die Zerstörung von Städten in der Ukraine verhindern, den Aggressor abwehren und letztlich den Krieg beenden wird.

In einem kürzlich geführten Interview sagte der grüne Umweltminister Borislav Sandov sogar, dass ein Verzicht auf militärische Unterstützung für die Ukraine die Selbstisolierung Bulgariens und seine Loslösung von seiner »zivilisatorischen Wahl« – der EU und der NATO – bedeuten würde. Er ging sogar so weit, anzudeuten, dass dies die Position Bulgariens<sup>28</sup> gegenüber Nordmazedonien untergraben würde<sup>29</sup>, gegen das Bulgarien 2019 ein Veto einlegte, als es versuchte den Status eines EU-Kandidatenlandes zu erhalten. Alles, was nicht zu mehr Aufrüstung führt, wird schnell als Abweichen vom »gerechten« Weg der EU-Entwicklung abgetan, ohne eine solche Entwicklung in Frage zu stellen. Ironischerweise erwähnte die grüne Bewegung den neuesten IPCC-Bericht in einem einzigen Facebook-Posting – inmitten all des Waffengefechts.

Es ist keine Überraschung, dass Bulgarien als großer Waffenproduzent seit Kriegsbeginn massiv über Stellvertreter in die Ukraine exportiert<sup>30</sup> hat. Als dies aufgedeckt wurde, folgten Vergeltungsmaßnahmen seitens Russlands. Unter dem Vorwand, Bulgarien weigere sich, für russisches Gas in Rubel zu zahlen, kündigte Gazprom am 26. April an, die Gaslieferungen an Bulgarien mit sofortiger Wirkung einzustellen. In Vorbereitung auf eine solche Wende schlug der Co-Vorsitzende der Grünen Partei, Vladislav Panev, vor, den Markt noch stärker zu liberalisieren, um den Verbraucher\*innen die Möglichkeit zu geben, ihre

eigene Energie zu produzieren. Eine Position, die in krassem Widerspruch zu der ihrer Genoss\*innen in Frankreich steht. Unter dem Strich sind die weitreichenden Folgen des Krieges auch an den grünen Parteien in ganz Europa nicht vorbeigegangen, die sich für mehr Krieg einsetzen, um den Krieg zu beenden. Ihre Vision einer »pragmatischen« Lösung, die sich auf die Entsendung von Waffen und die Verhängung von Sanktionen beschränkt, hat ihren Anspruch auf Gewaltlosigkeit aufgegeben und gezeigt, dass sie sich der Doktrin der »gerechten« Gewalt für humanitäre Zwecke« verschrieben haben. In wirtschaftlicher Hinsicht hat ihre Reaktion die ideologischen Unterschiede innerhalb der grünen Parteien offengelegt. Auf der anderen Seite haben sich die linken und nominell linken Parteien in Frankreich, Deutschland und Bulgarien alle gegen die Lieferung von Waffen in die Ukraine gewehrt. Die Begrenzung der öffentlichen Debatte seit Beginn des Krieges auf die Frage, ob die Ukraine militärisch unterstützt werden soll oder nicht, hat sich nachteilig darauf ausgewirkt, die Dringlichkeit des Klimawandels und die Notwendigkeit von Maßnahmen zu verdeutlichen und in Erinnerung zu rufen. Stattdessen hat sie es ermöglicht, sich ein noch früheres Ende der Welt vorzustellen, als es die langsame Gewalt der Klimakatastrophe mit sich bringen würde.

*Anm.d.Red: Dieser Text ist ein Beitrag<sup>31</sup> zur Textreihe »After Extractivism« der Berliner Gazette; die englischsprachige Version ist auf Mediapart<sup>32</sup> verfügbar. Weitere Inhalte finden Sie auf der englischsprachigen »After Extractivism«-Website.<sup>33</sup>*

*Erstveröffentlichung am 02.05.2022 in der Berliner Gazette.<sup>34</sup>*

**Rositsa Kratunkova absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Plovdiv (Bulgarien), machte einen Master in europäischen Angelegenheiten an der Sciences Po Universität in Paris und arbeitet derzeit als Mitglied des Redaktionsteams der Zeitschrift Diversia.**

27 [https://zelenodvizhenie.bg/declaration-ukraine/?fbclid=IwAR0VwS3UjCK\\_bk\\_D4SfdFVI4mCiuoXmA\\_PmX7Xge9HChwlpVjEpRmYk-DYQ](https://zelenodvizhenie.bg/declaration-ukraine/?fbclid=IwAR0VwS3UjCK_bk_D4SfdFVI4mCiuoXmA_PmX7Xge9HChwlpVjEpRmYk-DYQ)

28 [https://nova.bg/news/view/2022/04/23/366389/сандов-представители-на-коалицията-ще-заминат-за-киев-идната-седмица/?fbclid=IwAR1cEuN9jJEV67TOe4-MfPhkZea21OezFmRQeU\\_IFIWzeei1NJPPwf0hCO8](https://nova.bg/news/view/2022/04/23/366389/сандов-представители-на-коалицията-ще-заминат-за-киев-идната-седмица/?fbclid=IwAR1cEuN9jJEV67TOe4-MfPhkZea21OezFmRQeU_IFIWzeei1NJPPwf0hCO8)

29 [https://nova.bg/news/view/2022/04/23/366389/сандов-представители-на-коалицията-ще-заминат-за-киев-идната-седмица/?fbclid=IwAR1cEuN9jJEV67TOe4-MfPhkZea21OezFmRQeU\\_IFIWzeei1NJPPwf0hCO8](https://nova.bg/news/view/2022/04/23/366389/сандов-представители-на-коалицията-ще-заминат-за-киев-идната-седмица/?fbclid=IwAR1cEuN9jJEV67TOe4-MfPhkZea21OezFmRQeU_IFIWzeei1NJPPwf0hCO8)

30 <https://nova.bg/news/view/2022/04/27/366791/отстраненият-директор-на-кинтекс-българия-изнася-оръжия-за-украйна-чрез-посредници/>

31 <https://berlingazette.de/gruene-parteien-krieg-in-europa/>

32 <https://blogs.mediapart.fr/berliner-gazette/blog/020522/green-apocalypse-how-green-parties-are-embracing-more-war-stop-war>

33 <https://after-extractivism.berlingazette.de/>

34 <https://berlingazette.de/gruene-parteien-krieg-in-europa/>

## Feministischer Frieden?

Von Melanie Stitz

Zerbombte Städte und die Geschichten der Menschen, die in diesem (Ukraine-) Krieg leiden und sterben, machen fassungslos, wütend, traurig und ratlos. Zuschauen ist schier unerträglich. Jetzt und sofort muss gehandelt werden und Schluss sein mit Zaudern und Fragen nach dem Woher und Wohin, lautet der Tenor. »Vaterlandsverräter\*innen«, »Feiglinge« und Zweifler\*innen, Hoffnungsträger\*innen in jedem Krieg, haben einen schweren Stand dieser Tage. Obwohl sich laut Umfragen etwa die Hälfte der Bevölkerung hierzulande gegen Waffenlieferungen ausspricht, hat sich die mediale Debatte deutlich verhärtet: »Handeln« wird enggeführt auf militärischen Beistand, alles andere gleichgesetzt mit »Dulden« und »Nichtstun«. Aber auch alle Versuche, die Logik von Krieg und Eskalation zu durchbrechen und eine friedliche Zukunft zu bauen, sind Arbeit – unendlich mühsam, unsäglich schwer, sie brauchen all unseren Verstand, Empathie, langen Atem. Wie kann ein »Danach«, das es hoffentlich geben wird, aussehen? Wie könnten heute die Grundlagen gelegt werden für künftigen Frieden? Was macht Frieden – wenn schon nicht sicher – zumindest wahrscheinlicher? Was lässt sich lernen aus anderen Kriegen?

»Feministische Außenpolitik« steht für den Versuch, den Blick um solche Perspektiven zu weiten. Leitend ist der Gedanke, dass Kriege nicht erst beginnen, wenn der erste Schuss fällt, und auch nicht enden, wenn ein Friedensabkommen unterzeichnet ist. Armut, Ungleichheit und Klimawandel sind Nährboden für Kriege. Verrohung und Brutalisierung gehen Kriegen voraus. Feindbilder und Eskalationen werden über Jahre, gar Generationen genährt. Um ein Menschenleben als Kollateralschaden verbuchen zu können, muss sein Wert schon vorher in Frage gestellt sein. Nach



 Demokratische Fraueninitiative  
Völker Straße 383, II. Stock, 5000 Köln 30

*WIR FRAUEN*  
DAS FEMINISTISCHE BLATT

EDITION RAWECK  
Rechenweg 10, 5000 Köln 30  
Tel. 02291 4000-1  
www.edition-raweck.de

Foto: Plakat der Demokratischen Fraueninitiative 1981, (c) Wir Frauen



dem Krieg bleiben zurück: zerstörte Infrastruktur, Berge von Waffen, weiteres Elend, traumatisierte und brutalisierte Menschen; Soldaten, die eben noch »Helden« waren und ins zivile Leben nicht mehr zurückfinden. In Guatemala sind Ausmaß und faktische Straflosigkeit von Femiziden dramatisch – die Ursachen dafür reichen bis in den Bürgerkrieg (1960–1996), so die These (nicht nur) der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Feministische Außenpolitik geht davon aus, dass »Außenpolitik das Potenzial hat, ein Mechanismus für Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden zu sein« und, »dass es ohne Feminismus keinen Frieden geben kann«, so das Centre of Feminist Foreign Policy (CFFP). Weiter heißt es: »FFP (feministische Außenpolitik) geht einen Schritt aus dem Black-Box-Ansatz des traditionellen außenpolitischen Denkens und seiner Konzentration auf militärische Gewalt, Gewalt und Herrschaft heraus, indem es ein alternatives und intersektionales Umdenken von Sicherheit aus der Sicht der Schwächsten anbietet. Es handelt sich um einen mehrdimensionalen politischen Rahmen, der darauf abzielt, die Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten von Frauen und marginalisierten Gruppen zu verbessern, um die destruktiven Kräfte von Patriarchat, Kolonialisierung, Heteronormativität, Kapitalismus, Rassismus, Imperialismus und Militarismus zu hinterfragen.« CFFP glaubt, dass feministische Außenpolitik so die Möglichkeit bietet, »die gewalttätigen globalen Machtssysteme zu hinterfragen, die Millionen von Menschen in ständigen Zuständen der Verwundbarkeit zurücklassen.«

Es geht also auch um globale soziale Rechte, solidarische Klimapolitik, Zugang zu Wasser und Nahrung, um Care und Sorgearbeit, Bildung, Gesundheit, ... Die Betroffenen politischer Entscheidungen sind auf allen Ebenen zu beteiligen: Nichts soll »ohne sie über sie« entschieden werden, fasst CFFP<sup>1</sup> es zusammen. UN Women, ein Organ der Vereinten Nationen, fordert die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen. Auf ihrer Website heißt es: »Zwischen 1990 und 2017 stellten Frauen nur 2% der Mediator\*innen, 8 % der Verhandlungsführer\*innen und 5 % der Zeug\*innen und Unterzeichnenden aller bedeutenden Friedensprozesse dar. Werden Frauen in Friedensprozesse einbezogen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass das Abkommen mindestens zwei Jahre Bestand hat, um 20 %. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Abkommen mindestens 15 Jahre lang eingehalten wird, steigt sogar um 35 %.«

Es geht nicht nur um Beteiligung, sondern auch um die Inhalte. Margaret Thatcher zog in den Falkland-Krieg und Annalena Baerbock streitet für schwere Waffenlieferungen. Im Online-Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung zu Feministischer Außenpolitik heißt es: »Wie bei jedem emanzipatorischen Projekt, liegt ihre Essenz im Auge der Betrachterin.«<sup>2</sup>

Hannah L. Mühlhoff, die einen Sieg der Ukraine für unrealistisch hält, schreibt in der *taz* (»Militarismus ist unfeministisch«, 7.5.2022): »Es ist berechtigt zu fragen, wie eine antimilitaristische Position in dem Kontext eines Angriffskriegs auf einen Staat und angesichts des Leids in der Ukraine beizubehalten ist und was diese bedeuten kann. Zunächst untersucht

eine feministische Perspektive, wessen Sicherheit die Lieferung schwerer Waffen eigentlich schützen soll. Die meisten öffentlichen Befürworter\*innen der Waffenlieferungen vermischen die Sicherheit der Ukraine als Staat (oder sogar der Europas und des Westens) mit der der Menschen in der Ukraine. Doch diese sind nicht gleichzusetzen.« Sie argumentiert, dass die Bundesregierung mit diplomatischen Mitteln mehr beitragen könnte zum Frieden als militärisch – letzteres verbaut diese Option.

Verwundbarkeiten sehen und marginalisierte Stimmen zu Wort kommen lassen – gerade jetzt, wo alle Aufmerksamkeit schon erschöpft und gebunden ist? Der Platz reicht nur für Beispiele:

Das Kriegsdienstverweigerungs-Netzwerk Connection e.V. und Pro Asyl warnten Ende April, dass nach derzeitiger Praxis russische Deserteur\*innen, »mit großer Wahrscheinlichkeit in den Asylverfahren abgelehnt werden. (...) So fordern deutsche Behörden und Gerichte von den betroffenen Personen unter anderem den Nachweis der Einberufung und Einsatzbefehle, die den Einsatz im Kriegsgebiet oder anstehende völkerrechtswidrige Handlungen belegen – was in der Praxis aber schier unmöglich ist. Zudem wird von den Behörden und Gerichten verlangt, dass betroffene Personen bereits in Russland einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt haben.« Sie und viele weitere Organisationen fordern Schutz und Asyl für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine. Es seien Tausende, die »aus diesen Ländern vor Rekrutierung und Kriegseinsatz fliehen.« Kriegsdienstverweigerung sei ein Menschenrecht, stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2011 fest. Ihm widerspreche auch das derzeit in der Ukraine geltende Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 60 Jahren.

Ukraine und Russland sind die größten Weizen-Exporteure weltweit. In Somalia, Äthiopien, Sudan, vom Klimawandel und den Folgen der Pandemie besonders betroffen, werden Millionen verhungern, wenn die Lieferungen ausbleiben. Doch laut Oxfam wurden nur drei Prozent der insgesamt sechs Milliarden US-Dollar, die die Vereinten Nationen 2022 für humanitäre Hilfe in diesen Ländern aufbringen müssen, bisher finanziert. 6 Mrd. Dollar – das sind ca. 5,7 Mrd. Euro.

100 Mrd. € – in Zahlen 100.000.000.000 – beschloss die Bundesregierung als Sondervermögen zur Modernisierung der vermeintlich »kaputtgesparten« Bundeswehr. Eine »Zeitenwende« mit Vorlauf und Ansage im Koalitionsvertrag. Der Krieg rechtfertigt, was ohnehin passiert wäre, sei es die Aufstockung des Militär-Etats oder das Verpassen der Klimaziele. Schon im Corona-Konjunkturpaket wurde die Bundeswehr mit 3,2 Mrd. Euro bedacht. Auf der Website der Bundeswehr ist von einer »Trendwende«, eingeleitet von Ursula von der Leyen, seit 2015 die Rede.<sup>3</sup> Seitdem steigt der Verteidigungshaushalt Jahr für Jahr. Bereits Anfang der 2000er Jahre begrüßte Gerhard Schröder die »Enttabuisierung des Militärischen«, damals im Kontext des Afghanistan-Krieges.

Aber vielleicht sind ja Samen gesät für eine »Zeitenwende« von unten: Wir trainieren weiter unsere »ethischen Reflexe« (ein

1 <https://centreforfeministforeignpolicy.org/>

2 [www.boell.de/de/2019/02/11/eine-gerechtere-und-friedlichere-aussenpolitik](http://www.boell.de/de/2019/02/11/eine-gerechtere-und-friedlichere-aussenpolitik)

3 [www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/modernisierung-bundeswehr/verteidigungshaushalt-trendwende-finanzen](http://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/modernisierung-bundeswehr/verteidigungshaushalt-trendwende-finanzen)



Begriff von Gayatri C. Spivak). Unser Wille zur Gerechtigkeit und unsere Empathie enden nicht vor der eigenen Haustür, sondern erstrecken sich auch auf die Menschen im Jemen, laut Vereinten Nationen Schauplatz der »schlimmsten humanitären Krise der Welt« – 370.000 Menschen von einer Militärallianz unter saudischer Führung (laut Robert Habeck »keine lupenreinen Demokraten«) getötet, Millionen auf der Flucht. Das Dogma der »Schwarzen Null« und die Erzählung von der »Schwäbischen Hausfrau, die nicht mehr ausgeben kann, als sie hat«, sind widerlegt. Wo politischer Wille ist, da ist auch Geld. Das heißt: 100.000.000.000 € für Gesundheit, Schulen, sozial-ökologischen Umbau und wider die Not in der Welt. Reichtum ist antastbar von nun an, zumindest wird transparent, wo er herkommt: Oligarchen aller Länder werden enteignet und RWE gleich dazu. Die Übergewinnsteuer, ein Vorschlag der LINKEN, wird Realität, soll heißen, Rüstungskonzerne wie Rheinmetall fahren keine Sondergewinne ein durch den Krieg. Wir stürzen die Denkmäler von Kriegsverbrechern und Kolonisatoren – niemand erklärt Black Lives Matter, das sei nun einmal Kulturgut...

Die Liste der Träume von einer feministischen Zukunft ist lang, der Weg unendlich weit.

Melanie Stitz ist Redakteurin der feministischen Zeitschrift *Wir Frauen*.  
Dieser Beitrag erschien zuerst in *Wir Frauen*, Nr. 2/2022 (Sommer).



**40 Jahre  
WIR FRAUEN**

**Feminismus ist käuflich.**

*Linker Feminismus für 16 € im Abo.*

Wir halten Euch auch im Netz auf dem Laufenden [www.wirfrauen.de](http://www.wirfrauen.de)  
Folgt uns auf [twitter.com/Wir\\_Frauen](https://twitter.com/Wir_Frauen) und [facebook.com/WirFrauenfemBlatt](https://facebook.com/WirFrauenfemBlatt)

# Widerstand gegen den Krieg

## NICHT-MILITÄRISCHE RESISTENZEN

Von Guido Arnold

Vielfach belächelt und als ›aus der Zeit gefallen‹ diskreditiert: eine fundamentale Ablehnung (der Logik) des Krieges, ob pazifistisch motiviert oder aus einem (militanten) Antimilitarismus heraus. Es gibt sie dennoch, die nicht-militärischen Widerstände, die darauf abzielen, Kriege zu blockieren, zu sabotieren und zu desertieren. Es gibt sie in Russland, in der Ukraine und auch hier in Deutschland. In Belarus bestimmen sie sogar maßgeblich das Kriegsgeschehen – nicht weil sie im Sinne eines Partisaninnenkampfes eine unüberwindbare, quasi-militärische Stärke entwickeln, sondern weil sie manifeste Risse einer ohnehin angeschlagenen ›Gefolgschaft‹ gegenüber dem Lukaschenko-Regime darstellen und eine brüchige ›Heimatfront‹ glaubhaft zersetzen. Die in Weißrussland breit getragene Kriegsablehnung hält Putin und Lukaschenko (bisher) von einer aktiven Beteiligung der belarussischen Armee an direkten Kampfhandlungen ab.

In einer Zeitenwende der nahezu ungebremsten Militarisierung Europas können nicht nur zerstörte Rekrutierungsbüros der Armee, sondern auch offene Briefe, die den eingezwängten Diskurs zwischen einem ›unbedingt siegen müssen‹ und ›keinesfalls verlieren dürfen‹ aufweiten und ganz unpopulär nach diplomatischen Lösungen fragen, eine antimilitaristische Sprengkraft entwickeln.

### VERWEIGERUNG UND BEHINDERUNG DER REKRUTIERUNG IN RUSSLAND

Die Dominanz der Kriegsstimmen ist überdeutlich. Kriegskritik wird an den Rand gedrängt, verhöhnt, tabuisiert und kriminalisiert, dennoch existiert sie. Ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung organisiert zumeist über digitale Kanäle und Chats Informationskampagnen und (studentisch geprägte) Protestaktionen. Sie verstehen sich als »Medienpartisanen« im Widerstand gegen die ideologische Desinformation der russischen Bevölkerung. Die »media resistance group« postet auf den russischen Kommunikationsplattformen *Vkontakte* und *Odnoklassniki* sogenannte »Kettenbriefe« mit Gegeninformationen

zur »Spezialoperation«. Sie beschriften Bargeld, Treppenhäuser oder Toiletten mit Antikriegsparolen.<sup>1</sup>

Im Februar 2022 konstituierte sich der »Feministische Antikriegswiderstand«, der im Gründungsdokument programmatisch betonte: »Wir sind die Opposition gegen Krieg, Patriarchat, Autoritarismus und Militarismus. Wir sind die Zukunft, und wir werden siegen«. Die Gruppe betreibt einen Telegram-Kanal mit über 34.000 Abonnentinnen und gibt eine Zeitung namens *Schenskaja Prawda* heraus, in der die Erfahrungen mit Diskriminierung und sexueller Gewalt, darunter auch die Vergewaltigungen der ukrainischen Bevölkerung durch Soldaten der russischen Armee, dokumentiert werden. Die Zeitung kann zu Hause ausgedruckt und unter Freundinnen, Nachbarn, Kolleginnen oder Gleichgesinnten verbreitet werden.

Am 12. Juni riefen Aktivistinnen zur Aktion »Impeachment 2.0: eine Million Briefe gegen Putin und den Krieg« auf, Briefe an Abgeordnete der Staatsduma und an Senatoren zu verschicken, in denen die Amtsenthebung Putins gefordert werden sollte. Persönliche (aber leider auch personalisierte) Bittschriften an Behörden fallen nicht unter das neue Fake-News-Gesetz und sind rechtmäßig innerhalb von dreißig Tagen zu beantworten. Bereits im April rief die »Antikriegsstiftung« zur konzertierten Antikriegskrankenschreibung von Beschäftigten in staatlichen Einrichtungen auf. Auch dabei verstießen Arbeitnehmerinnen nicht gegen Gesetze, sondern nutzten die ihnen zur Verfügung stehenden legalen Mittel, um die Ressourcen des kriegführenden Staates zu schwächen. Dennoch machen sie sich damit unweigerlich zum Ziel staatlicher Repression.

Ja, es gibt Deserteure, aber wir wissen sehr wenig über sie. Die Russische Armee verheimlicht diese Informationen. Es sind einige Fälle von kollektiver Verweigerung der Dienstpflicht unter Berufssoldaten bekannt. So haben sich über 2000 Soldaten der 115. unabhängigen Marinebrigade geweigert, am Überfall auf die Ukraine teilzunehmen.<sup>2</sup> Anfang Juni meldete die Nachrichtenagentur Interfax, dass im Nordkaukasus mehr als 100 Nationalgardisten nach einem Militärgerichtsurteil rechtmäßig gekündigt worden seien, nachdem sie einen Einsatz gegen die

1 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/in-russland-formiert-sich-im-digitalen-der-widerstand-gegen-putin-18112542.html>

2 [t.me/stasdubrik/9109](https://t.me/stasdubrik/9109)

Ukraine verweigert hätten. Berichte über sich weigernde Soldaten gab es auch aus Krasnodar. In der Nähe von Kiew überfuhr ein Panzerfahrer seinen Kommandeur, Oberst Jurij Medwedew vorsätzlich mit einem Panzer und gab ihm die Schuld am Verlust der Hälfte seiner Mannschaft.<sup>3</sup>

Geschätzt 400 000 Zeitsoldaten gibt es in den russischen Streitkräften, dazu werden zweimal im Jahr etwa 130 000 Wehrpflichtige (für den einjährigen Wehrdienst<sup>4</sup>) eingezogen, die nach Anordnung von Präsident Putin jedoch nicht in die Ukraine geschickt werden dürfen. Allerdings werden viele Rekruten (teils unter Zwang) kurzfristig mit Sonderverträgen zu Zeitsoldaten gemacht<sup>5</sup>. Ein großer Anteil der Soldaten, die in der Ukraine eingesetzt werden, kommt aus dem Nordkaukasus, aus Dagestan etwa oder Kabardino-Balkarien. In diesen ärmeren Regionen ist ein Job in der Armee vergleichsweise attraktiv; allein weil es überhaupt einen Job gibt und dieser auch noch überdurchschnittlich bezahlt ist. Jobbörsen wie *Superjob.ru* und *HeadHunter.ru* werben mit Stellen für Panzerfahrer und -mechaniker für 150 000 bis 200 000 Rubel im Monat (bis zu 3000 Euro).

Um die Anwerbung neuer Soldaten zu erschweren, haben Kriegsgegnerinnen seit Ende Februar mindestens 23 Angriffe auf militärische Registrierungs- und Rekrutierungsbüros verübt, 20 davon waren Brandanschläge. Auch direkte Sabotage des Bahnverkehrs vermeldet der *Insider*, ein oppositionelles russisches Portal: Insgesamt 63 Güterzüge seien von März bis Juni 2022 durch gesprengte oder durchtrennte Schienenstränge aus den Gleisen gesprungen.<sup>6</sup>

Öffentlicher Protest gegen den Angriff auf die Ukraine wird hart geahndet. Ein neues Gesetz sieht für das Benennen des Krieges in der Ukraine als »Krieg« oder »Invasion« bis zu 15 Jahre Haft vor. Die russische Menschenrechtsorganisation OVD-Info zählte bis Ende Juni 16 309 Menschen, die wegen ihrer Antikriegshaltung seit Kriegsbeginn inhaftiert wurden. Mehr als 60 Personen sind bereits angeklagt, gegen den Krieg protestiert zu haben. In einem Fall wurde ein Urteil gegen eine Moskauer Studentin gesprochen – zwei Jahre Gefangenenlager. Die meisten der Inhaftierten müssen mit sehr hohen Geldstrafen oder kurzen Haftstrafen rechnen. Sicher einer der Gründe, warum sich im jetzigen Krieg keine vergleichbare Massenbewegung von Müttern formiert, die sich wie damals in den beiden Tschetschenien-Kriegen dagegen wehrt, dass ihre Söhne in den Tod geschickt werden.

## ... UND IN DER UKRAINE

Seit dem Angriff Russlands dürfen männliche Staatsbürger zwischen 18 und 60 Jahren die Ukraine nicht mehr verlassen, um für die Verteidigung herangezogen werden zu können. Wer es doch versucht, dem droht die Festnahme. Der ukrainische Grenzschutz meldete mehrfach, dass »Mobilisierungsverweigerer« an der Grenze festgenommen und den Militärbehörden überstellt wurden – Angaben zu deren Anzahl macht die Behörde nicht. Die moldawische Regierung erklärte am 10. April 2022, dass seit Ende Februar über 1.000 ukrainische Männer die Grenze illegal überquert hätten, weitere 2.000 seien legal eingereist. Die große Mehrheit von ihnen beantragte Asyl.<sup>7</sup> Eine aktuell kleine Ukrainische Pazifistische Bewegung forderte am 15. Mai 2022, dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer, von der ukrainischen Regierung »volle und tatsächliche Garantien für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung und das Recht, das Land zu verlassen und im Ausland Asyl zu suchen.«<sup>8</sup> Der deutsche Verein *Connection e.V.* organisiert internationale Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure.

## SABOTAGE DER TRUPPENTRANSPORTE IN BELARUS

Das Regime von Alexander Lukaschenko hat sich seit Februar zum Komplizen der russischen Aggression gegen die Ukraine gemacht und sein Territorium als Aufmarschgebiet für die Invasion zur Verfügung gestellt. Das belarussische Militär selbst ist jedoch (noch) nicht direkt in aktive Kampfhandlungen eingestiegen. Die wichtigste Kriegsabschreckung – eine nahezu völlige Ablehnung der belarussischen Gesellschaft gegenüber einer Beteiligung am Krieg. Erkennbar auch an einer massiven Kriegsdienstverweigerung: Die belarussische Organisation *Nash Dom*, die die Kampagne »No Means No« ins Leben gerufen hatte, resümierte Mitte April: »Seit dem Start der Kampagne haben wir über zwei Millionen Menschen erreicht. Mit Hilfe unserer Partnerorganisation *Connection e.V.* haben wir eine Hotline eingerichtet, um Kriegsdienstverweigerern aus Belarus zu helfen. Seit Beginn des Krieges haben mehr als 20.000 Männer, die einen Einberufungsbescheid erhalten hatten, Belarus verlassen.«<sup>9</sup>

Die prägnanteste und international sichtbarste Form der weißrussischen Antikriegsbewegung sind jedoch massive Widerstandsaktionen gegen das Eisenbahnnetz des Landes. Als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine schwappte eine Welle der Sabotage über das Land: Kriegsgegnerinnen

3 <https://www.20min.ch/story/russischer-soldat-soll-eigenen-oberst-mit-panzer-ueberrollt-haben-363791750511>

4 In Russland gibt es eine einjährige Wehrpflicht für Männer im Alter von 18-25 Jahren. Es gibt auch eine Art Zivildienst für Pazifisten, der wegen seiner unentlohnten (!) und harten Arbeit sehr unbeliebt ist. Viele junge Männer und deren Familien versuchen den Wehrdienst zu umgehen – durch ein Studium, durch Bestechungsgeld oder dadurch, dass sie sich einfach versteckt halten.

5 Anarchy2day berichtet, dass den Wehrpflichtigen oftmals die Handys weggenommen werden um sie zur Unterzeichnung des Zeitsoldaten-Vertrages zu zwingen. Einige Kommandeure hielten sich nicht einmal mit der Formalie einer Vertragsunterzeichnung auf. Das russische Militär weigert sich in vielen Fällen, den Familien der Toten eine Entschädigung zu zahlen, da die Soldaten gemäß den von ihnen unterzeichneten Dokumenten nicht ein einer »Sonderoperation« sondern lediglich an einer »Übung« teilgenommen haben.

6 <https://theins.ru/en/politics/252885>

7 New York Times <https://archive.ph/F1dBU>

8 <https://de.connection-ev.org/article-3584>

9 <https://de.connection-ev.org/article-3548>





Abb. 1: Häufig sabotierte Signalschaltkästen entlang russischer Nachschublinien in Belarus.

versuchten, die Eisenbahnen unbrauchbar zu machen, um zu verhindern, dass russisches Militärgerät durch belarussisches Gebiet fährt. Nach Angaben des belarussischen Innenministeriums wurden bis Anfang Mai über 80 Sabotageakte verübt. Unabhängige Medien bezeichneten diese Kampagne als neuen »Eisenbahnkrieg« – die Bezeichnung für belarussische Partisanenangriffe auf Eisenbahnlinien während der Nazi-Besetzung. Die Aktivistinnen werden als »Partisanen« bezeichnet.

In den Augen der meisten Belarussen scheint das Risiko, öffentlich zu protestieren – verglichen mit seiner Wirksamkeit – in der gegenwärtigen Situation zu hoch. Dies steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der erneut verschärften Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

*»Auf die Straße gehen in Belarus, das heißt automatisch, ins Gefängnis zu gehen«<sup>10</sup>*

So wurden etwa 1.100 Menschen verhaftet, nachdem als Reaktion auf die russische Invasion Ende Februar Antikriegsproteste organisiert wurden. Ein Teil des Protests hat sich stattdessen auf klandestine Widerstandsformen verlagert. Eine Schätzung des belarussischen Innenministeriums geht von mehreren hundert Partisanen aus, die direkt am belarussischen »Eisenbahnkrieg« beteiligt sind. Aktivistinnen gehen von Tausenden von Unterstützern aus.

Die häufigste Form der Sabotage ist das Inbrandsetzen von Signalschaltkästen, so dass die Signale dauerhaft auf Rot schalten und der Zugbetrieb nur noch »manuell« durch Freigabe der Strecken per Funkkommunikation möglich ist. Dadurch werden die Züge gezwungen, mit einer Geschwindigkeit von 15 bis 20 Kilometern pro Stunde zu fahren. Anfang März behauptete ein Telegram-Kanal belarussischer Eisenbahnerinnen, dass russische Militärtransporte als Folge des »Eisenbahnkriegs« eingestellt worden seien. Auch Oleksandr Kamyshin, Chef der ukrainischen Eisenbahngesellschaft, deutete in einem Interview an, dass die Aktionen der Partisaninnen zu einem zeitweiligen Stillstand des Eisenbahnverkehrs geführt hätten. Die russischen Militärtransporte seien sieben Tage nicht vorangekom-

men. Russische Logistikzüge verkehrten zwar danach wieder in Belarus, aber es würden Vorsichtsmaßnahmen zu ihrem Schutz getroffen: Sie führen nicht mehr nachts und immer mehr Waffen und Munition würden in normalen Güterwaggons transportiert, um keine Aufmerksamkeit zu erregen. »Aktivisten versuchen, Transporte von Militärgütern zu blockieren oder zu verzögern, vor allem in den Regionen Homiel und Brest, wo die Truppen in Bewegung sind«, sagt Pavel Latushka, einer der führenden Köpfe der belarussischen Opposition.<sup>11</sup>

## CYBERPARTISANEN

Den Auftakt der Sabotageserie machte jedoch ein Hackerangriff. Cyberpartisaninnen legten mit ihrer Cyberattacke am 27. Februar (drei Tage nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine) das Computernetz der weißrussischen Eisenbahngesellschaft lahm. Auf zwei Hauptstrecken fuhren gar keine Züge mehr, alle anderen im Land mussten auf Sicht fahren (15-20 km/h). Fahrkarten konnten nicht mehr gebucht werden – an den Bahnhofschaltern mussten sie per Hand ausgestellt werden. Bereits vor Beginn des russischen Angriffskrieges, am 24. Januar, hatten die Hackerinnen die belarussische Bahn infiltriert und einige Server, Datenbanken und Workstations verschlüsselt, um die Bewegung russischer Truppen zu sabotieren, »da die Spannungen über eine mögliche erneute Invasion in der Ukraine zunehmen«.<sup>12</sup>

Die Cyberpartisanen werden auf etwa 30 Personen geschätzt; nicht alle agieren von Belarus aus. Einige von ihnen sind ins Ausland gegangen. Zum ersten Mal traten die Cyberpartisaninnen im September 2020 in Erscheinung, als es in Belarus vielfältige Protestaktionen gegen die offenkundig gefälschte Präsidentschaftswahl gab – und zunehmende Repressionen gegen die Demonstrierenden. Damals war es ihnen gelungen, in die internen Systeme des belarussischen Sicherheitsapparates einzudringen und zu zeigen, wie das immer autoritärere System von Alexander Lukaschenko im Inneren funktioniert. Am 8. Juli 2021 gelang ihnen ihr bislang größter Coup: Sie erbeuteten von Regierungsservern sechs Terabyte geheimer Informationen, darunter auch die internen Datenbanken des Innenministeriums. Seitdem veröffentlichten sie einige der Interna häppchenweise auf Youtube: Namen und Adressen von Geheimdienstmitarbeiterinnen, wer die Befehle zur Festnahme von Demonstrantinnen erteilt hatte, auf welche Weise die Sicherheitskräfte die Gerichte kontrollierten und unerträgliche Bedingungen für die Verhafteten schufen. Lukaschenko wies daraufhin seine Sicherheitskräfte an, zum Papier zurückzukehren, wenn sie Informationen auf ihren Computern nicht sichern könnten.

Bei der Bewertung der erbeuteten Regierungsdokumente war bereits die Zusammenarbeit mit einer Gruppe von (ehemaligen) Regierungsangestellten hilfreich<sup>13</sup>, die zum Widerstand übergelaufen waren. Diese Zusammenarbeit bewährte sich nun bei der Bahn-Sabotage erneut.

10 Interview mit Iryna Herasimovich, <https://www.deutschlandfunk.de/zwei-jahre-nach-den-protesten-in-belarus-100.html>

11 [https://www.liberation.fr/international/europe/au-belarus-les-opposants-a-la-guerre-en-ukraine-engagent-la-bataille-du-rail-20220324\\_WHTJ2UNNVZHLXI3UMS3WX5WTJM/](https://www.liberation.fr/international/europe/au-belarus-les-opposants-a-la-guerre-en-ukraine-engagent-la-bataille-du-rail-20220324_WHTJ2UNNVZHLXI3UMS3WX5WTJM/) Auszüge frei zugänglich unter: <https://sansnom.noblogs.org/archives/11299>

12 <https://twitter.com/cpartisans/status/1485618881557315588>

13 <https://www.technologyreview.com/2021/08/26/1033205/belarus-cyber-partisans-lukashenko-hack-opposition/>

## PARTISANEN

*ByPol*, eine Organisation (größtenteils ehemaliger) Mitarbeiterinnen des belarussischen Sicherheitsdienstes, versucht, die Sabotageaktivitäten zu koordinieren und hat nach eigenen Angaben seit Anfang März sechs große »Partisanenoperationen« gegen das Schienennetz in Belarus durchgeführt. Eine davon am 19. März – sämtliche Zugverbindungen zwischen Belarus und der Ukraine wurden sabotiert. Die Gleise, die von Brest, Luninets, Kalinkavitchy und Homiel zur Grenze führen, wurden außer Betrieb gesetzt. Die Blockade hielt mindestens vier Tage an.<sup>14</sup>

*ByPol* ist eine im Oktober 2020 gegründete Initiative, in der nach eigenen Angaben (unter anderen) Hunderte von amtierenden und ehemaligen Sicherheitsbeamten organisiert sind, die sich der oppositionellen Svetlana Tikhanovskaya verpflichtet fühlen und (verdeckt) für den Sturz Lukaschenkos und die Einsetzung einer demokratischen Regierung in Belarus kämpfen. Sie leiten eine internationale Untersuchung der von Lukaschenkos Regime begangenen Verbrechen gegen die Protestbewegung in Belarus. Darüber hinaus versuchen sie, Lukaschenkos Regime aus dem In- und Ausland zu zersetzen und zu sabotieren, um eine Rechtsstaatlichkeit »wiederherzustellen«<sup>15</sup>. Dabei arbeiten



Abb. 1: Zerstörte Relaisanlage der belarussischen Bahn.

sie u. a. zusammen mit der ebenfalls 2020 gegründeten Gruppe *BySol*<sup>16</sup> zur Unterstützung politisch Verfolgter und Gefangener.

## REPRESSIVE ABSCHRECKUNG

Um Sabotageakte zu verhindern, haben die Behörden die Patrouillen an den Bahnanlagen verstärkt und eine Kampagne brutaler Repressionen gegen die Partisaninnen selbst eingeleitet. Von Anfang an kündigten die belarussischen Sicherheitskräfte an, dass »jegliche Aktionen« gegen Bahnanlagen als terroristischer Akt betrachtet würden, d. h. die Beteiligten würden eines Verbrechens angeklagt, auf das in Belarus die Todesstrafe steht. Bis Juni sind etwa 40 Personen wegen des Verdachts auf Sabotage festgenommen worden.

Das Vorgehen der Sicherheitskräfte zielt darauf ab, die lokale Bevölkerung einzuschüchtern. Der stellvertretende Innenminister Gennady Kazakevich drohte damit, Partisanen zu töten: »Wie Sie wissen, kann man mit Terroristen nicht verhandeln, man kann sie nur vernichten«, sagte er Anfang März. Diese Worte sind keine leere Drohung: Die belarussischen Sicherheitskräfte haben in der Tat einen Freibrief für den Einsatz von Schusswaffen gegen Saboteure erhalten. Ende März wurde berichtet, dass eine Einheit der »internen Truppen« das Feuer auf Personen eröffnet hatte, die Signalelektrik im Westen von Belarus anzündeten. Niemand wurde verletzt, und die Aktivistinnen konnten entkommen. Am 6. April kam es jedoch zu weiteren Festnahmen, nachdem in den Regionen Bobruisk und Borissow Signalsysteme angezündet worden waren: zwei Personen erlitten Schussverletzungen, eine Person wurde mit einem Messer verletzt.

Das Menschenrechtszentrum *Viasna* berichtet, dass die Sicherheitskräfte nach Beginn des »Eisenbahnkriegs« eine Reihe von Razzien in Städten in der Nähe der Sabotageorte – Stolbtsy, Dzerzhinsk und Baranowitschi – durchführten. Die Wohnungen von Personen, von denen bekannt war, dass sie zuvor an Protesten teilgenommen hatten, wurden durchsucht und ihre Telefone überprüft. Hinweise auf oppositionelle Telegram-Kanäle genügten um die Betroffenen in Haft zu nehmen. Zusätzlich haben Sicherheitsdienste gegen belarussische Bahnmitarbeiter ermittelt: Ende März wurden etwa 40 Personen festgenommen. Ihre »Reuevideos« – in denen sie zur präventiven Abschreckung vor laufender Kamera ihr Bedauern über ihre Taten ausdrückten – erschienen später auf von den Behörden kontrollierten Social-Media-Kanälen. Das einzige Vergehen dieser Personen bestand darin, dass sie einen bestimmten Telegram-Kanal für Eisenbahner abonniert hatten, der von den Behörden als »extremistisch« eingestuft wurde. Am 18. Mai unterschrieb Alexander Lukaschenko ein Gesetz, das die Möglichkeit der Todesstrafe für einen versuchten Terrorakt vorsieht.<sup>17</sup>

14 <https://sansnom.noblogs.org/archives/11299>

15 <https://bypol.org/en>

16 <https://www.bysol.org/en/>

17 <https://www.france24.com/en/europe/20220518-belarus-introduces-death-penalty-for-attempted-terrorism>

*Lukaschenko weiß sehr wohl, wie stark die Antikriegsstimmung in der belarussischen Gesellschaft ausgeprägt ist.*

Der Widerstand geht dennoch weiter. Menschen im ganzen Land sind zu freiwilligen ›Augen und Ohren‹ von *Belaruski Gaiun* geworden, einem oppositionellen ›Überwachungsdienscht‹, der die Bewegungen der russischen Truppen auf dem belarussischen Territorium, Raketenstarts sowie Starts und Landungen von Militärflugzeugen aufzeichnet. Anton Motolko, der das Meldeportal leitet, sagte in einem Interview, dass täglich etwa 1.000 Nachrichten eintreffen. Aber die Personen, die Informationen an *Belaruski Gaiun* senden, müssen auch damit rechnen, dass sie strafrechtlich verfolgt werden. Menschen werden verhaftet, weil sie Artikel über den Krieg auf Wikipedia bearbeiten, den Krieg in privaten Gesprächen kritisieren oder einfach nur ein Band mit den Farben der ukrainischen Flagge an einem öffentlichen Ort anbringen.

Verhaftete werden vielfach vor dem Hintergrund des Symbols von Putins Aggression gegen die Ukraine – dem Zeichen Z – fotografiert und gezwungen, sich vor der Kamera beim »russischen Volk« zu entschuldigen.

## KEINE DIREKTE BETEILIGUNG AN KAMPFHANDLUNGEN

Lukaschenko äußerte im November 2021, dass er »im Falle eines Krieges im Donbas« nicht unbeteiligt zuschauen würde. Tatsächlich wurde im März 2022 die Bewegung belarussischer Einheiten in Richtung der südlichen Grenze beobachtet. Lukaschenko hat bereits mehrfach behauptet, die Ukraine habe ballistische Raketen auf belarussisches Gebiet abgeschossen. Beweise dafür hat er nicht vorgelegt, aber die Äußerungen mussten als Versuch interpretiert werden, den künftigen Kriegseintritt von Belarus zu rechtfertigen. Dennoch gibt es derzeit keine Evidenz für eine tatsächliche Beteiligung der belarussischen Armee an Kampfhandlungen.

Im März kursierten immer wieder Gerüchte, dass Lukaschenkos Armee kurz vor dem Eintritt in den Krieg gegen die Ukraine stehe. Am 3. März erklärte der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte, belarussische Fallschirmjäger hätten angeblich bereits den Befehl erhalten, die Grenze zu überschreiten. Am 11. März behauptete die ukrainische Führung, in der Grenzregion Kopani werde eine russische Provokation vorbereitet, auf die am selben Tag ein Einmarsch der belarussischen Armee folgen werde. Am 20. März meldete das ukrainische Verteidigungsministerium erneut Anzeichen für die Vorbereitung einer belarussischen Invasion; zu diesem Zeitpunkt schätzte der ukrainische Generalstab einen Angriff in der Region Volyn als sehr wahrscheinlich ein. In all diesen Fällen haben sich die Informationen letztlich nicht bestätigt.<sup>18</sup>

Das wichtigste Kriegshemmnis scheint zu sein, dass Lukaschenko sehr wohl weiß, wie stark die Antikriegsstimmung in der belarussischen Gesellschaft ausgeprägt ist. Umfragedaten von *Chatham House* von Anfang März zeigen, dass selbst die große Mehrheit der Menschen, die die Diktatur unterstützen,

einen belarussischen Einmarsch in die Ukraine nicht befürworten würde. Nur drei Prozent der Befragten der Chatham-House-Umfrage befürworteten eine Beteiligung am Krieg, während 28 Prozent der Befragten der Meinung waren, dass es richtig sei, das Vorgehen Russlands zu unterstützen, ohne direkt in den Konflikt einzutreten.

Eine Armee, die in einer solchen Atmosphäre ›an der Heimatfront‹ operiert, gilt als unzuverlässig. Schon in Friedenszeiten hatte das Regime in den Augen der meisten Belarussen kaum noch Legitimität. »Es ist keine Tatsache, dass [Lukaschenko] nicht [in den Krieg] eintreten wird«, sagte der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij am 5. April. »Wir werden es erst am Ende wissen; der Krieg ist noch nicht vorbei. Aber trotzdem muss [Lukaschenko] auf sein Volk schauen. Und das weißrussische Volk ist gegen den Krieg mit der Ukraine.«

Es wird eingeschätzt, dass Lukaschenko eine schwere innere Krise fürchtet, wenn Weißrussland mit eigenen Kampfhandlungen in den Konflikt eintritt. Die breiten Sabotage- und Cybersabotage-Aktionen, als prominenteste Ausdrucksform dieser Ablehnung des Krieges, könnten in dieser Abwägung eine Rolle gespielt haben.

Ende März, als Russland begann, sich aus Kiew und Tschernihiw zurückzuziehen, nahm die Wahrscheinlichkeit einer direkten Beteiligung Weißrusslands an dem Konflikt aus taktischen Erwägungen zunächst deutlich ab. Nach Angaben ukrainischer und westlicher Geheimdienste plant das russische Militär, seine Hauptanstrengungen auf den Osten und Süden der Ukraine zu konzentrieren. Die weißrussische Front hat vielleicht nicht mehr die höchste Priorität. Dennoch schließen Militär-expertinnen eine Beteiligung der belarussischen Armee in den nächsten Phasen des Krieges nicht aus. Mitte Mai hat die belarussische Armee einen Auftrag über die Herstellung von 20.000 Erkennungsmarken aus Aluminium ausgeschrieben mit Angaben über Person und Blutgruppe.<sup>19</sup>

Seit Juni versucht Russland Belarus stärker in die Kampfhandlungen einzubeziehen – bislang jedoch immer noch ohne belarussische Streitkräfte direkt zu nutzen. Am 25. Juni wurden Raketen von russischen Mittelstreckenbomben von Belarus aus in die Ukraine abgefeuert. Putin kündigte zuvor bei einem Treffen mit dem belarussischen Staatschef Lukaschenko an, Russland werde »in den kommenden Monaten« das Raketen-system Iskander-M an Belarus liefern, das auch mit Atomsprenköpfen bestückt werden kann. Putin bot Lukaschenko zudem an, bei der Aufrüstung belarussischer Kampfflugzeuge zu helfen, damit diese künftig ebenfalls Atomwaffen transportieren können.

**Guido Arnold ist Physiker und arbeitet am DISS zum Thema digitalisierte Biopolitik.**

<sup>18</sup> <https://www.opendemocracy.net/en/odr/why-belarus-is-yet-to-join-russias-invasion-of-ukraine/>

<sup>19</sup> <https://charter97.org/ru/news/2022/5/24/469272/>



# In der Hitze der Schlacht

## WENN IMPERIALISTEN IMPERIALISTEN IMPERIALISTEN NENNEN

Von Lina Ganowski

Zunächst einmal empfehle ich, die Frage danach, wie denn sonst die überfallene Ukraine sich gegen Russland (genannt Putin) wehren könnte als mit »schweren Waffen« aus deutscher Wertarbeit, überhaupt nicht zu beantworten. Das ist keine nachdenkliche Frage, sondern eine suggestive. Das ist keine Frage um Rat, sondern eine Beschuldigung. Die, denen diese Frage gestellt wird, sind denen, die sie stellen, keine Rechen-schaft schuldig. Die, denen diese Wie-denn-sonst-Fragen gestellt werden, haben die Probleme, für die, die diese Fragen stellen, keine andere Lösung wissen als den Status quo, nicht zu verantworten. Wer war es denn nicht, der das Wettrüsten vorantrieb, bestenfalls guthieß, dem bestenfalls nichts daran auffiel? »Kein Kommentar« ist auch ein Kommentar, oft der beste, so auch hier.

»Der Hauptfeind steht im eigenen Land« ist eine Fundamen-talthese, oft zitiert, oft relativiert, manchmal angezweifelt. Nun gibt es viele Länder, also viele Hauptfeinde. Im Falle imperia-listischer Kriege sollte für die Arbeiterklasse gelten: In der Außenpolitik neutral, in der Innenpolitik Opposition. So versteht man Liebkecht wohl richtig.

Als Wladimir Putin, Chef von Russland, 2001 im Bundestag in deutscher Sprache Kooperation aller europäischer Länder vorschlug (Zeitungsdeutsch: »die Hand zur Versöhnung aus-streckte«), bekam er stehende Ovationen, was aber nur bedeu-tete: Gut gebrüllt, Löwe. Der Beifall war nur ein Spektakel, das zu nichts verpflichtete. Den Feiertagen, den Festreden folgt der Alltag mit seinen ehernen Gesetzen. Für die Politik heißt das: werde zum Scheusal, oder du gehst unter. Wenn du zum Scheu-sal geworden bist, heißt das noch lange nicht, daß du nicht untergehst.

Genscher hatte versprochen: Es gibt keine Osterweiterung der Nato. Das war gelogen. Als Genscher gelogen hat, begann der Countdown zu diesem Krieg. Das macht den Putin nicht bes-ser, und es macht ihn nicht schlechter. Denn er ist ein Politiker in dem Zeitalter, in dem man als Politiker zum Scheusal werden muß, um nicht unterzugehen, und dann vielleicht doch unter-geht.

Zu den Abscheulichkeiten der Politik gehört auch die stupide Dämonisierung des bösen Gegners. Es ist zum Verzweifeln, wenn da nur Empörung ist und keine Ahnung, und insbeson-dere, daß die Berufspolitiker nichts dagegen haben, weil es ihnen das Leben erleichtert. Der Reaktion kommt es zupass, wenn dem Chef von Russland das Hitler-Bärtchen angekrickelt wird. Exkulpierung ist ein Kontinuum der Politik in Deutsch-land-West. Hier wird deutlich, wie wichtig und wie hart der Kampf um die geschichtliche Wahrheit zu führen ist! Und hier wird auch deutlich, daß von einer »Zeitenwende« keine Rede sein kann. Es tritt nur in ein neues Stadium, was schon lang im Gange ist.

Man mag die Politik Russlands gegen die Ukraine aufwiegen gegen die Politik des Westens gegen Lumumbas Kongo, gegen Castros Kuba, gegen Nicaragua, gegen Grenada usw. Dennoch liegen die Dinge hier komplizierter. Keine Seite kann hier frei-gesprochen werden. Zivile Opfer in der Ostukraine durch das vom Westen eingesetzte Regime in Kiew – der Schutz der rus-sischen Minderheit durch russisches Eingreifen ging einher mit der Vertreibung von Sinti und Roma. Unterdrückung der Opposition durch das Selenskyj-Regime, Einbindung faschis-tischer Gruppen in Staatsapparat und Armee. Korruption und Oligarchie auf beiden Seiten. Unterdrückung der Opposition auch in Putins Reich. Aber: Nicht jeder, der in der Ukraine oder in Russland oder im Westen gegen Putin ist, will Demokratie.

### DIPLOMATEN-SPRACHE 2022

„Was mich sehr bedrückt, dass solche erbärmlichen Loser wie Vad, die keine Ahnung vom Krieg haben, [...] immer wieder die große Bühne kriegen, statt mal fischen zu gehen.“

Der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, twittert am 22.4.2022 über Bundeswehr-Brigadegeneral a.D. Erich Vad.

Wer die Geschichte der Ukraine in den Jahren seit 1990 betrachtet, findet, daß das Land in der Person von Andrij Melnyk zwar keinen würdigen, aber den passenden Botschafter hat.

2015 legte dieser »Diplomat« am Grab von Stepan Bandera einen Kranz nieder. Bandera war im Zweiten Weltkrieg Kollaborateur der Nazis, schuldig an Kriegsverbrechen, verantwortlich für Pogrome an Juden. Bandera ist auch Vorbild für die Partei »Svoboda« und die rechtsextremen Milizen »Prawyj Sektor« (rechter Sektor) und das Regiment Asow. Letzteres wird finanziert vom Oligarchen Ihor Kolomojsky, der Selenskyjs Präsidentschaftswahlkampf finanzierte. Kolomojskys Anwalt Andrij Bohdan ist enger Berater des Präsidenten Selenskyj und Leiter der Präsidentialverwaltung.

Das berüchtigte Asow-Regiment ist seit 2014 den ukrainischen Streitkräften offiziell eingegliedert. Es untersteht dem Innenministerium. Asow-Patrouillen ziehen durch die Straßen und terrorisieren Roma-Siedlungen. Das Asow-Regiment verwendet das Wolfsangel-Emblem der SS.

In Deutschland hält das Asow-Regiment Verbindungen zur Partei »Der III. Weg« und zur »Identitären Bewegung«. Das Asow-Regiment hat in rechtsextremen Gruppen in Deutschland versucht, Söldner anzuwerben. Zum Beispiel wurden auf einem Rechtsrock-Festival 2017 in Thüringen deutschsprachige Flyer verteilt, die dazu einluden, »in die Reihen der Besten« einzutreten, um »Europa vor dem Aussterben« zu bewahren.

In militanten rechtsextremen Kreisen ist allerdings hierzulande die Sympathie eher auf der Seite Russlands.

Lina Ganowski ist Kolumnistin der Duisburger Satirezeitung *Der Metzger*. Dieser Beitrag erschien zuerst in ihrer Kolumne »La Notte« in *Der Metzger* Nr. 144, Mai 2022.

Diese Zeitung willst du lesen

## Der Metzger

### Satire & Polemik

Das satirische Magazin wird von Helmut Loeven herausgegeben und erscheint seit 1968.

*geschichtsbewußt  
zivil  
hedonistisch  
interfraktionell  
sex-positiv*

Das neueste Heft kann man sich für 4 € schicken lassen.

Bestelladresse:  
**Buchhandlung Weltbühne**  
Gneisenaustraße 226  
47057 Duisburg

(da ist es schön, da gehn wir hin)

0203 – 375121

bestellungen@buchhandlung-weltbuehne.de

Mehr darüber im Internet unter  
[www.buchhandlung-weltbuehne.de](http://www.buchhandlung-weltbuehne.de)

Wer abonniert,  
hat mehr vom Metzger!

o O o

*und wenn schon denn schon:*

Das schönste Weblog  
von der ganzen Welt

**Amore e Rabbia**

Das Weblog aus gutem Hause

[helmut-loeven.de](http://helmut-loeven.de)

# Schlaglichter des Kriegsdiskurses:

## EINE KLEINE INVENTARAUSWAHL ZUM ÖFFENTLICHEN SPRACHGEBRAUCH IM FRÜHJAHR 2022

von Felix Tripps, Friedemann Vogel und der Forschungsgruppe »Diskursmonitor«

Spätestens seit dem Angriff und Einmarsch Russlands in der Ukraine dominiert der Krieg auch die bundesdeutschen Debatten und schlägt sich im Sprachgebrauch nieder. Die folgende Inventarisierung von diskursprägenden Wortfeldern, Schlagwörtern und Topoi bildet lediglich einen kleinen Ausschnitt des Geschehens ab und fokussiert vor allem jene Phänomene, die über allgemeine Kriegsdiskurse hinaus in der aktuellen Auseinandersetzung eine besondere Rolle einnehmen. Die Sammlung stammt aus kontinuierlichen Beobachtungen und Diskussionen in der Forschungsgruppe »Diskursmonitor und Diskursintervention« (<https://diskursmonitor.de>), die sich seit 2019 um die Erfassung, Systematisierung und Dokumentation von strategischen Kommunikationspraktiken bemüht. Eine systematische Erhebung und korpusbasierte Auswertung sprachlicher, visueller und audiovisueller Zeichen im und um den Krieg stehen noch aus.

Neben der Übersicht über einige diskursprägende Schlagworte, Wortfelder und Topoi bietet die untenstehende Liste auch jeweils eine kurze Beschreibung bzw. Einordnung aus diskursanalytischer Perspektive. Dabei geht es nicht um eine inhaltliche Bewertung der jeweils aufgerufenen Deutungsmuster, sondern um die Beschreibung der Funktionsweise der jeweiligen Ausdrücke in ihrem im Diskurs beobachtbaren regelhaften Gebrauch.

**#PutinsKrieg vs. #Russlandkrise:** Benennungskonkurrenz (Hashtags) und damit einhergehender semantischer Kampf um die Perspektivierung des Agenten, vor allem zu Kriegsbeginn und in den ersten Kriegswochen (Februar-März 2022).

**#unfassbar:** Hashtag zum Ausdruck von emotionaler Betroffenheit durch die sich überschlagenden Ereignisse.

**Abschreckung:** Ausdruck, der häufig in Argumentationsmustern verwendet wird, die die militärische Aufrüstung und Mobilmachung in Europa befürworten. Die Demonstration militärischer Schlagkraft und Einsatzbereitschaft auf der Seite des Westens würde Russland von einer weiteren Ausweitung des Konfliktes abhalten. Dieser Topos ist das Gegenstück zur Argu-

mentation, militärische Aufrüstung sowie Mobilmachung hätte eine provozierende Wirkung auf die russische Seite und würde die Gefahr einer Eskalation des militärischen Konfliktes durch Russland erhöhen (siehe *eskalieren*).

**Atombombe:** Schlagwort-Gebrauch des Ausdrucks zur Abschreckung des Gegners (z.B. durch das Andeuten von Bereitschaft, Atombomben einzusetzen). Findet sich analog dazu auch in Argumentationen, die unter den Gefahren-Topos fallen (eine Einmischung westlicher Staaten in den Krieg könne Russland zum Einsatz von Atomwaffen treiben).

**Besuch (in Kiew):** Der *Besuch* der Ukraine bzw. der Hauptstadt Kiew durch hochrangige PolitikerInnen gilt im Diskurs als Demonstration und Beleg für *Solidarität* mit dem Land; sich ›verzögernde‹, ›abgesagte‹ oder ›ungebetene‹ *Besuche* (wie im Falle von Olaf Scholz) wurden tendenziell moralisch sanktioniert. Besuche werden medial inszeniert und dienen zur Profilierung der Besuchenden.

**Brücke (Erdgas, Kohleverstromung usw.):** Alternatives Schlagwort zu Brückentechnologie und Indikator für den Topos, nicht-regenerative Energieressourcen (trotz Klimakrise) vorübergehend weiter zu nutzen; in den 2000er Jahren mit Bezug auf den Zeitpunkt, zu dem regenerative Energieressourcen in der Breite zur Verfügung stünden, aktuell mit Bezug auf die Dauer des Krieges und für die Dauer von (drohender) Energieknappheit.

**Bucha / Butscha:** Ortsname, der im gegenwärtigen Diskurs pars pro toto für die Tatsache russischer Kriegsverbrechen und Amoralität steht; der Name ist zugleich zentraler argumentativer Bezugspunkt für die Durchsetzung militärischer Aufrüstung westlicher Staaten sowie zur Delegitimierung von Forderungen nach Friedensverhandlungen mit Russland.

**David gegen Goliath:** Kollektivsymbol, das metaphorisch für asymmetrische Konflikte verwendet wird. Durch den Gebrauch werden den Kriegsparteien bestimmte Attribute zugeschrieben. Russland als die ›eindeutig überlegene‹ und ›angst-



einflößende« Streitmacht, der sich die Ukraine als »eigentlich hoffnungslos unterlegener« und »moralisch unterstützenswerter« Gegner entgegenstellt und aufgrund seiner »mutigen« und »cleveren« Art zu kämpfen aber unerwartete Siegchancen hat. Dieses Bild kann im Diskurs zur Heroisierung der ukrainischen Seite beitragen.

**Defensivwaffen:** (Euphemistisches) Schlagwort in der Debatte darüber, ob Deutschland die Ukraine mit Waffenlieferungen unterstützen soll. Durch den Ausdruck wird der Aspekt der (moralisch legitimen) Selbstverteidigung akzentuiert. Er trägt zu einer vereindeutigenden Angreifer-Verteidiger-Schematisierung bei. Außerdem suggeriert die Unterscheidung verschiedener Waffentypen, die Lieferung von *Defensivwaffen* sei eine weniger gravierende Einmischung in das Kriegsgeschehen und moralisch leichter zu rechtfertigen als die Lieferung von *Offensivwaffen* oder sogenannten *schweren Waffen*. Der Ausdruck wurde musterhaft gebraucht, um öffentliche Zustimmung für Waffenlieferungen von Deutschland an die Ukraine zu befördern und gleichzeitig die Rolle Deutschlands als indirekte Konfliktpartei zu relativieren. Siehe auch *Waffen, schwere*.

**Demokratie, wehrhafte:** Hochwert- und Fahnenwort zur Legitimierung militärischer Aktivitäten der Eigengruppe gegen erklärte Mitglieder (Staaten, Gruppen, Personen) einer Feindgruppe.

**Diplomatie:** Gegenschlagwort zu Stigmawörtern wie *Kriegstreiberei* u.a.; initialisiert die Forderung nach (mehr) Verhandlungsbemühungen zwischen Russland, Ukraine und Dritten; zeitweise im Diskurs »kontaminiert« mit Verweis auf eine »Nichtverhandlungsfähigkeit« von Putin und/oder an Voraussetzungen geknüpft (z.B. militärischer Druck auf Russland).

**Diskriminierung (von Russen in Deutschland):** Vor allem zu Beginn des Krieges vermehrt Meldungen über verbale oder tätliche Angriffe gegen »russisch-stämmige« oder russisch-sprechende MitbürgerInnen oder Geschäfte in Deutschland.

**Doomscrolling:** Schlagwort für als Belastung empfundenen, exzessives und auch Hilflosigkeit signalisierendes Konsumieren negativer Nachrichten; v.a. zu Kriegsbeginn oft thematisiert bzw. wiederaufgegriffen.

**Energiesparen / Spritsparen gegen Putin** (sowohl affirmativ als auch sarkastisch: *Frieren gegen Putin* bzw. *für die Ukraine*): Schlagwort verbunden mit dem moralischen Appell, bestimmte als »russisch« semantisierte Energieressourcen (insb. Öl und Gas) einzusparen und damit auch »drohendem« Energiemangel entgegenzuwirken. Ähnliche Verwendungen: »*Fahrradfahren ärgert Putin*« (WDR); »*Putins Angriffskrieg gegen die #Ukraine – finanziert von unseren Öl-Importen – Was jetzt hilft: Runter vom Gas und Sprit sparen!*« (Campact). In affirmativer Verwendung kollektivieren diese Formeln (gedanklich-konzeptuell) auch eine Kriegsbeteiligung: sie insinuieren, jeder könne mitmachen, einen eigenen Teil dazu beitragen und »mitkämpfen« etc.

## Das bedeutet Putins Angriff für unseren Alltag



Foto: Kay Nietfeld/dpa

(Bild Online vom 25.02.2022, <https://www.bild.de/bild-plus/politik/ausland/politik-ausland/ukraine-krieg-das-bedeutet-putins-angriff-fuer-unseren-alltag-79267584>)

**eskalieren:** Verb in transitivem Gebrauch, tendenziell als Kritik an Waffenlieferungen an die Ukraine oder ausgedehnte Sanktionen gegen Russland, verbunden mit dem Vorwurf des Inkaufnehmens oder gar Provozieren einer »Gewaltspirale«. Siehe auch *Atombombe*.

**Experten / Expertinnen:** Der Ausdruck steht für den ausgeprägten Einsatz des Autoritätstopos im mediopolitischen Diskurs, nach dem wesentliche politische Einschätzungen und Entscheidungen durch ExpertInnenmeinungen legitimiert werden (müssen). Im fortgeschrittenen Kriegsdiskurs zeigt sich allerdings eine ähnliche Entwicklung wie schon zuvor im Pandemiediskurs: von der absoluten, unhinterfragten Geltung des Expertenstatus (Pandemie: v.a. Akteure aus den Bereichen Virologie und Epidemiologie; im Kriegsdiskurs: v.a. Mitglieder in Transatlantiker-Think-Tanks und Akteure aus den Bereichen Militärstrategie und Politikwissenschaft) hin zu einem Konflikt um die legitime Zurechnung des Expertenstatus (*Expertenstreit*), im hiesigen Kriegsdiskurs vor allem als Rivalität zwischen PolitikwissenschaftlerInnen, *OstexpertInnen* (*LandeskundlerInnen*), KonfliktforscherInnen u.a.

**Flüchtlinge, gute vs. schlechte:** Metadiskursives Schlagwort zur kritischen Benennung von Doppelstandards im Umgang mit Flüchtlingen unterschiedlicher Herkunft (v.a. aus Syrien/Afghanistan vs. Ukraine).

**Freiheit:** Aktualisiertes (Dauer-)Hochwert- und Fahnenwort in der Freund-Feind-Schematisierung »freiheitliche Ukraine/Westen« vs. »unfreies, diktatorisches Russland« (vgl. z.B. Paul Ronzheimers Kommentar in der Bild mit dem Titel »Europas Freiheit wird in der Ukraine verteidigt«).

**Freiheitsenergien:** Appellatives Fahnenwort zur Bezeichnung von regenerativen Energien (bzw. dazugehörigen Technologien), eingebracht von Finanzminister Christian Lindner am 20.04.2022 zur Legitimierung der Regierungspolitik sowie vermutlich auch zur Immunisierung gegen mögliche Kritik von

FDP-Anhängern an einem (scheinbaren) Paradigmenwechsel der FDP; siehe auch *Freiheit*.

**Gewinnen / nicht gewinnen / nicht verlieren:** Semantischer Kampf um die Bezeichnung des Ziels der Ukraine bzw. des Ziels westlicher Unterstützung gegen Russland; während konservative Regierungen (wie die Großbritanniens) und Parteien dafür plädieren, die Ukraine müsse gegen Russland *gewinnen*, lehnen Sozialdemokraten und Liberale dieses Ziel ab mit Verweis auf die Gefahr eines möglichen neuen Weltkriegs. Russland dürfe – so das Fahnen syntagma von Bundeskanzler Scholz – *nicht gewinnen* bzw. die Ukraine den Krieg *nicht verlieren*.

**Hacking / Hacktivismus:** Schlagwort, üblicherweise von Politik und Medien pejorativ gebraucht zur Kriminalisierung von ›IT-Manipulation‹ und Gruppen wie *Anonymous*; in den ersten Wochen des Krieges wurden mit dem Schlagwort allerdings in affirmativer Weise IT-Angriffe auf russische Infrastruktur bezeichnet und Gruppen wie *Anonymous* (deren Authentizität aber immer unprüfbar bleibt) zumindest vorübergehend in ihrem Image rehabilitiert.

**Held:** Achtungstitel von Politik und Presse für den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj; die Heroisierung wird auch grafisch visualisiert etwa durch Montagen des Präsidenten als Marvel-Comic-Held (populäre Fiction-Serie); siehe auch *David gegen Goliath*.

**Hitler:** Mit fortschreitendem Kriegsverlauf nehmen Vergleiche zwischen russischen und nationalsozialistischen Kriegsaktivitäten (und -verbrechen) sowie Putin-Hitler-Vergleiche zu; sie sind oft Teil von Argumentationsketten zur Stützung von Forderungen nach einem stärkerem (militärischen) Eingreifen europäischer Staaten in den Krieg.

**Influencer / Influencerin:** Generelle Bezeichnung für populäre Internet-Akteure mit großer Reichweite; im Kriegskontext stehen *InfluencerInnen* teilweise in der Kritik, als PropagandistInnen im Dienste Russlands aktiv zu sein. Siehe auch *Experten / Expertinnen*.

**Interessenausgleich:** Fahnenwort von KritikerInnen der Waffenlieferungen bzw. BefürworterInnen einer diplomatischen Lösung unter Berücksichtigung von russischen *Sicherheitsinteressen* bzw. *Einflusssphären*.

**Kiew vs. Kyjiw:** Benennungskonkurrenz bei der Bezeichnung der ukrainischen Hauptstadt mit Blick auf unterschiedliche Ableitungen aus dem Russischen (dann als ›kolonialistisch‹ konnotiert: *Kiew*) oder dem Ukrainischen (als ›moralisch korrekte‹, also sich solidarisch schreibende Schreibweise, weil aus dem Ukrainischen abgeleitet).

**Konfliktparteien als Quelle:** Nach zunehmender Kritik an der unmarkierten Übernahme von Äußerungen von Kriegsparteien werden bei Berichten über Kriegsverläufe bei der ARD und anderen öffentlichen Medienanstalten Disclaimer in der genannten oder ähnlichen Form eingesetzt, um auf den Mangel an Informationsprüfung hinzuweisen (was die Redaktionen allerdings nicht davon abhält, die ungeprüften Informationen zu verteilen).

**Krankheit (Putins):** Der Ausdruck findet sich häufig im Zusammenhang mit der psychiatrischen Pathologisierung des Verhalten Putins; zeitweise gab es in der deutschen Medienberichterstattung viel Spekulation um eine psychische Erkrankung Putins, zuletzt auch vermehrt Spekulationen bzgl. seiner physischen Gesundheit (z.B. Krebserkrankung als Handlungsmotivation). Die Pathologisierung Putins delegitimiert seine Weltdeutung und birgt außerdem das Potenzial, seine Machtposition nach innen zu schwächen.

**Kriegsmüdigkeit:** Stigmawort – nach Übersetzung des tatsächlich gebrauchten Ausdrucks *Fatigue* wurde K. in Presseartikeln der Außenministerin zugeschrieben (25.05.2022) – zur Diskreditierung einer Situation bzw. von Personengruppen als ›unzureichend gegen den russischen Angriff motiviert‹ bzw. als Appell für ›mehr Engagement gegen den Feind‹.

**Kriegstreiber:** Stigmaausdruck (Feindbegriff) zur Diskreditierung von Diskursakteuren, die sich für die militärische Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland einsetzen.

**Kriegsverbrechen:** Sowohl Analysebegriff aus dem Kriegsrecht als auch operativer Kampfbegriff in der mediopolitischen Debatte zur Legitimierung höherer (militärischer) Einsätze bzw. stärkerer Sanktionen gegen Russland.

**Memes:** Die einfachen Text-Bild-Collagen mit oft humorvollem (auch zynischem, ironischem) Kommentar eines Sachverhalts oder einer Person(engruppe) sind in sozialen Medien seit einigen Jahren sehr beliebt; im Kriegsdiskurs werden sie nicht nur von engagierten Privatpersonen, sondern auch von professionalisierten (v.a. ukrainischen, aber auch russischen) Propaganda-Accounts gezielt zur Selbstheroisierung bzw. Feindkonstruktion eingesetzt.

**Nazi / Entnazifizierung:** In den ersten Kriegswochen nutzte die russische Führung das Schlagwort der Entnazifizierung als Argumentationstopos zur Legitimierung des militärischen Angriffs auf die Ukraine. Inzwischen ist der offizielle Gebrauch dieses Schlagworts stark zurückgegangen; im öffentlichen Diskurs (z.B. auf Social Media) finden sich aber auch aktuell noch zahlreiche Belege für die Verwendung des Schlagworts als Stigma- bzw. Kontaminationsausdruck zur Diskreditierung der ukrainischen Führung (z.B. *#Naziukraine* auf Twitter). Diese Deutung steht der Heroisierung der ukrainischen Seite (siehe hierzu *Held*, *David gegen Goliath*) diametral gegenüber. Ein besonders deutliches Beispiel hierfür ist der Deutungskampf um das ukrainische Asow-Regiment. Dessen Kämpfer werden von ukrainischer Seite als Nationalhelden des Widerstandes gefeiert, wohingegen die russische Führung mit Bezug zu dem zum Zeitpunkt seiner Gründung bestehenden rechtsextremen Hintergrund eine Deutung des Regiments als faschistische Kampftruppe propagiert.

**Ordnung, neue** (auch: *Neue Weltordnung* bzw. *alte Ordnung in Trümmern*): Fahnenwort insb. von BefürworterInnen (zur Legitimierung) einer neuen militärischen Infrastruktur in Deutschland, Europa und Nato; siehe auch *Zeitenwende*.

**Propaganda:** Der Ausdruck wird sowohl als sachorientierter Analysebegriff zur Beschreibung einer Kommunikationstechnik

nik sowie als Unwertwort zur Diskreditierung eines Akteurs gebraucht. Im operativen Gebrauch als Unwertwort wird er zumeist im Sinne des Vorwurfs verwendet, eine Konfliktpartei betreibe die gezielte Beeinflussung des Denkens, Fühlens und Handelns von Menschen durch eine illegitime Auswahl, Zuspitzung und Emotionalisierung der kommunizierten Information. Dieser Vorwurf suggeriert eine vermeintliche Dichotomie aus ›Propaganda‹ auf der einen und ›sachlicher Information‹ auf der anderen Seite und blendet aus, dass in Kriegszeiten üblicherweise alle Parteien Formen der strategischen Kommunikation zur Verhaltensbeeinflussung einsetzen.

**Regime Change:** Analysebegriff in der Politikwissenschaft und politischer Kampfbegriff, unter anderem als erklärtes strategisches Ziel gebraucht von US-Präsident Biden mit Blick auf Russland.

**Sicherheitsarchitektur:** Analytisch gebraucht bezeichnet der Begriff Strukturen, Möglichkeiten und Grenzen unterschiedlichster Verteidigungs- und Angriffstechniken eines Kollektivs; als Kampfbegriff wird der Ausdruck als Teil eines Argumentationsmusters verwendet, wonach gegenwärtige oder kommende Bedrohungsszenarien einen Auf- und Ausbau von militärischen Möglichkeiten (insb. Waffensysteme, Spezialeinheiten usw.) notwendig machten.

**Singularität:** Schlagwort zur Auszeichnung der Shoa als einzigartiges Ereignis (Verbrechen), das jeden Vergleich mit anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit diskursiv tabuisiert; sichtbar wurde der Ausdruck infolge von Vergleichen von Kriegereignissen und -verbrechen in der Ukraine mit den Verbrechen der Nazis durch Präsident Selenskyj am 20.03.2022 vor der Knesset, ein Vergleich, der insb. in der ausländischen Presse auf Ablehnung stieß.

**Sofapazifisten / Pazifismus:** Stigmaausdruck (Feindbegriff) zur Diskreditierung von Diskursakteuren als ›weltfremd‹ und ›verantwortungslos‹ bis ›ängstlich‹, wenn sie für diplomatische Lösungen und Verhandlungen mit Russland plädieren.

**Solidarität:** Hochwertwort, das im polarisierten Kriegsdiskurs vornehmlich von Diskursakteuren eingesetzt wird, um sich selbst (symbolisch) dem Freundeslager der Ukraine zuzuordnen. Die Inanspruchnahme des Prädikats dient tendenziell zur Immunisierung von politischen Entscheidungen (z.B. Waffenlieferungen) gegen Kritik; wer entsprechende Maßnahmen infrage stellt, gilt dann als ›unsolidarisch‹.

**Spezialoperation** (vs. *Krieg* vs. *Angriffskrieg* vs. *Vernichtungskrieg*): Euphemistischer Ausdruck im semantischen Kampf um die Benennung des militärischen Angriffs Russlands auf die Ukraine, der vor allem von der russischen Führung verwendet wird. Durch den Ausdruck sollen bestimmte konzeptuelle Aspekte des kriegerischen Angriffs Russlands diskursiv ausgeklammert werden, die in den konkurrierenden Benennungen anderer DiskursteilnehmerInnen wie *Angriffskrieg* oder *Vernichtungskrieg* akzentuiert werden (z.B. ›Waffengewalt‹, ›Angriff‹, ›großes Ausmaß‹, ›Zerstörung‹ u.ä.). Die Begriffsstrategie ähnelt anderen Euphemismen zur Vermeidung des Ausdrucks Krieg und seiner negativen Konnotationen wie *Kampfeinsatz*

oder *Stabilisierungseinsatz* (vgl. den Benennungskampf im Falle des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan 2009).

**Staaten, unfreundliche / feindliche:** Im Mai 2022 setzte die russische Regierung als Reaktion auf die zahlreichen wirtschaftlichen Sanktionen knapp 50 Staaten auf eine offizielle Liste unfreundlicher Staaten. Auf diese Weise verschärfte Russland die diskursive Polarisierung von staatlichen Beziehungen im Sinne einer binären Freund-Feind-Zuordnung, die auch als diskursive Legitimationsquelle für politisch-wirtschaftliche Maßnahmen gegen ebendiese unfreundlichen Staaten dient.

**TikTok-War:** Schlagwort, das sich vor allem in englischsprachiger Medienberichterstattung zum Ukraine-Krieg findet und mit dem prägnant auf den Sachverhalt referiert wird, dass dem Online-Videoportal und sozialen Netzwerk TikTok bzgl. der medialen Vermittlung und Rezeption des Kriegsgeschehens eine zentrale Rolle zukommt. Die einfache Zugänglichkeit und Verwendungsmöglichkeit der Plattform für ProduzentInnen wie RezipientInnen via Smartphone, ihr Fokus auf kurze Videoclips sowie ihre große Beliebtheit machen TikTok zu einem idealen Medium für niedrigschwellige Kriegsberichterstattung, strategische Kommunikation und Propaganda. Da mit jedem Krieg immer auch ein Informations- und Deutungskrieg einhergeht, überrascht es nicht, dass die zum jeweiligen Zeitpunkt weit verbreiteten (und leicht zugänglichen) Kanäle der Informationsvermittlung die Berichterstattung sowie strategische Kommunikation (bis hin zur Propaganda) des Konfliktes prägen (vgl. etwa den Bericht im Telegraph vom 25.02.2022, <https://www.telegraph.co.uk/world-news/2022/02/25/russians-ukrainians-fight-swipes-first-tiktok-war/>).

**-troll / Russen- / Putin-:** Stigma- bzw. Kontaminationsausdruck zur Diskreditierung von Diskursakteuren; Feindbegriff; oft verbunden mit dem Vorwurf, im Dienste Putins propagandistisch zu kommunizieren.

**Verlust / zurückdrängen / zurückerobern** u.ä.: Die tagesaktuelle Kriegsberichterstattung ist geprägt von einem breiten Wortfeld, das Veränderungen und Verschiebungen des Grenzgeschehens nicht nur wiedergibt, sondern auch mitkonstituiert: im hiesigen Diskurs sind die Berichte zum Frontverlauf vor allem Bezugspunkt bei der (De-)Legitimierung von militärischer Unterstützung (insb. Waffenlieferungen) für die Ukraine, der Aufgabe von besetzten Gebieten und von Diplomatieappellen.

**-versteh-/kuschler, Putin-/Russen-:** Stigma- bzw. Kontaminationsausdruck zur Diskreditierung von Diskursakteuren; Feindbegriff; richtet sich mit weitem Skopus gegen Positionen, die zum Beispiel für einen Interessensausgleich mit Russland plädieren und/oder auf andere, den ›russischen Angriff relativierende‹ Mitursachen (z.B. Nato-Osterweiterung) verweisen.

**Waffen, schwere:** Vor allem politisch gebrauchtes Schlagwort ohne Legaldefinition, mit dem im Zusammenhang mit der militärischen Unterstützung der Ukraine zwischen verschiedenen Kategorien von Waffen unterschieden wird. Die zum Teil hitzig geführte politische Debatte darüber, ob Deutschland Waffen in ein Kriegsgebiet liefern soll, kann mithilfe dieser Unterscheidung differenzierter geführt werden als eine Ja-Nein-Frage. Die zugrundeliegende Annahme hierbei ist, dass die Lieferung



nicht-schwerer Waffen an die Ukraine ein weniger gravierender Eingriff in den Krieg sei als die Unterstützung mit sogenannten schweren Waffen. Während die Bundesregierung in den ersten Kriegsmonaten die Lieferung sog. *schwerer Waffen* an die Ukraine noch ablehnte, scheint dies - zumindest diskursiv - nunmehr der Fall zu sein (vgl. auch *Defensivwaffen*).

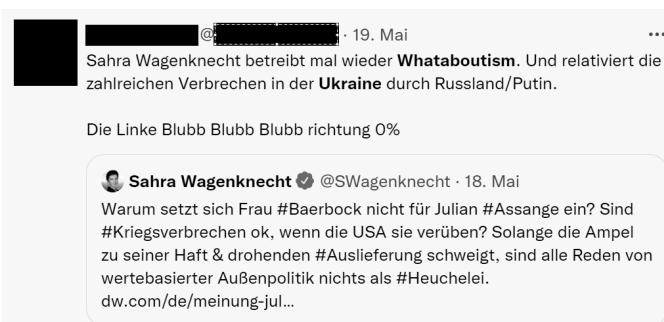
**Waffenlieferung:** Polarisierender Schlüssel- und Kampfbegriff in der Frage, wie auf die russische Invasion angemessen zu reagieren sei; zugleich zwischenzeitlich auch diskursiver Angelpunkt der binären Vorstellung von Beteiligung am Krieg: ›wer liefert‹, beteilige sich am Krieg, wer ›nicht liefert‹, sei außen vor. Siehe auch *Defensivwaffen*.

**Weckruf:** Ausdruck zur Deutung von Sachverhalten oder Ereignissen als so einschneidend und/oder eindeutig, dass aus ihnen eine ›klare‹ (und oft als ›alternativlos‹ behauptete) Handlungsanweisung folgt. Damit geht einher, dass konkurrierende Deutungsangebote als ›nicht mehr tragbar‹ konstituiert werden. Siehe auch *Zeitenwende*.

**Weltkrieg:** Der Ausdruck wird häufig in Argumentationsmustern verwendet, die eine militärische Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten ablehnen, da diese zu einer Eskalation des Kriegsgeschehens führen würde und die Gefahr eines »3. Weltkriegs« erhöhe (Gefahren-Topos).

**Werte, westliche:** Hochwert- und Fahnenwort, den Diskurs moralisierend (Diskriminierung zwischen ›guten, richtigen‹ westlichen Werten versus ›moralisch zu verurteilendes Russland‹); die ›Füllung‹ bleibt in der Regel unklar, als Präsupposition den RezipientInnen überlassen oder wird mit ebenso abstrakten Hochwertwörtern wie *Demokratie*, *Freiheit* u.ä. kontextualisiert.

**Whataboutism:** Generell Stigmaausdruck zur Tabuisierung von Vergleichen verbunden mit dem Vorwurf eines ›Ablenkungsverhaltens‹ (Themenverschiebung); im aktuellen Kriegsdiskurs vor allem als Abwehr- und Desavouierungsstrategie eingesetzt bei Hinweisen auf imperialistische Kriege an anderer Stelle oder auf strategische Interessen von NATO und USA.



([https://twitter.com/Nightmare\\_Keks/status/1527323286308528129](https://twitter.com/Nightmare_Keks/status/1527323286308528129))

**Z:** Das einem ›Z‹ ähnelnde Zeichen, auf russische Militärfahrzeuge aufgemalt oder -gesprayt, sorgt in Politik und Medien zu Kriegsbeginn für Spekulation über dessen Bedeutung. Bis heute ist nicht geklärt, ob es sich dabei (und bei anderen Zeichen) um Abkürzungen für Herkunfts- und Zielangaben oder für propa-

gandistische Losungen handelt. Im Kriegsverlauf wird vor allem das ›Z‹ zum propagandistischen Identifikationssymbol in russischen Medien (z.B.: als Helden-Symbol stilisiert; russische TalkshowmoderatorInnen tragen das Symbol, in Werbesendungen formieren sich Menschengruppen zu einem Z, um ihre Solidarität mit der russischen Armee zu demonstrieren u.ä.).

**Zäsur:** siehe *Zeitenwende*.

**Zeitenwende:** Mit dem Ausdruck sollen politische Entscheidungen – wie etwa massiv steigende Wehretats – als unvermeidliche Folgen einer sich verändernden Welt gedeutet und somit gegen Kritik immunisiert werden. Widerspruch sowie alternative Forderungen werden dadurch diskursiv erschwert bzw. als ›nicht mehr zu der veränderten Welt passend‹ delegitimiert.



Aus der *Zeitenwende* ergebe sich ein Handlungsauftrag, betonte Kanzler Scholz im Bundestag – an Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft.

Foto: Bundesregierung/Kugler

(<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/regierungserklaeung-scholz-2054862>)

**Zensur:** Der Ausdruck ist generell verbunden mit dem Vorwurf, Medien und Behörden seien in ihrer Handlungsfreiheit bei der Informationsbeschaffung und Berichterstattung behindert. Im westlichen Kriegsdiskurs kodiert er nahezu ausschließlich die Unterdrückung westlicher Medien in Russland (Einschränkung russischer Medien in Deutschland wird dagegen als ›Schutz der Bevölkerung vor Fake-News und Propaganda‹ begründet; die politisch motivierte Kriminalisierung von Journalisten wie Julian Assange wird tendenziell von westlichen Regierungen überwiegend ignoriert), während russische Akteure ihren Kriegseinsatz u.a. mit der Unterdrückung russischer Medien und Kultur in der Ukraine legitimieren.

Stand: 29.06.2022

Der Diskursmonitor ist eine gemeinschaftlich erarbeitete Online-Plattform zur Aufklärung und Dokumentation von strategischer Kommunikation. Er liefert Informationen zu der Frage, wie mit Sprache, Bildern und Medien politische Interessen verfolgt werden.

*diskursmonitor.de*

# Literaturempfehlung



Jörg Kronauer

## DER AUFMARSCH – VORGESCHICHTE ZUM KRIEG RUSSLAND, CHINA UND DER WESTEN

Papy Rossa, 207 Seiten  
Erschienen (April 2022), 14,90 €  
ISBN 978-3-89438-778-5



Naomi Klein

## DIE SCHOCK-STRATEGIE DER AUFSTIEG DES KATASTROPHEN-KAPITALISMUS

Hoffmann & Campe, 768 Seiten  
Deutsche Übersetzung  
Erschienen (Februar 2021), 28 €  
ISBN: 978-3-455-01077-0



Jürgen Link

## NORMALISMUS UND ANTAGONISMUS IN DER POSTMODERNE KRISE, NEW NORMAL, POPULISMUS

Vandenhoeck & Ruprecht, 439 Seiten  
Erschienen (2018), 50 €  
ISBN: 978-3-525-37072-8

### Blick zurück:



Margarete Jäger / Siegfried Jäger (Hg)

## MEDIEN IM KRIEG DER ANTEIL DER PRINTMEDIEN AN DER ERZEUGUNG VON OHNMACHTS- UND ZERRISSENHEITSGEFÜHLEN

Edition DISS / Unrast, 301 Seiten  
Erschienen (2002), 18 €  
ISBN: 978-3-927388-79-6



Andreas Disselnkötter (Hg)

## WÜSTENSTÜRME DER KRIEG DES NORDENS GEGEN DEN SÜDEN

Edition DISS / Unrast Backlist, 128 Seiten  
Erschienen (1994), 3,90 €  
ISBN: 978-3-927388-46-8

»Alternativ« ist längst eine nichtssagende Sprechblase geworden, die sich jeder Normalo an den Hut stecken kann. Leider. Wir steuern gegen: Seit 1982 garantiert die kultuRRévolution – zeitschrift für angewandte diskurstheorie ernsthaft alternative Perspektiven, Impulse und Diskussionen anhand der vier orientierenden Konzepte:

- Kollektivsymbolik  
**Systematisches Konzept für alle Arten kollektiv verwendeter »Bildlichkeit« (ästhetisch und politisch), woraus Kulturen gestrickt sind.**
- Interdiskurs  
**Wieso es nicht nur Spezialdiskurse (oder spezielle Teilsysteme) gibt: Worauf Kulturen beruhen.**
- Normalismus  
**Das vergessene Dispositivnetz »moderner« Kulturen: Was sind verdate-te Gesellschaften – wie stellen sie Normalitäten (und »Anormalitäten«) her und warum.**
- Simulation  
**Warum die Zukunft unterm Computer eine andere ist und kulturrevolutionäre Politik und Ästhetik jetzt alternative Simulationen (Vorerinnerungen) braucht.**

Die Zeitschrift ist in Form eines Abos (2 Hefte im Jahr für 19,90 €), als Einzelheft (12,00 €), als Doppelheft (24,00 €) und als Digitalabo (14,00 €) erhältlich.  
vertrieb@kulturwest.de

**Spendenkonto**  
IBAN: DE 76 4306 0129 0200 054 9 0 0  
Volksbank Bochum: GENODEM1BOC

aktuelle Ausgabe:



Seit dem Jahr 1987 forscht und publiziert das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung zu gesellschaftlichen Entwicklungen im In- und Ausland. Es analysiert die Genese von sozialen und kulturellen Ordnungen, um emanzipative Ansätze für eine demokratische Praxis in Politik, Pädagogik und Journalismus zu fördern. Dabei stützt sich das Institut auf die Methode der Kritischen Diskursanalyse, die im DISS erarbeitet wurde und im Rahmen der konkreten Forschungen beständig weiterentwickelt wird. Die Arbeitsschwerpunkte liegen derzeit in folgenden Bereichen:

- Rassismus und Migrationspolitik
- Entwicklungen der Extremen Rechten
- Antisemitismus
- Antiziganismus
- Jüdische Publizistik im 19. Jahrhundert
- Soziale Ausgrenzung
- Biopolitik
- Krieg und Friedenspolitik
- Angewandte Diskurstheorie

Die Zeitschrift ist gegen eine Schutzgebühr von 4 € erhältlich. Sie ist kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises.  
info@diss-duisburg.de

**Spendenkonto**  
IBAN: DE33 3505 0000 0209 0116 67  
Sparkasse Duisburg BIC: DUISDE33XXX

aktuelle Ausgabe:







*KulturRevolution*  
zeitschrift für angewandte  
diskurstheorie



**DISS**  
Journal

Zeitschrift des Duisburger Instituts  
für Sprach- und Sozialforschung